

JAHRESBERICHT 2018

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**



JAHRESBERICHT 2018
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
SCHWERPUNKT: «MARX200»	6
Auf den Schultern von Karl Marx	6
Multi medial Marx – Das Webportal	8
Der Kongress «Marx200: Politik – Theorie – Sozialismus»	9
«Marx200» in den Landesstiftungen	10
«K wie Karl» – Eine Filmreihe von Paul Mason	10
«Marx für alle!» – Bildungsmaterial für Einsteiger*innen	11
Klassiker im Jubiläumsjahr – «Kapital»-Leseurse und Herbstschule	12
Geförderte Projekte zum Schwerpunktthema	12
Publikationen zum Schwerpunktthema	13
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE	14
Verbindende Klassenpolitik	15
Fellows	16
Neuer Autoritarismus und radikale Rechte	17
«Wir klagen an» – Das Gesundheitssystem vor Gericht	18
«luxemburg lectures» 2018	20
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG	22
Kein Schlussstrich! – Urteilsverkündung im NSU-Prozess	23
Weiterbildung als Zukunftsgestaltung	23
«Crashkurs Kommune»	24
«Recht haben. Internationale Bewegungen für globale Gerechtigkeit»	24
Die Gesellschaft der Vielen stärken	25
HISTORISCHES ZENTRUM DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS	26
100 Jahre Revolution in Deutschland	27
«1968» – Ein globaler Aufbruch	28
1938 – Das Jahr vor dem Krieg	29
BUNDESWEITE ARBEIT	30
Baden-Württemberg: Politikakademie für junge Aktive	32
Bayern: Bairische Revolution und Räterepublik 1918/19	32
Berlin: Rot-rot-grüne Wohnungspolitik auf dem Prüfstand	33
Brandenburg: Strukturwandel in der Lausitz	33
Bremen: «city/data/explosion»	34
Hamburg: Gegenstrategien gegen das «Feindbild Feminismus»	34
Hessen: Autoritarismus und Widerstand in der Türkei	35
Mecklenburg-Vorpommern: Die Rolle der Justiz im NSU-Prozess	35
Niedersachsen: «Aktiv behindern»	36
Nordrhein-Westfalen: Die deutsche Demokratie hat Geburtstag	36
Rheinland-Pfalz: «Black History Month»	37
Saarland: Glyphosat adieu!	37
Sachsen: Postkolonialwarenladen eröffnet erste Filiale	38
Sachsen-Anhalt: Die Vertreibung des Bauhauses aus Dessau 1932	38
Schleswig-Holstein: Arbeitszeit 4.0 – mein Leben, meine Zeit	39
Thüringen: #r2g – Bilanz und Perspektiven	39

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	40
Die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft	41
Soziale und transformative Gerechtigkeit	41
Sparpolitik trifft Frauen doppelt	43
Widerstandsbewegungen vernetzen	43
Neues Stiftungsbüro in Prag	44
Arbeit in einem sich rasant wandelnden Umfeld	45
Die Auslandsbüros	46
GEFÖRDERTE PROJEKTE	50
STUDIENWERK	62
«Experiment Bildung»	64
Kapitalismus und Naturzerstörung	65
Vertrauensdozent*innen	66
POLITISCHE KOMMUNIKATION	68
Neue englischsprachige Webseite	69
Gute Arbeit auch für Freie	69
Ausgewählte Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	71
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	72
Wofür machen wir das eigentlich? – Zur Ausrichtung der Stiftungsarbeit	72
Neues Gebäude der Rosa-Luxemburg-Stiftung nimmt Gestalt an	74
Entfernung der Gedenktafel für Rosa Luxemburg in Zamość	74
Reisend Lernen – Bildungsreisen mit den Landesstiftungen	75
Ein Meister der dialektischen Analyse – Zur Erinnerung an Dietmar Wittich	77
«Sich treu bleiben und heiter sein ...» – Zum Tod von Annelies Laschitza	77
Die unselbstständigen Stiftungen	78
Ein wichtiger stadt- und architekturpolitischer Akteur	79
PERSONALENTWICKLUNG	80
GREMIEN	82
Die Mitgliederversammlung	82
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	83
Der Vorstand beschließt neue Schwerpunkte	85
Mitglieder des Vorstands	85
Der wissenschaftliche Beirat	86
Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats	86
Die Gesprächskreise	87
ORGANIGRAMM	88
STIFTUNGSHAUSHALT	90
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	96

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

«So viel Marx war nie» titelte eine Zeitung im vergangenen Jahr. Und daran waren wir nicht ganz schuldlos. Der 200. Geburtstag von Karl Marx hat 2018 die Arbeit der Stiftung insgesamt, vor allem aber die des Instituts für Gesellschaftsanalyse, über weite Strecken bestimmt. Es gab den großen «Marx200»-Kongress im Mai in Berlin, fünf regionale Marx-Konferenzen in Jena, Köln, Stuttgart, Frankfurt am Main und Leipzig, unzählige Seminare, Workshops und andere Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bundesweit und international. Als Ort kritischer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und programmatischer Diskussionen über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus war das Jubiläum für uns ein willkommener Anlass, Marx neu zu entdecken und seine besondere Bedeutung für die demokratisch-sozialistische Grundströmung darzustellen. Denn ohne seine Theorie ist die heutige Gesellschaft mit all ihren Problemen nicht angemessen zu begreifen. Und wir waren oftmals selbst überrascht, wie groß das Interesse an dem weltberühmten Denker aus Trier ist.

Neben Veranstaltungen hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung zahlreiche Publikationen herausgegeben, darunter ein Marx-Doppelheft der Zeitschrift *LuXemburg*, Ausstellungen wurden konzipiert, Bildungsreisen durchgeführt und Projekte wie der Historienfilm «Der junge Karl Marx» gefördert. Unser Online-Projekt «Marx200» mit dem Marx-Blog fand viel Zuspruch und Anerkennung. Natürlich nutzen wir die Renaissance von Marx auch für die weitere Arbeit. Ein Beispiel sind die von uns angebotenen «Kapital»- oder Marx-Lesekurse, die nach wie vor gut besucht sind. Auch international hat «Marx200» Furore gemacht. In Sankt Petersburg beispielsweise haben sich mehr als 70 Teilnehmer*innen aus Russland, Bulgarien, Japan, Moldawien, Mexiko, der Ukraine und Deutschland Ende Mai, Anfang Juni drei Tage lang unter anderem mit Fragen der historischen Einordnung des Marxismus sowie mit der Marx-Rezeption in Russland beschäftigt.

2018 war für die Stiftung auch ein Jahr der klimatischen Herausforderungen: politisch und meteorologisch. Das politische Klima in Deutschland ist rauer geworden – ein Ergebnis der Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD). Mit deren Einzug in den hessischen Landtag hat sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei am rechten Rand des Parteiensystems flächendeckend etabliert. Es ist ihr gelungen, durch gezielte Provokationen den öffentlichen Diskurs und die Grenze des Sagbaren nach rechts zu verschieben. Und während die Führungsriege der AfD systematisch versucht, dem Rechtsextremismus ein bürgerliches Gesicht zu geben, haben in Chemnitz extrem rechte Demonstrant*innen die Maske fallen lassen. Wer mir zu Beginn des Jahres vorhergesagt hätte, dass Ende August ein brauner Mob durch die Straßen von Chemnitz ziehen und Jagd auf Menschen machen würde, ich



Dagmar Enkelmann

hätte es nicht für möglich gehalten. Das macht deutlich: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Die Demokratie und ihre Institutionen müssen verteidigt werden.

Ein ermutigendes Signal war die große #unteilbar-Demonstration für eine offene und freie Gesellschaft der Vielen im Oktober in Berlin, an der sich viele Mitglieder, Freund*innen und Mitarbeiter*innen der Stiftung beteiligt haben. Sie war auch eine Ermutigung für unsere Arbeit als bundesweit und international wirkende Institution politischer Bildung, verstehen wir uns doch als Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen, für progressive Gesellschaftsanalyse und -veränderung. Wir nehmen die Herausforderung an. Unsere Akademie für politische Bildung setzt den menschenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Ideologien und Denkweisen in unserer Gesellschaft emanzipatorische, antifaschistische und motivierende Handlungs- und Bildungsmöglichkeiten entgegen.

Auch in anderen Ländern haben extrem rechte Parteien und autokratische Regierungen Aufwind, was sich teilweise direkt auf unsere Arbeit vor Ort und natürlich auf die Arbeit politischer Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen insgesamt auswirkt. Der Auslandsbereich der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Zentrum für internationalen Dialog, arbeitet weltweit und oft langjährig mit Hunderten von Partnerorganisationen, politischen Akteuren und Einzelpersonen zusammen. Unsere Auslandsbüros unterstützen emanzipatorische Kräfte in ihrem Kampf um demokratische und soziale Rechte. Ich war kurz nach der Präsidentschaftswahl in Brasilien zu einem langfristig geplanten Besuch unseres Büros in São Paulo. Auf dem Programm standen auch Gespräche mit unseren Partnerorganisationen, beispielsweise mit der Landlosenbewegung, mit der wir seit Jahren zusammenarbeiten. Bereits während des Wahlkampfes hat der jetzige Präsident Bolsonaro die Landlosenbewegung und andere zivilgesellschaftliche Initiativen zu «terroristischen Organisationen» erklärt. Es ist zu befürchten, dass deren Einrichtungen geschlossen werden sollen.

In vielen Ländern und Regionen müssen wir uns jetzt Gedanken machen, wie wir die Kooperation auch unter schwierigen

Bedingungen sichern und weiterentwickeln können. Dabei befinden wir uns im engen Gedankenaustausch mit den anderen politischen Stiftungen, die oft vor den gleichen Problemen stehen.

Dennoch haben wir 2018 unsere internationale Arbeit erfolgreich fortgeführt. Ein Schwerpunkt war die stärkere internationale Vernetzung und überregionale Zusammenarbeit bei Themen wie «Ernährungssouveränität» und «Positiver Frieden». Unsere gleichlautenden Online-Dossiers geben einen kleinen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten, zeigen aktuelle Entwicklungen auf und spiegeln die Debatten wider. Dies entspricht den strategischen Überlegungen des Vorstands, die bereichsübergreifende Arbeit in der Stiftung insgesamt anhand von Themenachsen auszubauen. Gegenwärtig wird die inhaltliche Arbeit der vier Themenachsen «Sozialökologische Transformation», «Demokratie und Gleichheit», «Europa» und «Neuer Internationalismus» evaluiert. Eines ist schon erkennbar: Es ist der richtige Weg.

«Heißezeit» wurde das Wort des Jahres 2018. Und das vollkommen zu Recht. Mit diesem Begriff wurde der lange, heiße und trockene Sommer beschrieben, der den Klimawandel monatelang in den Mittelpunkt der Debatten rückte. Quasi vor der eigenen Haustür wurden Klimafolgen spürbar, die sonst nur als Bilder ins Wohnzimmer gelangen. Unsere Stiftung beschäftigt sich unter dem Stichwort «Klimagerechtigkeit» seit Langem mit dem Thema. Denn der Klimawandel ist kein reines Umweltproblem. Er ist eine der zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit. In den nächsten zwölf Jahren müssen wir die CO₂-Emissionen weltweit um 45 Prozent senken. Selbst bei einem Temperaturanstieg von 1,5 Grad werden wir schon in einer Welt der Klimakatastrophen leben, mit gravierenden Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen.

Eine Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im vergangenen Jahr am UN-Klimagipfel in Katowice teilgenommen. Angesichts der weltweiten Klimakrise mit extremen Wetterlagen wie Dürreperioden, Überflutungen von Küsten und Inseln, Hurrikans und massiven Ernteeinbußen waren die Erwartungen groß, die Ergebnisse eher klein. Bei dieser alarmierenden Bilanz des Weltklimarats hätte die internationale Gemeinschaft ein stärkeres Signal senden müssen, dass sie trotz gegenläufiger Tendenzen deutlich zu den Zielen des Pariser Klimagipfels steht. Der dramatisch voranschreitende Klimawandel bedroht die Lebensgrundlage von Millionen Menschen. Stattdessen zeigte Katowice einmal mehr, wie verbissen die globalen Eliten ihre profitablen fossilen Geschäftsmodelle verteidigen.

Liebe Leserinnen und Leser, der Jahresbericht gibt Ihnen einen kleinen Einblick in die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im vergangenen Jahr. Er ist für uns Resümee und Ansporn. Gleichzeitig wollen wir Sie neugierig machen und einladen, sich ausführlicher zu informieren und mitzutun.

DR. DAGMAR ENKELMANN
Vorsitzende des Vorstands

SCHWERPUNKT: «MARX200»

AUF DEN SCHULTERN VON KARL MARX

Bestimmte Jahrestage haben eine geschichtspolitische Bedeutung. Indem an Ereignisse der Vergangenheit erinnert wird und indem sie neu interpretiert werden, werden zugleich die politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse in der Gegenwart reproduziert oder transformiert, und so wird der Horizont der denkbaren zukünftigen Entwicklung festgelegt. Die Erinnerung an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist ein gutes Beispiel.

Von Anfang an war umstritten, wer die Verantwortung für den Krieg trug. Seit den 1960er Jahren spielten in der Bundesrepublik die Arbeiten des Historikers Fritz Fischer eine wichtige Rolle bei der Aufarbeitung der deutschen Kriegsschuld. Die Veröffentlichung von Christopher Clarks Buch «Die Schlafwandler» 2013 trug maßgeblich dazu bei, die Kritik von Fischer und anderen an den deutschen Eliten zu relativieren. Die europäischen Regierungen seien gleichsam in den Krieg hineingeschlittert und eine eindeutige Kriegsschuld sei nicht auszumachen – das war die Botschaft, die in der deutschen Öffentlichkeit ankam. Clarks Buch prägte im Jahr 2014 wie kein anderes das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Die deutsche Übersetzung erschien in einer Situation, in der viel davon die Rede war, Deutschland müsse eine größere «Verantwortung» übernehmen, das heißt auch vermehrt in Krisengebieten militärisch intervenieren. Indirekt trug das Buch seinen Teil dazu bei, dass imperiale Politik in Deutschland zunehmend wieder als normal angesehen wird.

Nach dem Gedenken an den Ersten Weltkrieg im Jahr 2014 und angesichts der reaktionären Verschiebungen der politisch-ideologischen Verhältnisse seit dem «Sommer der Migration» 2015 stand zu befürchten, dass die Erinnerung an die Russische Revolution 2017, an das Erscheinen des ersten Bandes des marxischen Hauptwerks «Das Kapital» im selben Jahr, an den 200. Geburtstag von Karl Marx sowie an die deutsche Novemberrevolution 2018 von den Konservativen zu einer erneuten Generalabrechnung mit kritisch-emanzipatorischen Kräften genutzt werden würde. Die Kulturindustrie hat die genannten Jubiläen zwar weidlich verwertet, doch ist es den Konservativen bei keinem dieser Anlässe gelungen, wieder rechtzeitig Bücher zu platzieren, die mit dem Anspruch eines neuen Standardwerks hätten auftreten und einen ähnlich durchschlagenden Erfolg wie Clarks Buch hätten erzielen können.

Was Marx angeht, so darf auch bezweifelt werden, ob die bürgerlichen Kräfte überhaupt zu einer angemessenen kritisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit ihm (noch) in der Lage sind. Viele Kritiken von liberal-konservativer Seite beziehen sich weniger auf Marx als auf ein bestimmtes Zerrbild des Marxismus. Man muss jedenfalls lange suchen und weit zurückgehen, um halbwegs ernst zu nehmende nichtmarxistische bzw. antimarxistische Kritiken an Marx zu finden.

Nehmen wir zum Beispiel die Diskussion über die Werttheorie. Eugen von Böhm-Bawerk, einer der Begründer der österreichischen Schule der Nationalökonomie, veröffentlichte seine Kritik an der marxischen Werttheorie bereits 1896, ein Jahr nach dem Erscheinen des von Friedrich Engels herausgegebenen dritten Bandes des marxischen «Kapital». Von marxistischer Seite antwortete Rudolf Hilferding 1904 auf diese Kritik. Die weitere Debatte wurde dann vor allem durch die Publikation von Piero Sraffa's Buch «Warenproduktion mittels Waren» (die englische Originalausgabe erschien 1960) und die an ihn anschließenden Neoricardianer geprägt. Seit der kritischen Diskussion dieser Interpretationen, die zum Teil auch mit einer philologisch wesentlich genaueren Lektüre der marxischen Texte auf der Basis der neuen historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe verbunden waren, hat sich an dieser Front wenig getan.

Relevante Kritiken, die auf Probleme oder Grenzen der marxischen Theorie hingewiesen haben, kamen weniger von liberal-konservativer Seite, sondern eher aus den emanzipatorischen Bewegungen, beispielsweise aus dem Feminismus sowie aus dem Marxismus selbst. Dabei ging es aber weniger darum, die marxische Theorie zu verwerfen, sondern eine auf ihr aufbauende kritische Gesellschaftstheorie weiterzuentwickeln.

In Diskussionen wird häufig darauf hingewiesen, was Marx alles nicht berücksichtigt und nicht geleistet habe: Es fehle etwa eine Theorie des Politischen oder des Staates, er habe die Geschlechterverhältnisse oder die gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht berücksichtigt. Nun zeichnet es Klassiker aus, dass sie immer wieder neu und anders gelesen werden – in diesem Sinne ist Marx auch ein Klassiker. Jede Generation hat ihren eigenen Marx, nicht nur weil jede ihn anders interpretiert, sondern weil bisher auch jede Generation mit den verschiedenen Marx-Editionen eine andere Textgrundlage hatte. Dabei kommt es immer mal wieder zu überraschenden Neuentdeckungen und Wendungen. So konnten ökologisch orientierte Marxist*innen in früheren Jahrzehnten auf der Basis der marxischen Theorie argumentieren, dass die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Dominanz des Tauschwertes gegenüber dem Gebrauchswert, mit der Maßlosigkeit der Verwertung und der endlosen Kapitalakkumulation zur ökologischen Krise führt. Dabei fügten sie in der Regel hinzu, dass Marx selbst zu ökologischen Fragen wenig gesagt habe. Erst durch die Edition der marxischen Exzerpte zu Fragen der Landwirtschaft und Agrarchemie in der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe wurde deutlich, dass Marx sich weit intensiver mit ökologischen Problemen beschäftigt hat als bisher angenommen, wie etwa Kohei Saito in seinem Buch «Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus» herausgearbeitet hat.

Wenn Marx kritisiert wird, weil er dieses oder jenes vernachlässigt und nicht dargestellt habe, wird häufig nicht bedacht, dass Marx schon aufgrund seiner begrenzten Lebenszeit und Arbeitskraft gezwungen war, sich zu beschränken. Als junger



Karl Marx und Friedrich Engels zu Gast bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Pappmaché-Nachbau des berühmten Denkmals für den «Marx200»-Kongress.

Mann formulierte er den «kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist». Dies weist darauf hin, dass er durchaus verschiedene Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse im Blick hatte. In seiner «Kritik der politischen Ökonomie» konzentrierte er sich dann auf die Darstellung der «inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt». Hier stand das Verhältnis von Kapitalisten und «doppelt freien» Lohnarbeitern im Zentrum, obwohl dieses erst in wenigen Ländern das dominante soziale Verhältnis war. Aber Marx erkannte richtig die ungeheure Dynamik des Kapitalverhältnisses, seine Tendenz, einen Weltmarkt herzustellen und überkommene Produktionsweisen und -formen zu vernichten oder sich unterzuordnen.

Auch in seiner Kritik der politischen Ökonomie musste Marx sich beschränken. Einen Plan, sechs Bücher über Kapital, Lohnarbeit, Grundeigentum, Staat, Außenhandel und Weltmarkt zu schreiben, den Marx Ende der 1850er Jahre verfolgte, konnte er nicht umsetzen. Und von den später geplanten drei systematischen Büchern des «Kapital» und einem vierten, theoriegeschichtlichen Buch konnte Marx selbst bekanntlich nur das erste veröffentlichen, Band zwei und drei brachte Friedrich Engels heraus.

Wenn in der Darstellung des «Kapital» bestimmte Aspekte vermisst werden, wird oft die Bedeutung der Abstraktion für Marx' Darstellungsweise verkannt. In Analogie zur modernen Biologie spricht Marx von der «Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft», die in der politischen Ökonomie zu su-

chen sei. Rechtsverhältnisse und Staatsformen seien nicht aus sich selbst heraus zu begreifen, sondern würden in den «materiellen Lebensverhältnissen» wurzeln – daher Marx' Fokus auf «die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis», auf der sich der juristische und politische «Überbau» erhebt. Für die bürgerliche Gesellschaft sei «die Warenform des Arbeitsprodukts oder die Wertform der Ware die ökonomische Zellenform». Da der «Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht», als «ungeheure Warensammlung» erscheine, beginne seine Untersuchung mit der Analyse der Ware. Bei der Darstellung der Ware als der «Zellenform» der bürgerlichen Gesellschaft musste Marx notwendigerweise zunächst von vielfältigen Voraussetzungen der kapitalistischen Warenproduktion abstrahieren. Im «Kapital» werden aber nach und nach Voraussetzungen, von denen anfangs abstrahiert wurde, in die Darstellung integriert. Marx geht vom Abstrakten zum Konkreten über, er beginnt mit den einfachsten Verhältnissen und nähert sich dann schrittweise den komplizierteren Verhältnissen.

.....

«Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx», so formulierte es einst Oswald von Nell-Breuning, der Begründer der katholischen Soziallehre, der durchaus kein Marxist war. Es ist unsere Aufgabe, das unvollendete Projekt der Kritik der politischen Ökonomie fortzusetzen und dabei nicht stehen zu bleiben. Es gilt, nicht nur die Anatomie, sondern auch die Physiognomie der bürgerlichen Gesellschaften zu untersuchen. Denn die «konkrete Analyse der konkreten Situation» ist die «lebendige Seele des Marxismus», wie es Lenin einst formulierte. Sie ist notwendig, um in die eigene Gegenwart zielgerichtet eingreifen zu können, um der Realisierung des marxischen kategorischen Imperativs näher zu kommen.

.....

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die Beschäftigung mit Marx daher nicht auf Jubiläen beschränkt, sondern stellt einen ihrer permanenten Arbeitsschwerpunkte dar. Gleichwohl ging es für die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2018 darum, anlässlich seines 200. Geburtstags innerhalb des vielstimmigen Konzerts in der Öffentlichkeit eigene Akzente zu setzen und ihn als Begründer der kritischen Gesellschaftstheorie und organischen Intellektuellen der Arbeiterbewegung angemessen zu würdigen – die folgenden Seiten geben darüber Auskunft.

Marx hat Aristoteles als «Denkriesen» bezeichnet. Auch Marx ist ein solcher Denkriese. Antonio Gramsci schrieb in seinen Gefängnisheften, Marx habe ein neues Zeitalter eröffnet, das vermutlich Jahrhunderte dauern werde – bis an die Stelle der von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Gesellschaften endlich eine Assoziation getreten ist, «worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist» und das Prinzip gilt: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!»

MULTI MEDIAL MARX - DAS WEBPORTAL

Gibt man heute in eine beliebige Suchmaschine «200 Jahre Karl Marx» ein, listet sie Ergebnisse in fünfstelliger Zahl auf. In dem Jahr, in dem Marx' 200. Geburtstag gefeiert wurde, war er omnipräsent – in den Medien, auf Konferenzen, Ausstellungen und natürlich: im Internet. In der erwähnten Trefferliste findet man zwei Adressen auf den obersten Plätzen: die Webseite «Karl-Marx-Ausstellung.de» und das Internetportal «marx200.org.» Ersteres war Anlaufstelle des Landes Rheinland-Pfalz und der Stadt Trier, der Geburtsstadt von Karl Marx. Mehrere Ausstellungen wurden da beworben. Die im Trierer Karl-Marx-Haus hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung rundum erneuert. Das Jubiläumsprojekt der SPD-Stiftung twitterte unter dem Hashtag #marx2018, jenes der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter #marx200. Das war Zufall und wie sich herausstellte: Beide Projekte ergänzten sich gut. Das lag nicht zuletzt daran, dass ganz unterschiedliche Formate dahinterstanden, das eine analog, das andere digital. Das Webportal «marx200.org» hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Berliner Landesstiftung «Helle Panke» entwickelt, es war von Beginn an als rein virtuelle Plattform gedacht und ruht thematisch auf drei Säulen: 100 Jahre Revolution (2017), 150 Jahre «Das Kapital» (2017) und 200 Jahre Karl Marx (2018).

Kernstück des Projekts ist die Mediathek mit einer umfangreichen Sammlung von Filmen. Diese stammen teils aus früheren Bildungsveranstaltungen, teils wurden sie eigens für das Projekt produziert. Darunter finden sich viele Interviews mit prominenten Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen oder Aktivist*innen, die Fragen zu ihrem Blick auf Marx, ihrer Lesart und seiner Bedeutung für die heutige Zeit beantworten. Auch kurze Erklär-Clips zu zentralen Begriffen von Karl Marx, produziert vom britischen Journalisten und Autor Paul Mason, ebenso wie Straßenumfragen («Kennen Sie Karl Marx?») gehören zum Repertoire.

Das zweisprachige Webportal – Deutsch und Englisch – startete im März 2017 und wurde bis Ende 2018 mit «Content» befüllt, wobei nicht nur Filme, sondern auch eine umfangreiche Sammlung von Texten online gestellt wurden, angefangen mit nicht mehr zugänglichen Texten von Marx und Engels selbst über eine Auswahl von Stichworten aus dem bekannten «Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus» bis hin zu Blog-Beiträgen, die, sich an der medialen Rezeption der jeweiligen Jahrestags-Anlässe orientierend, mit aktuellen und kurzweiligeren Kommentaren reagierten. Die Krönung des Projekts war das sogenannte digitale Storytelling «Marx als Migrant», eine audiovisuelle Reise zu den zentralen Lebensstationen von Karl Marx, womit das Projekt zum Höhepunkt des Jahres, dem 200. Geburtstag am 5. Mai 2018, rund 16.000 Seitenzugriffe erzielte.

Das Webportal, über einen Zeitraum von fast zwei Jahren aufgebaut, ist ein nachhaltiges Bildungsprojekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Interessierte Internetnutzer*innen können sich darüber informieren, wer Karl Marx war, welches seine



Nicht nur für das Jubiläumsjahr geschaffen: Das Webportal «Marx200.org» lädt dauerhaft zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Werk und der Wirkungsgeschichte von Karl Marx ein.

wichtigsten Werke sind und wie, vor allem in welcher Breite er weltweit rezipiert wurde; ebenso findet sich dort eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirkungsgeschichte. Das Projekt ist mit dem Jubiläumsjahr zwar abgeschlossen, die Inhalte bleiben aber dauerhaft zugänglich.

Der 200. Geburtstag von Karl Marx war auch für den der Rosa-Luxemburg-Stiftung zugehörigen Karl Dietz Verlag ein historisches Datum. Als Marx-Verlag verantwortet er die Pflege und Aktualisierung der Marx-Engels-Werke (MEW), der berühmten blauen Bände. Nach 30 Jahren konnte anlässlich des Jubiläums erstmals wieder ein neuer Band, MEW 44, erscheinen. Mit ihm liegt das Manuskript «Zur Kritik der politischen Ökonomie», von Marx in den Jahren 1861 bis 1863 verfasst, in den MEW nun fast vollständig vor. Darüber hinaus veröffentlichte der Dietz Verlag «Springpunkte» mit Beiträgen des MEW-Editors Rolf Hecker zur Marx-Forschung und zur «Kapital»-Diskussion.

DER KONGRESS «MARX200: POLITIK - THEORIE - SOZIALISMUS»

Die zentrale Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Marx-Jubiläum war der Kongress «Marx200: Politik – Theorie – Sozialismus», den die Stiftung in Teilen gemeinsam mit dem Theater Hebbel am Ufer (HAU) organisierte und der vom 2. bis 6. Mai 2018 in Berlin stattfand. Mehr als 200

Personen waren als Referent*innen, Moderator*innen und Organisator*innen in über 80 Workshops und Podiumsdiskussionen aktiv an der Gestaltung des Kongressprogramms beteiligt, darunter viele Nachwuchswissenschaftler*innen. Der älteste Referent war der 92-jährige Hermann Klenner, der einen Vortrag hielt zu dem marxischen Diktum «Das Interesse des Rechts darf sprechen, soweit es das Recht des Interesses ist». Insgesamt nahmen rund 1.300 Personen an dem Kongress teil – es hätten noch mehr sein können, wären die räumlichen Kapazitäten nicht beschränkt gewesen. Aber auch so handelte es sich in Deutschland um die größte Veranstaltung anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx.

Die Leitfrage des Programms war, was Marx zur politischen und theoretischen Praxis in verschiedenen Feldern beiträgt bzw. was es heute bedeutet, Marxist*in zu sein oder zu werden. Nahezu alle relevanten Themenbereiche sozialistischer Theorie und Praxis waren mit dem Kongressprogramm abgedeckt. Das Themenspektrum reichte von der Kritik der Philosophie nach Marx über die Darstellung marxistischer Ansätze in verschiedenen Disziplinen (u. a. Psychologie, Soziologie, Literaturwissenschaft, Kriminologie) und das Verhältnis zwischen Feminismus oder postkolonialer Theorie und Marxismus bis zu konkreten Analysen der sich verändernden Klassenzusammensetzung, einzelner Politikbereiche (z. B. Wohnungspolitik) oder der Lage der Weltwirtschaft insgesamt. Zentrale Podiumsdiskussionen drehten sich um das Verhältnis von Theorie und verändernder Praxis, um die Frage nach den Subjekten der

Einige Konferenzbeiträge wurden per Video dokumentiert; sie sind nach wie vor im Internet abrufbar unter: www.rosalux.de/dokumentation/id/38784/marx200-eine-dokumentation/.

Transformation/Revolution, die Kunst «revolutionärer Realpolitik» (Rosa Luxemburg), um eine neue Klassenpolitik und die Fluchtlinien sozialistisch-kommunistischer Perspektiven. Hervorzuheben ist der internationale Charakter des Kongresses. Teilnehmer*innen kamen aus Ägypten, Argentinien, Brasilien, China, Ecuador, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Mexiko, den Niederlanden, Österreich, Polen, Russland, Schweden, Slowenien, Spanien, Südafrika, Tunesien, der Türkei, Ungarn und den USA. Der Rezeption der marxischen Theorie und der Weiterentwicklung des Marxismus in Japan, in China, in Indien, in Lateinamerika, in Südafrika, im arabischen Raum und in Israel waren jeweils eigene Beiträge oder Workshops gewidmet.

«MARX200» IN DEN LANDESSTIFTUNGEN

Aktivitäten anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx gehörten zu den thematischen Schwerpunkten der Bildungsarbeit der Landesstiftungen im Jahr 2018. Insgesamt fanden dazu rund 200 Einzelveranstaltungen statt. Vorhaben mit beträchtlicher Wirkung in der linken Öffentlichkeit und nachhaltigem Bildungsanspruch waren die «Marx200»-Tagungen der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen im April 2018. Mit ihren unterschiedlichen thematischen Akzentuierungen konnten sie jeweils rund 100 oder gar mehr Teilnehmer*innen erreichen.

Die Jenaer Tagung «Die Verhältnisse zum Tanzen bringen» stand für den Anspruch junger Wissenschaftler*innen, im Anschluss an marxisches Denken aktuelle gesellschaftliche Problemstellungen anzugehen, sowohl hinsichtlich theoretischer Ansätze und Begrifflichkeit als auch im Verständnis von Wissenschaft als Kritik gesellschaftlicher Zustände. In Stuttgart schlug man den Bogen von der Popularisierung der marxischen Gedanken in der frühen Arbeiterbewegung bis zu den aktuellen Fragestellungen der ökonomischen, sozialen und politischen Klassenformierung und diskutierte unter anderem Veränderungen der Klassenstruktur, die Rolle der Gewerkschaften und Strategien zur Abwehr rechter Organisation. «Marx in Köln – Demokratie und Sozialismus» lautete der Titel der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen. Neben der Erinnerung an das Wirken von Marx als politischer Redakteur in den 1840er Jahren stießen vor allem die beiden Podiumsdiskussionen zur aktuellen Medien- und Informationspolitik sowie zu linken Zukunftsentwürfen auf starkes Besucherinteresse. Als breit angelegte wissenschaft-



Nicht zu übersehen: Banner zum Jubiläum am ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1.

lich-politische Konferenz präsentierte sich die zweitägige Tagung «Marx in Hessen» in Frankfurt am Main. Interpretationen marxischer Theorie sowie deren Weiterentwicklung durch die Kritische Theorie sowie die Marburger Schule um Wolfgang Abendroth waren neben Analysen von Sexismus, Rassismus und aktueller Rechtsentwicklung, von globalen ökonomischen und sozialen Entwicklungen Gegenstand der Erörterungen. Auch Überlegungen zu den Handlungsmöglichkeiten emanzipatorischer Kräfte und zu Rolle, Platz und Selbstverständnis linker Intellektueller wurden angestellt. Demgegenüber konzentrierte sich die Leipziger Tagung auf das Anknüpfen gesellschaftlicher Akteure an Marx und fragte insbesondere nach dessen Rezeption in der Bundesrepublik und der DDR. Neben Fallstudien zur Geschichte der neuen Linken in der Bundesrepublik gab es eine informierte Kritik am Marxismus-Leninismus als Theoriesystem und seiner Legitimierung politisch-staatlicher Praxis in der DDR. Für die Landesstiftungen waren die «Marx200»-Tagungen Höhepunkte ihrer Bildungsarbeit. Weiter zu verfolgen wären nach den gewonnenen Erfahrungen zwei Fragestellungen: Welche Ansätze zur Kritik am Realsozialismus wurden in den DDR-Gesellschaftswissenschaften entwickelt? Und: Wie kann die linke Utopie als Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion gedacht werden?

«K WIE KARL» – EINE FILMREIHE VON PAUL MASON

«Warum ist Marx heute noch wichtig?», fragt der britische Journalist und Filmemacher Paul Mason in den fünf kurzen Filmen, die er unter dem Titel «K wie Karl» für die Rosa-Luxemburg-Stiftung anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx produziert hat. Entfremdung, Kommunismus, Revolution, Ausbeutung und die Zukunft mit Maschinen – das sind die Themen, mit denen Mason zeigen will, warum Marx, den er als den einflussreichsten Denker der modernen Welt bezeichnet, heute aktueller ist denn je.



Still aus Paul Masons Filmreihe «K wie Karl».

Dafür ist Mason nach Berlin, Paris, London und Manchester gefahren, Orte, an denen Marx gelebt oder gewirkt hat. Diese Städte geben den Hintergrund ab, vor dem Mason mit Zitaten von Marx, aktuellen Beispielen und Illustrationen zentrale Kategorien der marxischen Theorie erklärt. Eine schöne und einfache Möglichkeit, sich Marx zu nähern, ohne gleich die dicken Bände der Marx-Engels-Gesamtausgabe in die Hand nehmen zu müssen.

Im ersten Film, «Entfremdung», sucht Paul Mason in Berlin, wo Marx 1836 zu studieren begann, nach den Wurzeln seines Denkens. «Für Marx hieß Entfremdung nicht nur, es geht uns schlechter, wir hassen unsere Arbeit und sehen eine schlechte Entwicklung der Welt. Es bedeutet, dass wir unsere kreative Kraft ständig in eine falsche Richtung lenken. Wir produzieren Dinge, aber die Dinge, die wir machen – Maschinen, Staaten, Religionen, Regeln – werden uns am Ende kontrollieren.» Smartphones, so Mason, seien ein Beispiel dafür.

In der zweiten Episode, «Kommunismus», zeigt Mason in London Orte und Einflüsse, die zur Entstehung der Niederschrift des «Kommunistischen Manifests» beitrugen. Im dritten Teil, «Revolution», reist Paul Mason nach Paris, wo Marx am 8. März 1848 ankam, nachdem er in mehreren Ländern als unerwünschte Person galt, weil man ihn für den Beginn der 1848er-Revolutionen in Europa mitverantwortlich machte. In der vierten Folge von «K wie Karl», die mit «Ausbeutung» betitelt ist, erläutert Mason in Manchester, wie die Nutzung menschlicher Arbeitskraft und die Entwicklung moderner Maschinen den zeitgenössischen Kapitalismus hervorgebracht haben, bevor es in der fünften und letzten Folge unter Rückgriff auf das berühmte Maschinenfragment aus Marx' «Grundrissen» um die Bedeutung der Maschine für den Kapitalismus, aber auch für dessen mögliche Überwindung geht. Masons kleine Filme haben rund um das Marx-Jubiläum in den sozialen Medien viel Anklang gefunden. Eine Rückmeldung kam aus dem Iran: Sie hätten jetzt die Filme selbst ins Persische übersetzt. Schön! So ist Marx also abermals auf Reisen durch die Welt gegangen.

Die fünf Episoden der Filmreihe «K wie Karl» sowie ein ergänzendes Interview mit Autor Paul Mason finden sich unter: <https://marx200.org/mediathek/>.

«MARX FÜR ALLE!»

BILDUNGSMATERIAL FÜR EINSTEIGER*INNEN

Was macht die kapitalistische Produktionsweise aus? Wie wird Geld zu Kapital? Welche Rollen spielen Klassen und Klassenkampf? Und warum sind Krisen unausweichlicher Teil des Kapitalismus? Solche Fragen stehen im Mittelpunkt des sechsten Bildungsmaterials der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Titel «Marx für alle!». Das darin vorgestellte Bildungskonzept ist so angelegt, dass die Grundlagen von Marx' Kapitalismuskritik in einem mehrstündigen Workshop, in einem Tages- oder Wochenendseminar für Einsteiger*innen ohne Vorwissen und/oder akademische Bildung vermittelt werden können. Kern des Konzepts sind Flipchart-Plakate zu zentralen Ideen von Marx' Theorie. Entlang von 17 Plakaten können zentrale Gedanken und Begriffe der marxischen ökonomischen Theorie gemeinsam mit den Teilnehmer*innen auf methodisch vielfältige Weise erarbeitet werden. Das Bildungsmaterial richtet sich an Multiplikator*innen in der politischen Bildungsarbeit sowie an Personen, die in ihren politischen Zusammenhängen einführende Seminare und Bildungsveranstaltungen zu marxischer Theorie anbieten wollen.

Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses Konzepts war die Erfahrung, dass die meisten Bildungsangebote zu Marx sehr voraussetzungsreich und in der Regel stark akademisch geprägt sind. Einstiegsveranstaltungen für Menschen, die keine Muße für zeitaufwendige Lesekreise haben oder für die akademische Vermittlungsmethoden nicht angemessen sind, werden kaum angeboten. Das ist nicht nur eine Lücke in der linken Bildungsarbeit, sondern auch ein politisches Problem. Eine linke Bewegung braucht kritische ökonomische Bildung – nicht nur für den kleinen Kreis linker Akademiker*innen, die Lust auf Marx haben, sondern für alle, die Gesellschaft von links verändern wollen.

Vor diesem Hintergrund ist die Idee entstanden, einen Workshop zu entwickeln, der die Grundgedanken und -begriffe marxischer Kapitalismuskritik verständlich zusammenfasst und diskutierbar macht. Der Workshop soll die Teilnehmenden ermächtigen, sich die ökonomische Theorie von Karl Marx als lebendiges Analysewerkzeug für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise in Vergangenheit und Gegenwart anzueignen. Das Bildungskonzept ist nicht als Gegenentwurf zu den Marx-Lesekreisen oder anderen Vermittlungsformen gedacht, sondern soll Interessierten die verbreiteten Schwellenängste vor Marx nehmen und ihnen Lust machen, sich mit Marx' Werk und ökonomischer Theorie zu beschäftigen.

KLASSIKER IM JUBILÄUMSJAHR

«KAPITAL»-LESEKURSE UND 11. MARX-HERBSTSCHULE

Neben den vielen Veranstaltungen und Aktivitäten, die anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx eigens konzipiert und organisiert wurden, liefen im Jubiläumsjahr 2018 auch einige der Standardangebote der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur «Kritik der politischen Ökonomie» weiter.

So starteten im Februar wieder die «Kapital»-Lesekurse mit fast 150 Teilnehmer*innen, verteilt auf fünf Gruppen: Eine Gruppe beschäftigte sich mit dem zweiten und dritten Band des Hauptwerks von Karl Marx, die anderen vier lasen und diskutierten den ersten Band. Einmal wöchentlich trafen sich die Kursteilnehmer*innen und diskutierten die schon zu Hause gelesenen Kapitel aus dem «Kapital». In gemeinsamer Anstrengung versuchten sie sich zunächst einmal gegenseitig zu erklären, wie Marx im «Kapital» vorgeht und wie die Begriffe, die im Buch auftauchen, zu verstehen sind. Was genau ist eine Ware? Was ist das Besondere an der kapitalistischen Ausbeutung? Wie geht Akkumulation vonstatten und was hat es mit dem tendenziellen Fall der Profitrate auf sich? Diese

und andere Fragen beschäftigten die Teilnehmer*innen über viele Sitzungen hinweg. Zu einem späteren Zeitpunkt ging es dann um die Aktualität der marxischen Analyse und seine Kritik der Gesellschaft, in der wir heute noch leben. Die Marx-Lesekurse sind auf Kontinuität angelegt und umfassen meist rund 30 Sitzungen. Im Mittelpunkt steht dabei immer die kritische Auseinandersetzung mit einem Klassiker, der schon oft für tot erklärt wurde, sich aber immer wieder als quicklebendig erwiesen hat.

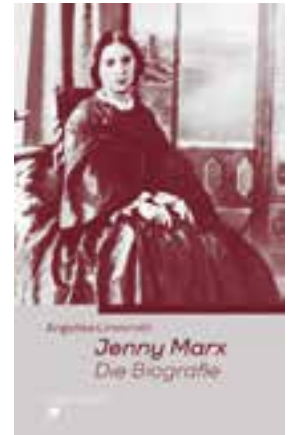
Ende Oktober fand die 11. Marx-Herbstschule in Berlin statt: ein Lektüreseminar mit Rahmenprogramm, das auf ein Wochenende angelegt ist und gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern veranstaltet wird. Die «Helle Panke», der Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition, die Gruppe TOP-B3rlin und die Teamer*innen der Lesekurse entschieden sich 2018 für das Schwerpunktthema «Weltmarkt und Krise». Wie hat Marx den Weltmarkt, den wir heute Globalisierung nennen würden, definiert und verstanden? Welche Stellung und Funktion haben die Krisen in seiner Kritik der politischen Ökonomie? Wie unterscheidet sich an dieser Stelle die Analyse von Marx von der der neoklassischen Ökonomie? Solche Fragen wurden anhand einer Auswahl von Textpassagen aus den Werken von Marx in acht Arbeitsgruppen mit insgesamt etwa 150 Teilnehmer*innen diskutiert. Am Samstagabend referierte Heide Gerstenberger über «Marx und Bretton Woods», und am Sonntag ging es mit Michael Heinrich und Klaus-Dieter Block um «Marx' Überlegungen zu Weltmarkt und Krise».

Ankündigungsplakat für einen Klassiker unter den Marx-Veranstaltungen: die Herbstschule.



GEFÖRDERTE PROJEKTE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

- Berliner Institut für Kritische Theorie e. V.: Herausgabe des «Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus», Veröffentlichung Band 9/1 «Maschinerie bis Mitbestimmung», editorische Arbeiten an Band 9/2 «Mitleid bis naturwüchsig» – 38.000 Euro
- Subbotnik e. V.: Konferenz/Theoriefestival «Kantine Marx – Marx nicht kaufen! Marx denken!», August 2018 in Chemnitz – 1.000 Euro
- arbeitskreis 7kunst e. V.: Musiktheaterstück «Frau Kapital und Dr. Marx», September 2018 in Quedlinburg – 500 Euro
- Kairos Europa e. V.: Tagung «Verwerfungen des Kapitalismus im Zeitalter von «Industrie 4.0». Die Wiederentdeckung des Humanum – mit Bibel, Koran & Marx», September 2018 in Mannheim – 4.000 Euro
- Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: 2. Oldenburger Marx-Tagung «200 Jahre Marx, 150 Jahre «Das Kapital» – Der Stachel bleibt!», November 2018 – 1.000 Euro
- NaturFreunde Deutschland e. V.: Fachtagung «Arbeit gegen Natur? Marx und die ökologische Frage», Dezember 2018 in Berlin – 2.000 Euro



PUBLIKATIONEN ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

BEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Michael Brie, Alex Demirović
Karl Marx: Strategy and the Philosophy of Praxis
 Towards a re-appropriation of his thinking in order to provide a radical perspective for liberation
 Online-Publikation 6/2018
 15 Seiten, ISSN 2567-1235

Christoph Ernst
Marx für alle!
 Ein Tagesseminar zur Einführung in Marx' Analyse und Kritik des Kapitalismus
 Bildungsmaterialien Nr. 6
 58 Seiten, Broschur
 ISSN 2513-1222

Wolfgang Fritz Haug
Marxist*insein
 116 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-9818987-4-3

Dieter Klein
«Kapital»-Logik und Transformation
 Wie hätte Marx das Ausbleiben erfolgreicher Revolutionen verarbeitet?
 Standpunkte 7/2018

Gayatri Chakravorty Spivak
Marx global
 Unberechenbar, gefährlich: das Begehren gegen Das Kapital erlernen
 Analysen Nr. 45
 32 Seiten, Broschur
 ISSN 2194-2951

«Marxte noch mal?!»
 LuXemburg, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2–3/2017
 Doppelheft zum Marx-Jubiläumsjahr
 196 Seiten, Broschur
 ISSN 1869-0424

IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Karl Marx/Friedrich Engels
Werke, Band 44
 Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 532 Seiten, gebunden
 4 Abbildungen
 ISBN 978-3-320-02336-2

Vivek Chibber
Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals
 382 Seiten, Klappenbroschur
 ISBN 978-3-320-02356-0

Martin Beck, Ingo Stützle (Hrsg.)
Die neuen Bonapartisten
 Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen
 272 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-320-02348-5

Rolf Hecker
Springpunkte
 Beiträge zur Marx-Forschung und «Kapital»-Diskussion
 318 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-320-02349-2

Antonio Labriola
Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung
 Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug
 292 Seiten, Klappenbroschur
 ISBN 978-3-320-02347-8

Angelika Limmroth
Jenny Marx. Die Biografie
 288 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-320-02346-1

Sabine Nuss (Hrsg.)
Der ganz normale Betriebsunfall
 Viermal Marx zur globalen Finanzkrise
 144 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-320-02350-8

IN KOOPERATION MIT DEM VSA: VERLAG

Franz Segbers, Michael Ramminger (Hrsg.)
«Alle Verhältnisse umzuwerfen ... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen»
 Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx
 248 Seiten, Broschur
 ISBN 978-3-89965-790-6

Mehr zum Schwerpunkt unter: www.marx200.org. Alle Publikationen, ausgenommen die im Karl Dietz Verlag Berlin erschienenen, stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung, unter: www.rosalux.de/publikationen.

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

Viele Jahre kaum beachtet, sind Klassen und Klassenpolitik als Begriffe mit Wucht in den öffentlichen Diskurs zurückgekehrt. Dabei fällt auf: Vieles, was im Gefolge der 1968er-Bewegung wissenschaftlich wie politisch an klassenanalytischem Erkenntnisfortschritt erreicht worden war, ist heute in Vergessenheit geraten. Deshalb wird die Diskussion über die Klassengesellschaften des 21. Jahrhunderts oftmals oberflächlich geführt.

Diesem Problem widmete sich das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2018 sowohl analytisch als auch politisch-strategisch. Zwei Schwerpunkte lassen sich hier ausmachen: Dies ist zum einen die Arbeit an Klassenanalysen auf der Höhe der Zeit, zum anderen die Auseinandersetzung mit Fragen einer verbindenden Klassenpolitik, insbesondere im Feld feministischer Praxen – mit dem Ziel, strategische Interventionspunkte für eine sozialistische Transformation zu identifizieren.

Zum Hintergrund: Sowohl vertikale als auch horizontale klassenspezifische Ungleichheiten nehmen in nahezu allen Gesellschaften des globalen Nordens wie des Südens zu. Zugleich sind um den Gegensatz von Kapital und Arbeit gebaute politische und gewerkschaftliche Organisationen so schwach, wie es nach 1949 wohl noch nie der Fall gewesen ist. In diese Lücke stoßen radikale rechte Strömungen, denen es in vielen Ländern gelungen ist, Teile der Lohnabhängigen für sich zu gewinnen und völkische Zugehörigkeit zum Kriterium einer «exklusiven Solidarität» zu machen. Immer stärker zeigen sich entlang von Differenzen und von spezifischen Interessen einzelner Gruppen Fraktionierungen innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter*innen. Politisch verfestigt werden solche Unterschiede durch Debatten, die um einen vermeintlichen Gegensatz zwischen Identitäts- und Klassenpolitiken kreisen, statt geschlechtliche Ungleichheit und Rassismus, die Krise der Reproduktion und die ökologische Krise als integrale Momente der sozialen Frage, als Klassenfragen zu lesen und zu formulieren.

Wir müssen erkennen, dass sich alte Klassenmilieus in Auflösung befinden, dafür aber neue entstehen, die fragmentierter, pluraler, weiblicher, migrantischer und häufig prekär sind. Entsprechend spielen sich zahlreiche Klassenkämpfe nicht nur in der Produktion, sondern auch im Bereich der Reproduktion ab, es geht um soziale Infrastrukturen, Pflege und Sorgearbeit, geschlechtliche Arbeitsteilung, Wohnen, lebenswerte Umwelten etc. Entsprechend vielfältiger werden auch die Kämpfe, die ausgetragen werden müssen. Zudem verändert sich die Klassenzusammensetzung, verändern sich Berufe und damit sich verbindende Subjektivitäten auch durch transnationale Produktionsstrukturen und neue Produktivkräfte (Stichwort: Digitalisierung). Nicht nur deswegen ist eine neue Klassenanalyse nötig.



Protest für legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch in Argentinien, Buenos Aires, Juni 2018.

VERBINDENDE KLASSENPOLITIK

Klassenerfahrungen wieder zum Gegenstand einer wider-spruchsorientierten Analyse zu machen kann Anknüpfungspunkte für solidarische Praxen begründen. Der Frage, wie eine neue Klassenanalyse die zentral gewordene Strategie einer «verbindenden Klassenpolitik» empirisch und theoretisch begleiten kann, ging 2018 eine gemeinsame Arbeitstagung des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena nach. Auch zukünftig sollen einmal im Jahr neue klassenanalytische Arbeiten vorgestellt und diskutiert werden. Entsprechende Fragestellungen und die Suche nach verbindender Klassenpolitik prägten auch die Diskussionen auf den beiden sehr prominent und international besetzten großen Stiftungsveranstaltungen des vergangenen Jahres: auf dem «Marx200»-Kongress (2.–5. Mai) und auf der Zukunftstagung «über:morgen» (13.–15. September). Auf der Letztgenannten fand die Premiere des «Gesundheitstribunals» statt. Zu einer verbindenden Klassenpolitik und Organisierung gehören auch internationale Vernetzung und Schulung. In Kooperation mit dem Zentrum für internationalen Dialog (ZID) und der Akademie für politische Bildung hat das IfG deswegen 2018 eine Reihe von Seminaren unter anderem für junge Gewerkschafter*innen sowie zwei Sommerschulen ver-

anstaltet. Von besonderer Bedeutung war die europäische Sommerschule zu feministischer Klassenpolitik in Belgrad (30. September–4. Oktober), die das Institut zusammen mit dem Europareferat des ZID durchgeführt hat. An die 100 Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus Europa, aber auch aus den Hotspots feministischer Mobilisierung wie Argentinien, Chile und den USA diskutierten dort über die Perspektiven einer «Feministischen Internationale». Diese bildet gegenwärtig den sichtbarsten Gegenpol zum globalen Autoritarismus wie zum Neoliberalismus. Eine wichtige inhaltliche Grundlage dieses Treffens zur Vernetzung und Strategieentwicklung bildete die – auch ins Englische übersetzte – Ausgabe der Zeitschrift *Luxemburg* «Am fröhlichsten im Sturm: Feminismus» (Heft 2/2018). Fragen feministischer Klassenpolitik werden darin sowohl in internationaler Perspektive als auch anhand verschiedener Themenfelder wie Familienpolitiken, reproduktive Gerechtigkeit, queer-feministische Klassenpolitiken und Kämpfe um Sorgearbeit beleuchtet. Die im letzten Jahr aufgebauten Kooperationen werden 2019 in ein großes «Feministisches Festival» münden, das im September in der Zeche Zollverein in Essen stattfinden wird. Wir wollen die gegenwärtige positive politische Dynamik auf diesem Feld, die nicht zuletzt im weltweit stattfindenden Frauen*streik am 8. März einen sichtbaren Ausdruck fand, mit einer solchen Zusammenkunft stärken.



Alex Demirović

FELLOWS

Alex Demirović brachte 2018 mit dem Buch «Wirtschaftsdemokratie neu denken» den dritten Band in der Reihe der Demokratie-Tagungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung heraus und beteiligte sich inhaltlich selbst mit einem grundlegenden Beitrag. Auch der von ihm mitherausgegebene Tagungsband «Emanzipation: Zu Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs» erschien im vergangenen Jahr. Sein Aufsatz «Gramsci und die Migrationsfrage» stellte eine wichtige Intervention in die politisch höchst kontroverse Debatte zum Thema linker Umgang mit Flucht und Migration dar. Sowohl der «Marx200»-Kongress wie auch die Ausgabe der Zeitschrift *LuXemburg* zum 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg profitierten sehr von seiner Beteiligung. Anlässlich der Marx- und Luxemburg-Jahrestage verfasste er wichtige Artikel: «Zwischen Wissenschaft und Weltanschauung» und «Eine neue Zivilisation. Warum die Freiheit der Einzelnen Bedingung für die Freiheit aller ist». Schließlich legte er mit «Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie» einen viel diskutierten Text zur Analyse der gegenwärtigen politischen Konjunktur vor.

Dieter Klein führte 2018 die Arbeit an seinem Buchprojekt «Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten» fort. Er setzt sich darin kritisch mit den transformationstheoretischen Grundlagen und strategischen Implikationen der Ansätze von Wolfgang Streeck, Paul Mason und anderen auseinander, analysiert die Struktur ihrer jeweiligen Erzählung und zieht daraus Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der Transformationstheorie. Er befasste sich auch mit der These der «imperialen Lebensweise» von Ulrich Brand und Markus Wissen, beide ehemalige Fellows am Institut für Gesellschaftsanalyse, und veröffentlichte dazu einen Beitrag in den *WSI-Mitteilungen*. Anlässlich des diesjährigen Jubiläums verfasste er mehrere Beiträge zu Ernst Bloch. Den 100. Todestag von Rosa Luxemburg nutzte er, um über

das Erbe von Marx und Luxemburg für eine Politische Ökonomie der Gegenwart nachzudenken. Das Ergebnis wird in der Zeitschrift *World Review of Political Economy* erscheinen.

Miriam Pieschke führt in ihrer Arbeit als Fellow ein von ihr konzipiertes Modellprojekt zur Organisierung in benachteiligten Wohngebieten in Berlin-Lichtenberg durch. Forschungsleitend ist dabei die Frage nach linken Handlungsperspektiven. Dies gilt auch für das von ihr seit 2018 koordinierte Forschungsprojekt «Subjekt- und hegemonietheoretische Untersuchung des Rechtspopulismus und Entfaltung emanzipatorischer Gegenmacht» (PSUREG), das die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitarbeiter*innen der Hochschule Magdeburg-Stendal und zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort initiiert hat. In einem ersten Forschungsbericht «Reaktionär, rassistisch, rechts», der im Mai 2018 erschien, sind das Herangehen und die strategische Ausrichtung beschrieben und wird eine umfassende Analyse der Entwicklung der AfD auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vorgelegt. Der zweite Forschungsbericht ist in Arbeit. Miriam Pieschke arbeitet inzwischen auch hauptamtlich an der Hochschule Magdeburg-Stendal für das Projekt.

Rainer Rilling widmete sich im Jahr 2018 der Zukunft. Er übernahm in Vorbereitung der Zukunftstagung «über:morgen» die Konzeption und Umsetzung eines Online-Schwerpunkts zum Thema «Konkrete Utopien eines künftigen Sozialismus». In seiner Verantwortung lag – im Anschluss an seine Forschungstätigkeiten im Jahr 2017 – die Veranstaltung «Gemeinsame Zukunft gibt es nur, wenn Reichtum umverteilt wird», auf der David McNally (University of Houston), Cedric Wermuth (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) und Ellen Ehmke (Oxfam) sprachen. Er verfasste ein kommentiertes Literaturverzeichnis zu den «Reichenlisten» unter anderem des *Forbes Magazine*. Im Marx-Jubiläumsjahr 2018 galt es auch, einen Blick zurückzuwerfen, um die Zukunft besser zu begreifen. Rainer Rilling war an der Konzeption und Durchführung der Tagung «Marx in Hessen» und an dem Berliner Kongress «Marx200» beteiligt. Und wie jedes Jahr organisierte er auch 2018 im Auftrag der Stiftung die Seminarwoche in der Villa Rosa im italienischen Volterra, diesmal unter der Überschrift «Öffentliches, Medien, Sprechen. Über Propaganda und Kapital».

Axel Troost übernahm die Koordination des neu gegründeten und prominent besetzten Gesprächskreises «Wirtschaftspolitik» der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aus dem Gesprächskreis wurde auf Initiative von ihm im Juli 2018 das Positionspapier «Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Spielräume der Schuldenbremse in den Bundesländern nutzen!» von Sebastian Dullien, Dierk Hirschel, Jan Prieue, Sabine Reiner, Daniela Trochowski, Axel Troost, Achim Truger und Harald Wolf veröffentlicht. Darüber hinaus legte er drei umfassende Analysen vor: «Chance vertan. Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte – Eine Bilanz» (zusammen mit Rainald

Fellowships existieren am Institut für Gesellschaftsanalyse seit dem Jahr 2012 und geben politisch Aktiven die Möglichkeit, ihre Praxen wissenschaftlich und strategisch zu reflektieren.



Winnie Wong (li.) und Claire Sandberg

Ötsch) anlässlich des 10. Jahrestags seit Ausbruch der großen Krise, «Versprechen nicht erfüllt. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit dem Herbst 1989» (zusammen mit Klaus Steinitz) im Vorgriff auf den 30. Jahrestag der deutschen Einheit sowie die Bilanz «Umsteuern in Athen. Griechische Steuerpolitik unter Syriza und den Memoranden» im Vorlauf zu den anstehenden Neuwahlen in Griechenland und zum Europäischen Parlament.

Steve Williams ist langjähriger Organizer aus San Francisco. **Steve Hughes** war Organizer bei der Working Families Party in den USA, lebt seit einigen Jahren in Prag und arbeitet seither freiberuflich für linke Parteien und Bewegungen in Europa. Beide sind brillante politische Bildner. Ziel ihres Fellowships im Jahr 2018 war es, die Praxen des transformativen Organizing für den deutschen und europäischen Kontext zu übersetzen und für die Weiterentwicklung von entsprechenden Formaten und Projekten in Partei und Bewegung zu nutzen. Beispiele hierfür sind das Seminar «New Kids im historischen Block – wie die am stärksten von Neoliberalismus Betroffenen Politik, Strategie und Organisierung übernehmen» und der «Crashkurs: Transformatives Organizing», die beide auf der dreitägigen Zukunftstagung «über:morgen» der Stiftung im September 2018 und auf dem mehrtägigen Berliner Follow-up zur ersten Europäischen Sommerschule in Madrid angeboten wurden. Die Erfahrungen und Erkenntnisse sollen in die Erstellung von neuem Bildungsmaterial zur Organisierung einfließen, dessen Erscheinen für 2019 geplant ist.

Winnie Wong ist Mitgründerin der landesweiten Bewegung «People for Bernie» in den USA. **Claire Sandberg** war Direktorin für Organizing in der Präsidentschaftskampagne von Bernie Sanders. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen wurden in mehreren Seminaren systematisch gemeinsam aufgearbeitet und für Organisierungsansätze in Deutschland und Europa nutzbar gemacht. Dies geschah unter anderem in der «Werkstatt: Wie Kampagnen Füße bekommen» auf dem Kongress

«über:morgen» und in dem mehrtägigen Seminar «Europäische Kampagnen für verbindende Klassenpolitik – wie geht das?» Anfang Dezember 2018 in Berlin. Bei einer ebenfalls im Dezember stattgefundenen Abendveranstaltung der Stiftung mit dem Titel «Antworten auf den Aufstieg der radikalen Rechten. Effektive Strategien zur Verteidigung demokratischer Werte aus linker US-Perspektive» stellten sie Strategien und erfolgreiche Praktiken gegen den neuen Autoritarismus zur Diskussion.

NEUER AUTORITARISMUS UND RADIKALE RECHTE

In der organischen Krise des alten neoliberalen Projekts erleben wir fast überall auf der Welt den Aufstieg eines neuen Autoritarismus mit «starken Männern» an der Spitze wie Donald Trump oder Sebastian Kurz, politischen Unternehmern, die sich in ihrer Machtausübung auf mächtige Kapitalfraktionen stützen können. Davon abzugrenzen wären die autoritär-nationalistischen Regime in Polen, Ungarn oder auch der Türkei, und diese wiederum von einer radikalen Rechten wie dem Front National in Frankreich, der Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders in den Niederlanden, der Lega in Italien oder der AfD in Deutschland.

Am Institut für Gesellschaftsanalyse wie in der Stiftung insgesamt befassen wir uns schon seit Längerem mit der zu beobachtenden Rechtentwicklung, mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden rechter Parteien und Bewegungen. Wir fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen des derzeitigen Erfolgs der radikalen Rechten. Wie kommt es, dass sie ein allgemeines Phänomen ist und zugleich unter bestimmten Klassenfraktionen, Geschlechtern und in bestimmten Ländern und Regionen größeren Zuspruch erhält als andernorts?



«#Ausgehetzt – für ein solidarisches Europa»: Unter diesem Motto haben am 17. November 2018 ein breites Bündnis in Magdeburg gegen den Europa-Parteitag der AfD.

Zur Begründung des rechten Vormarsches gibt es zahlreiche Erklärungsansätze, fast jeder hat seine Berechtigung, erklärt einen bestimmten Aspekt, doch meist stehen sie neben- oder gegeneinander. Obwohl das zu begreifende Phänomen aufgrund seiner Heterogenität und Dynamik sich einem einfachen Ursache-Wirkung-Schema entzieht, gilt es aus unserer Sicht ein spezifisches Verhältnis zu erforschen.

Im Jahr 2018 antworteten wir auf die Frage «Warum konnte das Phänomen gerade jetzt so bedeutsam werden?» mit der Arbeitshypothese, dass dies mit einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit in Zeiten veränderter moderner Klassengesellschaften zu tun hat, die im Moment der organischen Krise ihre Zuspitzung erfährt. Dabei geht es um Verunsicherung in der Arbeitswelt, in der Familie, um die Infragestellung von tradierten Lebensweisen, (Geschlechter-)Identitäten, manchmal sogar der eigenen Geschichte. Diese Verunsicherung verlangt nach subjektiven und kollektiven Bewältigungsstrategien, wobei zu beobachten ist, dass in Zeiten von Prekariisierung, Deklassierung und Entsolidarisierung die Angebote von rechts zur Erhaltung und Erweiterung eigener, restriktiver Handlungsfähigkeit und reaktionärer Selbstermächtigung auf besonders große Zustimmung stoßen.

Diesen Zusammenhang genauer in den Blick zu nehmen hat sich auch das 2018 von der Stiftung initiierte Forschungsprojekt «Subjekt- und hegemonietheoretische Untersuchung des Rechtspopulismus und Entfaltung emanzipatorischer Gegenmacht» (PSUREG) zur Aufgabe gemacht. Daran beteiligt sind die Hochschule Magdeburg-Stendal, das Institut für Gesellschaftsanalyse, Vertreter*innen der Partei DIE LINKE sowie verschiedene lokale Initiativen. Der erste Forschungsbericht wurde unter dem Titel «Reaktionär, rassistisch, rechts: Die

Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen-Anhalt und Stendal» im Juni 2018 vorgelegt.

Diesem und anderen Projekten der Stiftung liegt die Annahme zugrunde, dass es notwendig und möglich ist, an die allgemeine Verunsicherung auch von links anzuschließen und solidarische Praxen zu entwickeln. «Take back control» – die Rückgewinnung der Kontrolle ist gewissermaßen das Versprechen der radikalen Rechten. Statt autoritär kann dieses Begehren aber auch emanzipatorisch gewendet werden und zur demokratischen Ermächtigung führen, dazu, dass wir gemeinsam und solidarisch dafür streiten, die Verfügungsgewalt über die eigenen Lebensbedingungen (wieder) zu erlangen, nicht nur für wenige, sondern für die Vielen. Dazu haben wir und viele andere in der Stiftung, zum Beispiel der Gesprächskreis «Rechts», im vergangenen Jahr diverse Analysen und Handreichungen produziert, europaweit Bildungsveranstaltungen durchgeführt, mit Mitteln des Studienwerks einschlägige Dissertationsprojekte gefördert sowie Modellprojekte und Kooperationen gestartet, um Organisationsprozesse von links voranzutreiben.

«WIR KLAGEN AN»

DAS GESUNDHEITSSYSTEM VOR GERICHT

Die Krise des Gesundheitssystems spüren viele tagtäglich am eigenen Leib. Dank vieler Proteste und neuer Arbeitskämpfe in den Krankenhäusern ist das Thema häufiger in der Öffentlichkeit. Doch der gesundheitspolitische Diskurs ist stark vermachet und wird von Expert*innen dominiert – die Stimmen von Betroffenen kommen wenig zu Wort. Dies zu ändern war

ein Hauptanliegen des «Gesundheitstribunals», einer künstlerisch-politischen Koproduktion der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Theaterregisseur Volker Lösch und Autor Ulf Schmid.

Das Stück wurde im Rahmen des linken Zukunftskongresses «über:morgen» im Innenhof der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin am 13. und 15. September vor insgesamt rund 600 Zuschauer*innen uraufgeführt – die Sitze der eigens dafür errichteten Freilichtbühne waren trotz leichten Regens bis auf den letzten Platz besetzt. Gekommen waren viele Menschen, die im Pflegebereich tätig sind und sich für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Versorgung engagieren. Besonders von ihnen gab es durchweg positive Rückmeldung: Das Stück bilde die Alltagserfahrungen und Empfindungen vieler Menschen, die beruflich und/oder privat mit der Pflege zu tun haben, treffend ab.

Damit ist das Konzept des Projekts aufgegangen. Es war im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung in enger Zusammenarbeit mit Aktiven des Berliner Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus entwickelt worden. Die nicht einfache Aufgabe bestand darin, die Auseinandersetzung um den Pflegenotstand und die komplexen Hintergründe in einem niedrigschwelligen und unterhaltsamen Format aufzubereiten, das sowohl ein kulturraffines als auch ein politisch interessiertes Publikum an-

spricht. Das Stück basiert auf Interviews mit in Berliner Krankenhäusern arbeitenden Pflegekräften und bringt einige von ihnen als Expert*innen des Alltags auf die Bühne, wo sie ihre Anliegen – gestärkt durch ein Schauspiel- und Sprechtraining – lautstark artikulieren können. Es entwickelt zugleich für die aktuellen gesundheitspolitischen Debatten ein dialogisches Format: Befürworter*innen wie Kritiker*innen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens liefern sich einen Schlagabtausch über das Für und Wider, Anspruch und Wirklichkeit der auf Effizienz und Rentabilität gebürsteten Krankenhäuser. Das Konzept setzte auf die Beteiligung der Zuschauer*innen – am Ende, nach dem Schlagabtausch, waren sie aufgefordert, über die Richtung der Gesundheitspolitik abzustimmen.

Diese ersten Aufführungen in Berlin waren ein Testlauf für ein mögliches größeres Projekt von Regisseur Volker Lösch, in dem auch weitere Dimensionen der Krise des Gesundheitssystems aufgegriffen werden sollen. Er hat vor, das Stück in Form von «mobilen Formaten» an anderen Orten und in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus, zum Beispiel auch anlassbezogen im Vorfeld von Volksentscheiden oder begleitend zu pflegepolitischen Kampagnen, aufzuführen. Über eine mögliche weitere Förderung dieser Projekte durch die Stiftung wird noch beraten.

Regisseur Volker Lösch stellt das Gesundheitssystem vor Gericht: Szenenfoto von der Generalprobe des Theaterstücks im September 2018.



«LUXEMBURG LECTURES» 2018

Im Rahmen der «luxemburg lectures» lädt die Stiftung immer wieder Intellektuelle aus der ganzen Welt zu Vorträgen ein. Inhaltliche Schwerpunkte im Jahr 2018 waren feministische Politiken gegen Autoritarismus und Austerität, ökosozialistische Perspektiven und linker Populismus.



Michael Hardt



Arie Russell Hochschild



Gayatri Spivak

2. MAI 2018
Michael Hardt (Philosoph und Literaturwissenschaftler, USA)
ASSEMBLY
In Kooperation mit dem Campus Verlag

3. MAI 2018
Wolfgang Fritz Haug (marxistischer Philosoph, Deutschland)
MARXIST*IN SEIN

4. MAI 2018
Zhang Shuangli (Philosophin, China)
**SCHWIERIGKEITEN MIT DER MARXISTISCHEN
RECHTFERTIGUNG DES SOZIALISTISCHEN STAATES**

4. MAI 2018
Arie Russell Hochschild (feministische Soziologin, USA)
MARX, KLASSE UND POLITIK

4. MAI 2018
Gayatri Spivak (feministische Literaturwissenschaftlerin
und Mitbegründerin der postkolonialen Theorie, USA/Indien)
MARX GLOBAL, KLASSEN UND POLITIK
Mit Maria do Mar Castro Varela

5. MAI 2018
Herrmann Klenner (Rechtsphilosoph, Deutschland)
**DAS INTERESSE DES RECHTS DARF SPRECHEN,
SOWEIT ES DAS RECHT DES INTERESSES IST**

Alle auf dieser Seite genannten «luxemburg lectures» fanden im Rahmen des Kongresses «Marx200» in Berlin statt.

3. OKTOBER 2018

Chantal Mouffe (Politikwissenschaftlerin, Belgien/Großbritannien)

LINKER POPULISMUS

In Kooperation mit dem Suhrkamp Verlag mit Katja Kipping und Ingar Solty in Berlin

10. NOVEMBER 2018

Richard York (Soziologe und Ökosozialist, USA)

KLASSEN- UND NATURVERHÄLTNISSE

Im Rahmen der Konferenz «Klasse neu denken – Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse und -politik» in Jena

8. DEZEMBER 2018

Julia Cámara Gómez (feministische Wissenschaftlerin und Organisatorin des Frauen*streiks in Spanien) und Camille Alice Barbagallo (feministische Wissenschaftlerin und Organisatorin des Womens' Strike in Großbritannien)

WOMEN'S STRIKE AND THE FEMINISM OF THE 99%

Im Rahmen des SDS-Kongresses «Geschichte wird gemacht 68/18» in Berlin

15. DEZEMBER 2018

Greg Albo (Politikwissenschaftler und Ökosozialist, Kanada)

UNSUSTAINABLE CAPITALISM AND SOCIALIST POLITICS

Im Rahmen der Konferenz «Der Springpunkt der Politischen Ökonomie: Das Kapital gegen Arbeit und Natur» zu Ehren von Elmar Altvater in Berlin



Julia Cámara Gómez



Camille Alice Barbagallo

Chantal Mouffe im Gespräch mit Katja Kipping und Ingar Solty.



AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es, ein breites Angebot politischer Bildung für all die Menschen zur Verfügung zu stellen, die sich einem demokratischen Sozialismus im Denken und Handeln verpflichtet fühlen. Ziel ist es, diese Menschen in die Lage zu versetzen, in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen handlungsfähig zu werden.

Die Angebote der Akademie für politische Bildung reichen von Abendveranstaltungen und Tagesworkshops über Wochenendseminare bis hin zu modularen Weiterbildungen, der Entwicklung von Bildungsmaterialien sowie Handreichungen für Multiplikator*innen. Die Akademie arbeitet zielgruppenorientiert und entlang der Fragestellungen und Bedürfnisse, die sich aus der täglichen politischen Praxis ergeben. Leitmotiv sind dabei die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, das Bewusstsein um hierarchische Strukturen und der Wunsch, emanzipatorische Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. In der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften engagierte Menschen gehören ebenso zu den Zielgruppen wie Menschen aus sozialen Bewegungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

Die Akademie will Basiswissen vermitteln und neue Zugänge zu Politik und politischem Engagement eröffnen. Indem sie in ihrer Arbeit die starre Aufspaltung zwischen Bildungsinhalten und Didaktik durchbricht und vielfältige Methoden zur Anwendung bringt, können auch komplexe Zusammenhänge verständlich gemacht werden. Mit dieser Haltung mischt sich die Akademie auch in öffentliche Debatten zu politischer Bildung ein, in Form von Publikationen und bildungspolitischen Veranstaltungen.

Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2018 waren neben der weiteren Konsolidierung unserer kommunalpolitischen Angebote die Etablierung eines «Kommunalpolitischen Netzwerks». Im Feld der Jugendbildung standen die Erstellung von Handreichungen und die Organisierung eigener Seminare und Konferenzen im Vordergrund. Es konnten eine zweijährige Fortbildung abgeschlossen und bewährte Kurssysteme regionalisiert werden. Zudem haben wir erste Schritte unternommen, um Bildungsangebote «in der Fläche» zu entwickeln, das heißt für Menschen, die jenseits der großen Städte wohnen, und haben unsere neuen digitalen Formate ausgebaut.

Um angesichts eines globalen Rechtsrucks die Linke wieder in die gesellschaftliche Offensive zu bringen, arbeiteten wir im Jahr 2018 insbesondere an der Verbesserung der öffentlichen Sichtbarkeit unserer Angebote und am Ausbau neuer Formate. Wir veröffentlichten zahlreiche praxisnahe Bildungsbroschüren sowie Videos und Audiomaterialien. Inhaltliche Schwerpunkte waren Politische Ökonomie und Europa, sozialökologische Transformation, Autoritarismus, Nationalismus und Antifeminismus, Migration sowie Internationale Politik und Globale Soziale Rechte.

KEIN SCHLUSSTRICH!

URTEILSVERKÜNDUNG IM MÜNCHNER NSU-PROZESS

Dreimal rief İsmail Yozgat laut und vernehmlich in den Gerichtssaal «Um Himmels willen!» und störte so den Vorsitzenden Richter Manfred Götzl bei der Urteilsverkündung im NSU-Prozess. Es war der 11. Juli 2018, der 438. und letzte Tag des «Jahrhundertprozesses» gegen fünf Angeklagte, denen die Mittäterschaft oder Beteiligung an den schweren Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zur Last gelegt wurde. Für die bekennenden Nazis – André Eminger und Ralf Wohlleben, den NSU-«Waffenbeschaffer» – gab es milde bzw. mildere Urteile als erwartet. Die beiden «Hinterbänkler» Carsten Schultze und Holger Gerlach bekamen vergleichsweise höhere Strafen als erwartet, nur Beate Zschäpe wurde bei besonderer Schwere der Schuld erwartungsgemäß zu lebenslanger Haft verurteilt.

Im vierstündigen «Sermon» des Vorsitzenden kam das Wort Verfassungsschutz kein einziges Mal vor, und eine vermittelnde, erklärende Ansprache der Betroffenen fand nicht statt. Der «NSU-Fall» war nun vollends zu einem größeren Kriminalfall heruntergekocht worden und vom vermutlich größten Geheimdienst-, Polizei- und V-Leute-Skandal in der Geschichte rechten Terrors in Nachkriegsdeutschland war nichts mehr übrig. Im Falle des Angeklagten Eminger war eine geringe Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren einzig wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verhängt worden, was unter den zahlreichen anwesenden Neonazis für Beifall sorgte. Richter Götzl verbat sich diese Sympathiebezeugungen für Eminger zwar, beließ es jedoch dabei, anders als bei Yozgat, dem er mit Rauswurf drohte. Eminger war bis zum Schluss der engste Vertraute und Unterstützer des NSU-Kerntrios in Zwickau gewesen. Der Satz seiner Verteidiger, er stehe «mit Haut und Haaren zu dieser Gesinnung», war dabei wörtlich zu verstehen. Im Laufe der Beweisaufnahme wurden seine flächendeckenden Tätowierungen vorgeführt. «Die, Jew, die», «Ich bin nichts, mein Volk ist alles» oder die Initialen «AH» waren zu sehen. Ausgerechnet dieser Fanatiker wurde in etlichen Punkten der Anklage freigesprochen. Es entfielen die Anklagepunkte der Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und zum versuchten Mord. Bei dem perfiden Anschlag auf einen Lebensmittelladen in der Kölner Probsteigasse am 19. Januar 2001 war die damals 19-jährige Tochter der iranisch-stämmigen Betreiberfamilie lebensgefährlich verletzt worden.

Dieser Teilfreispruch war nicht nur für die Betroffenen des NSU-Terrors, sondern auch für die Anklagebehörde ein Schlag ins Gesicht. Sogar die Bundesanwaltschaft hatte für Eminger, in dem sie das mutmaßliche vierte Mitglied des NSU-Kerns erkannt zu haben glaubte, zwölf Jahre Haft gefordert. Entsetzt, weinend und enttäuscht verließen die etwa 25 Geschädigten der NSU-Anschläge und Hinterbliebenen der zehn ermordeten Menschen das Gerichtsgebäude. Es war der Dauerprotest, der sich vor dem Strafjustizzentrum bunt und laut bemerkbar



Demonstration in Berlin nach Bekanntgabe der Urteile im NSU-Prozess.

gemacht hatte, der die niedergeschlagenen Betroffenen und Beobachter*innen auffing. Der Slogan «Kein Schlusstrich!» machte deutlich, wie wichtig es sein würde, dieses ernüchternde Prozessende und die Aufkündigung der «lückenlosen Aufklärung» (Merkel) nicht auf sich beruhen zu lassen. NSU-Watch, die Stiftung und andere Aktive, die sich intensiv mit dem NSU, staatlicher Verstrickung und der gerichtlichen «Aufarbeitung» beschäftigt haben, stellten im Nachgang zum Urteil schnell fest, dass das Interesse für den unaufgeklärten NSU-Komplex ungebrochen ist. Veranstaltungen, Dokumentation und Berichterstattung sind ebenso weiter gefragt wie Workshops und Bildungsangebote zum Thema.

Wie zu erwarten, bedeutete das Ende des Prozesses nicht das Ende rechten Terrors. Kurz nach dem Urteilsspruch erhielt die Nebenklagevertreterin Rechtsanwältin Başay-Yıldız wiederholt Morddrohungen per Fax – unterzeichnet mit «NSU 2.0». Dahinter scheinen Frankfurter Polizeibeamte zu stecken. Zusammen mit den Enthüllungen über «Hannibal» und das «Uniter»-Netzwerk in der Bundeswehr sowie dem allgemeinen Erstarken der völkisch-nationalistischen AfD wird deutlich: Von einem Schlusstrich kann keine Rede sein.

WEITERBILDUNG ALS ZUKUNFTSGESTALTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im Juni 2018 das ambitionierte zweijährige Programm «Weiterbildner*in im linken Feld» abgeschlossen. Hier standen Themen im Mittelpunkt, die für die Stiftung zukunftsweisend sind: Umgang mit Heterogenität, Bildungsarbeit im interkulturellen Bereich, die Kunst der Begleitung politischer Prozesse und die Anpassung der Bildungsangebote an aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Die 17 Teilnehmer*innen, die insgesamt 15 Module und Praxisphasen erfolgreich durchlaufen haben, stellen damit einen besonderen «Kompetenzpool» dar, auf den sich die Stiftungsarbeit künftig stützen kann, wenn es etwa um Fragen der Digitalisierung, Ansätze gegen rechte Alltags-

kultur, die Arbeit in ländlichen bzw. kleinstädtisch geprägten Räumen oder das Erreichen neuer Zielgruppen geht. Diese positive Bilanz ist das Ergebnis gründlicher Vorbereitung und konzeptioneller Überlegungen. Bei der Auswahl der Teilnehmenden wurde unter anderem darauf geachtet, dass sie aus verschiedenen Fortbildungskulturen und Organisationskontexten kommen: von Parteien über Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen bis hin zu Selbsthilfegruppen. Als besonders gelungen hat sich zudem eine Kombination aus Grundlagenvermittlung und thematischer Fokussierung entsprechend den individuellen Interessen herausgestellt. Positiv zu bewerten ist auch das Angebot von fünf Fokusmodulen zu Themen wie «Führung» oder Arbeit im Ausland. Aus diesen heraus wurden diverse Praxisprojekte entwickelt, darunter ein Modellseminar zu Kommunalpolitik und eine Begegnungswoche mit in der Weiterbildung Aktiven aus Palästina. Im Rahmen der Ausbildung konnten sieben Personen Erfahrungen in der Auslandsarbeit der Stiftung in Kiew, Hanoi und Ramallah sammeln, andere hatten die Möglichkeit, in den Landesstiftungen zu hospitieren. Eine solche Weiterbildung ist sicherlich nicht als Regelangebot zu verstetigen, die stattgefundenen Lernprozesse und neu geknüpften Netzwerke sind jedoch als gute Investition in die Zukunft zu verstehen.

«CRASHKURS KOMMUNE»

Seit 2009 erscheint ein Teil der kommunalpolitischen Fachpublikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Reihe «Crashkurs Kommune», die in Kooperation mit dem VSA-Verlag entstanden ist. Sie richtet sich an (angehende) kommunale Mandatsträger*innen sowie an kommunal- und lokalpolitisch Interessierte, das heißt auch an Initiativen, Vereine und Menschen, die sich informieren wollen, was Kommunalpolitik eigentlich heißen kann.



Alle Bände der Reihe «Crashkurs Kommune» stehen kostenfrei auf der Internetseite der Stiftung zur Verfügung, unter: www.rosalux.de/publikationen/crashkurs-kommune/.

Anspruch der Bände ist es, wichtige kommunalpolitische Themenfelder sowie ihre rechtlichen und theoretischen Grundlagen überblickshaft darzustellen. Darüber hinaus liegt der Fokus auf den Herausforderungen, Grenzen und Möglichkeiten des praktischen kommunalpolitischen Agierens. So werden Spielräume in und außerhalb von Gremien für linke Politik beschrieben und «Fallstricke» in der Praxis sowie Best-Practice-Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet vorgestellt. Die Bände zu Themen wie kommunale Haushalte, kommunale Netz-, Sozial- und Antidiskriminierungspolitik, linke Gegenöffentlichkeit oder lokale Strategien gegen rechts, um nur einige zu nennen, bieten Interessierten Anregungen und Hilfestellungen. Sie werden zudem als Bildungsmaterial in Veranstaltungen, Seminaren und Workshops von Teamer*innen genutzt. Ein Klassiker in der Reihe ist der Band «Linke Kommunalpolitik. Eine Einführung», der 2018 komplett überarbeitet wurde. Die Autor*innen sind kommunalpolitische Expert*innen und Multiplikator*innen mit Erfahrung in der Bildungsarbeit. Mit Blick auf mehrere anstehende Kommunalwahlen in den kommenden zwei Jahren, die viele neue Mandatsträger*innen hervorbringen werden, sind die Kapitel zu rechtlichen Grundlagen und verschiedenen Aspekten der praktischen kommunalpolitischen Arbeit (in Gremien, allein oder als Teil einer Fraktion) aktualisiert worden. Zahlreiche inhaltliche Ergänzungen sind gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und Debatten geschuldet. So wurden zum Beispiel Themen wie Migration, Kinderarmut, Gleichstellungspolitik, Wohnen, Klima und Energiewende mit zahlreichen vertiefenden Hinweisen aufgenommen.

Mit der Reihe «Crashkurs Kommune» soll aufgezeigt werden, dass sehr viele politische Handlungsfelder weitreichende kommunale und lokalpolitische Bezüge und Auswirkungen haben. Die Publikationen sollen dazu motivieren, sich vor Ort zu engagieren – mit und/oder ohne Mandat.

«RECHT HABEN. INTERNATIONALE BEWEGUNGEN FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT»

Das Ambiente der Braustube auf dem Gelände der früheren Kindl-Brauerei in Berlin-Neukölln ist eher rustikal. Seit mehr als einem Jahr nutzt der Berliner Entwicklungspolitische Rat (BER), ein Bündnis entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, dieses Lokal, das zum Projekt «Berlin Global Village» gehört. Statt Stammtischgesprächen und Bier gibt es hier nun öffentliche Debatten zu weltumspannenden Themen. Dies war auch der Ort, an dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem BER zwischen Juni und Dezember 2018 die Veranstaltungsreihe «Recht haben. Internationale Bewegungen für globale Gerechtigkeit» durchführte. Im Mittelpunkt des Kooperationsprojekts, das eine gleichnamige Publikationsreihe umfasst, standen mehrere Fragen: Was ist globale soziale Gerechtigkeit heute für uns? Eine Utopie? Ein mögliches Ziel von Entwicklungspolitik? Das



Demonstration für globale Gerechtigkeit auf dem Weltsozialforum in Montreal.

eigentliche Ziel linker Politik? Und: Bietet das Konzept Globale Soziale Rechte einen Ansatz zur Transformation der ungleichen Nord-Süd-Beziehungen? Dies diskutierten eingeladene Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen in drei gut besuchten Veranstaltungen zu den Themen Nachhaltigkeit, Arbeit und Migration. Sie boten einen guten Rahmen für den Austausch von Erfahrungen mit den Möglichkeiten und Beschränkungen der konkreten Umsetzung (Globaler) Sozialer Rechte in den Bereichen Entwicklungspolitik, transnationale Arbeitsrechte auf hoher See und Zugang zu Rechten für Migrant*innen in sogenannten solidarischen Städten («Solidarity Cities»).

Mehr Informationen zur Veranstaltungs- und Publikationsreihe unter: www.rosalux.de/dossiers/globale-soziale-rechte/.

DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN STÄRKEN

2018 konnte die Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Selbstorganisationen der Refugee-Bewegung ausgebaut und vertieft werden. Mit den beiden gemeinsam mit Women in Exile und dem International Women Space organisierten Konferenzen wurde die feministische Perspektive in der Geflüchtetenbewegung gestärkt. Das mit dem Netz-

werk «We'll Come United» Anfang Juli in Brandenburg veranstaltete Sommercamp war ein Beitrag zur Förderung der Selbstmächtigkeit und Unabhängigkeit von Geflüchteten in der Bildungsarbeit. Auch die solidarische Arbeit mit Opfern des NSU-Komplexes fand 2018 ihre Fortsetzung. Die enge Kooperation mit diesen Strukturen ist Ausdruck der klaren migrationsfreundlichen Haltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihres diesbezüglichen Engagements.

Die Macher*innen des digitalen Projekts «Young Migrants Blog» führten im November 2018 in Berlin ein BarCamp, eine Tagung mit offenen Workshops, durch und vernetzten sich mit zahlreichen anderen antirassistischen Online-Projekten. Im Herbst startete zudem ein Berliner Salon zur linken Regierungsbegleitung. Hier erörterten die drei Senator*innen Katrin Lompscher, Klaus Lederer und Elke Breitenbach sowie Staatssekretäre, Bezirksbürgermeister*innen und Integrationsbeauftragte aus der Linkspartei mit Vertreter*innen aus Mieterbewegungen, dem Solidarity-Cities-Netzwerk, Refugee-Initiativen, Migrationswissenschaftler*innen und vielen anderen die Potenziale einer solidarischen Stadt für alle. Diese Gespräche wurden begleitet durch das Online-Dossier «Migration und Metropolen».

Im Gesprächskreis «Migration» diskutierten migrationspolitische Expert*innen und in Flüchtlingskämpfen, der Medienarbeit und Dachverbänden Aktive ein «Manifest der Gesellschaft der Vielen», um dem gesellschaftlichen Rechtsruck eine migrantische Perspektive entgegenzusetzen. Im Mai 2018 trat der Gesprächskreis «Migration» der Stiftung neben dem Netzwerk Kritische Migrationsforschung (KritNet), «Solidarity Cities» und «We'll Come United» als Mitorganisator der «Großen Koalition des Antirassismus», einem bundesweiten Netzwerktreffen der antirassistischen Bewegungen, in Göttingen auf.

Das Dossier «Migration und Metropolen» ist zu finden unter: www.rosalux.de/dossiers/migration/migration-und-metropolen.

BarCamp des «Young Migrants Blog» in Berlin, November 2018.



HISTORISCHES ZENTRUM DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus besteht aus Archiv und Bibliothek, der Fokusstelle Rosa Luxemburg und dem Referat Geschichte. Nach kommissarischer Leitung durch Florian Weis wird der Bereich seit September 2018 von Albert Scharenberg geleitet. Die wichtigsten Aufgaben der derzeit 16 Mitarbeiter*innen bestehen darin, die Geschichtsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu bündeln und eigene Impulse für eine strategische Weiterentwicklung der Geschichtspolitik zu geben.

Für historische Fachfragen ist das Referat Geschichte zuständig. Es arbeitet mit den Gesprächskreisen «Geschichte» und «Geschichte für die Zukunft» zusammen und kooperiert mit zahlreichen Partnern auf dem erinnerungspolitischen Feld. Das Referat organisiert auch Veranstaltungen, 2018 beispielsweise zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome und zu 100 Jahren Reichsrätekongress, und veröffentlicht eigene Publikationen.

Das Archiv Demokratischer Sozialismus bearbeitet vor allem parlamentarische Bestände und solche des Parteivorstands und der Landesverbände der Partei DIE LINKE. Im Jahr 2018 kamen Dokumente aus einigen Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN hinzu, die bis in die Anfangsjahre der PDS zurückreichen. Dadurch konnten auch weitere Original-Tonbandmitschnitte vom außerordentlichen Parteitag der SED/PDS vom Dezember 1989 digitalisiert und so für die zukünftige Forschung und Nutzung gesichert werden. Die Bibliothek (Bibliothekssigle: B 1599) profiliert sich über Literatur zur linken Geschichte und Theoriebildung, insbesondere durch ihr Sammlungsgebiet zur Partei DIE LINKE und ihrem Umfeld, zur Stiftung und ihrer Namenspatronin Rosa Luxemburg. Der Bestand umfasst über 25.000 Medieneinheiten, ergänzt durch mehr als 1.500 Zeitschriftentitel. Als Präsenzbibliothek steht sie der Öffentlichkeit zur Verfügung. In der Reihe «Linke Literatur im Gespräch» fanden 2018 erneut mehrere Veranstaltungen mit Autor*innen im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt.

Die Fokusstelle Rosa Luxemburg konzentrierte sich 2018 mit zahlreichen Vorträgen und Publikationen auf die deutsche Novemberrevolution. So setzte sie unter anderem ihre Reihe zu Paul Levi fort und veröffentlichte einen Doppelband, der auch dessen Reden, Schriften und Briefe aus den Revolutionsjahren enthält.

Ein besonderes Highlight war die unter Federführung des Referats Geschichte erstellte Chronik der Ereignisse rund um die deutsche Revolution, vom 8. November 1918 (dem Tag der Haftentlassung Luxemburgs) bis zum 15. Januar 1919.

Das Historische Zentrum versendet einen Newsletter und ist in den sozialen Medien (Twitter, Facebook, Instagram) aktiv.

100 JAHRE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

Neben dem Jubiläum «Marx 200» lag der geschichtspolitische Schwerpunkt der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2018 auf der Auseinandersetzung mit der deutschen Revolution vor 100 Jahren, mit ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren Folgen. Die Novemberrevolution 1918/19 ist ein herausragendes historisches Ereignis: Hier überlagern sich Themen und Dynamiken, die nicht nur für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zentral, sondern für die Grundlagen unserer Gegenwart, die politisch-gesellschaftliche Verfasstheit der Bundesrepublik, von großer Bedeutung sind. Aus der Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen erwächst die Aufforderung, neu über einen zukünftigen Sozialismus nachzudenken.

Dem Historischen Zentrum kam 2018 die Aufgabe zu, die vielfältigen Aktivitäten des Stiftungsverbands zum Revolutionsjubiläum zu koordinieren. Das bundesweite, vor allem auf breit angelegten lokalen Kooperationen beruhende Programm zog sich bis ins Frühjahr 2019 und umfasste mehr als 300 Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Ausstellungen, Stadtrundgänge, Seminare, Empfänge, Film- und Theateraufführungen. Es setzte verschiedene, auch regional begründete Schwerpunkte: So erinnerten Veranstaltungen etwa in München daran, dass es mit Kurt Eisner ein Sozialist war, der vor 100 Jahren den Freistaat Bayern ausrief. Die Veranstaltungen in Kiel unterstrichen, dass die Novemberrevolution in ihrem Kern zunächst eine Revolution zur Beendigung des Krieges gewesen ist, bevor neben den langjährigen politischen weitergehende soziale Forderungen gestellt wurden. Deren Nichterfüllung mündete später unter anderem in der sogenannten Zweiten Revolution, der sich – wie in Niedersachsen – die Rosa-Luxemburg-Stiftung genauso annahm wie der Diskussion um den «Epochenbruch» insgesamt zwischen 1914 und 1923. In Berlin befasste sich eine Tagung mit den wegweisenden und teilweise widersprüchlichen Beschlüssen des Ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte (16. bis 20. Dezem-

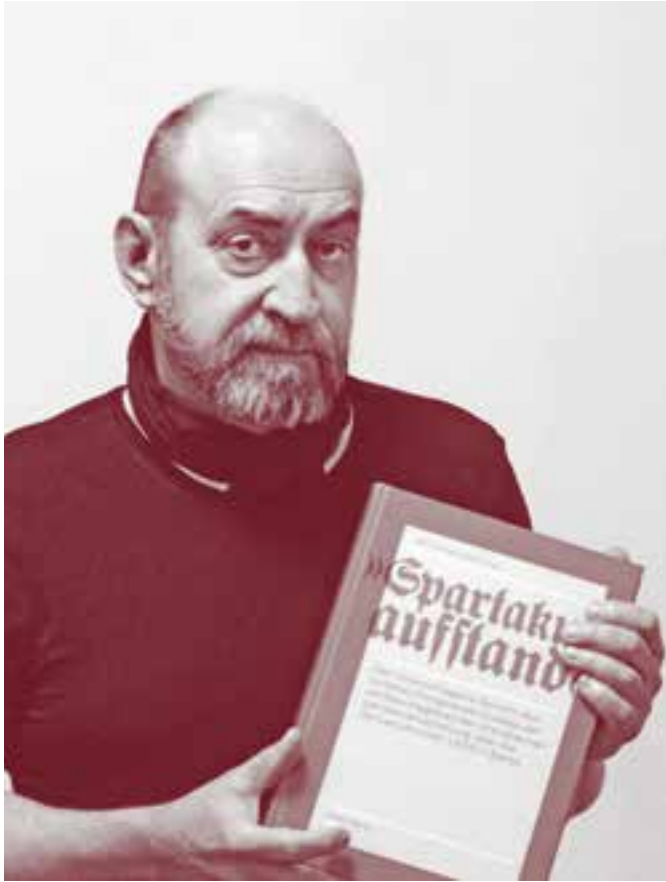
ber 1918), wobei die wichtigsten Forderungen auch auf ihre Bedeutung für die politischen Debatten der Gegenwart hin befragt wurden. Vielerorts spielte die Auseinandersetzung mit der vor 100 Jahren erkämpften – und heute vielfach wieder gefährdeten – Demokratie eine zentrale Rolle, beispielsweise in gemeinsamen Veranstaltungen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

Kernanliegen des Historischen Zentrums ist das Ineinandergreifen von historischer (Grundlagen-)Forschung und Intervention in zeitgenössische Debatten. Folglich gehörte zum «Revolutionsprogramm 2018/19» auch eine Vielzahl neuer Publikationen. Zusammen mit dem Gesprächskreis «Geschichte» der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstand zum Beispiel der Materialienband «Emanzipation und Enttäuschung. Perspektiven auf die Novemberrevolution 1918/19». Die Fokussierte Rosa Luxemburg veröffentlichte im Karl Dietz Verlag den umfangreichen «Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin». Herausgeber Jörn Schütrumpf geht darin der verhängnisvollen Legende vom «Spartakusaufstand» auf den Grund. Durch Druckkostenzuschüsse konnten mehrere Arbeiten zu wichtigen Akteuren, etwa zur Volksmarinedivision (von Klaus Gietinger), und zu einzelnen Regionen jenseits der bekannten Zentren der Revolution, etwa zu Thüringen (von Mario Hesselbarth), gefördert werden. Kate Evans' Graphic Novel zu Rosa Luxemburg – in den USA bereits ein Publikumserfolg und mittlerweile in 15 Sprachen übersetzt – liegt, durch den Karl Dietz Verlag veröffentlicht, nun auch auf Deutsch vor.

Die Novemberrevolution 1918/19 steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und weiteren Repräsentant*innen der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung. Das Historische Zentrum beteiligte sich an einem Schwerpunkttheft der Zeitschrift *LuXemburg* (3/2018) zu Rosa Luxemburg und unterstützte den für den Fernsehkanal ARTE produzierten Dokumentarfilm

Screenshot der täglich aktualisierten Online-Chronik zu den Ereignissen rund um die deutsche Revolution 1918/19.





Mit seiner Veröffentlichung im Karl Dietz Verlag liefert Jörn Schütrumpf die wissenschaftliche Basis, um den sogenannten Spartakusaufstand neu zu bewerten.

«Rosa Luxemburg: Der Preis der Freiheit». Große Resonanz fand die vom 8. November 2018 bis 15. Januar 2019 täglich aktualisierte Online-Chronik über «Rosa Luxemburg in der deutschen Revolution». Was darüber hinaus im Rahmen der «Hommage an Rosa Luxemburg» im Januar 2019 geschah und welche neuen Annäherungen an Leben und Werk Rosa Luxemburgs erprobt und entwickelt wurden – all das wird Thema im kommenden Jahresbericht sein.

«1968» - EIN GLOBALER AUFBRUCH

Das 50. Jubiläum von «1968» war 2018 ein Schwerpunkt der historischen Bildungsarbeit. «1968» ist ein Ereignis, das sich in Ost- und Westeuropa unterschiedlich ausprägte und heute je nach Generationszugehörigkeit anders erinnert wird. In den Mainstream-Medien stehen dabei weniger die Auseinandersetzungen der damaligen Zeit im Mittelpunkt, sondern Interpretationen, die sich am politischen Tagesgeschäft orientieren: Die 68er-Bewegung wird weiterhin auf Kommune-Leben, Uschi Obermaier und kulturellen Aufbruch reduziert. Gleichzeitig werden die positiven Folgen von «1968» durch die AfD und andere rechte Kräfte diffamiert.

Das Jubiläumsjahr bot auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Anlass, Bilanz zu ziehen. «1968» steht aus unserer Sicht für dreierlei: erstens für die kurzzeitig in den Köpfen vieler Akteur*innen entwickelte Perspektive eines radikalen Bruchs, der als Fundamentalopposition durch ost-west-übergreifende bzw. weltweite Solidarität gekennzeichnet war und auch in den Massenmedien als solcher rezipiert wurde. Zweitens repräsentiert «1968» in (West-)Deutschland die Wiederentdeckung verschütteter linker und feministischer Traditionen aus der Zeit vor 1933, während für viele in Ost und West zeitgleich die Sowjetunion spätestens nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968, wenn nicht gar bereits nach den Ereignissen in Ungarn 1956, als politisches Vorbild ausgesiedelt hatte.

Drittens ist festzuhalten, dass sich viele der alternativen (und grünen) Ansätze, die heute mit «68» verbunden werden, erst später entwickelt haben. Die «Fundamentalliberalisierung» (Jürgen Habermas) der politischen Kultur in der Bundesrepublik war weder das wichtigste Ziel noch der Kern der Aufbrüche in den 1960er Jahren. Diese Liberalisierung vollzog sich erst im Laufe der Jahre und eher hinter dem Rücken der Akteur*innen. Infolge von «68» entstand eine wirklich neue linke Bewegung. Der viel zitierte «Marsch durch die Institutionen» fand nicht nur dort, sondern auch in den Privathaushalten, zwischen Einbauküche und Fernsehgerät statt.

Die Erkenntnis, dass der Aufbruch von «1968» global war, dass die weltweiten Kämpfe miteinander verknüpft sind und sich aufeinander beziehen müssen, um an Kraft zu gewinnen, hat sich heute verallgemeinert. Die 1967/68 und in den Folgejahren in der politischen Linken diskutierte Verbindung zwischen radikaler Demokratie und sozialistischer Ökonomie bietet sich als Quelle für heutige Debatten und Forderungen geradezu an. Insbesondere die kulturevolutionären sowie die Selbstverwaltungs- und Sozialisierungskonzepte sind ein guter Ausgangspunkt, um Brücken zur Gegenwart zu schlagen – Brücken, die 1968 bereits zu «1918» geschlagen worden sind. Allerdings kann auch der Neoliberalismus als eine Folge von «68» interpretiert werden: Mitbestimmung, flache Hierarchien und die Idee der Selbstverwirklichung sind heute auch Herrschaftstechniken, mit denen sich eine moderne Linke kritisch beschäftigen muss. «1968» hat die Welt verändert, ist aber, am eigenen Anspruch gemessen, auch gescheitert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat zum Thema mehrere Publikationen gefördert, etwa über den Feminismus der 1970er Jahre, einen Interviewband zu linksradikaler Betriebspolitik und Arbeitsschutz oder zur politischen Strömung der «Spartakus». Auch in den Landesstiftungen gab es Veranstaltungen zum Thema.

.....
 Das Dossier «1968 – ein globaler Aufbruch» ist weiterhin online verfügbar unter: www.rosalux.de/dossiers/1968-ein-globaler-aufbruch.

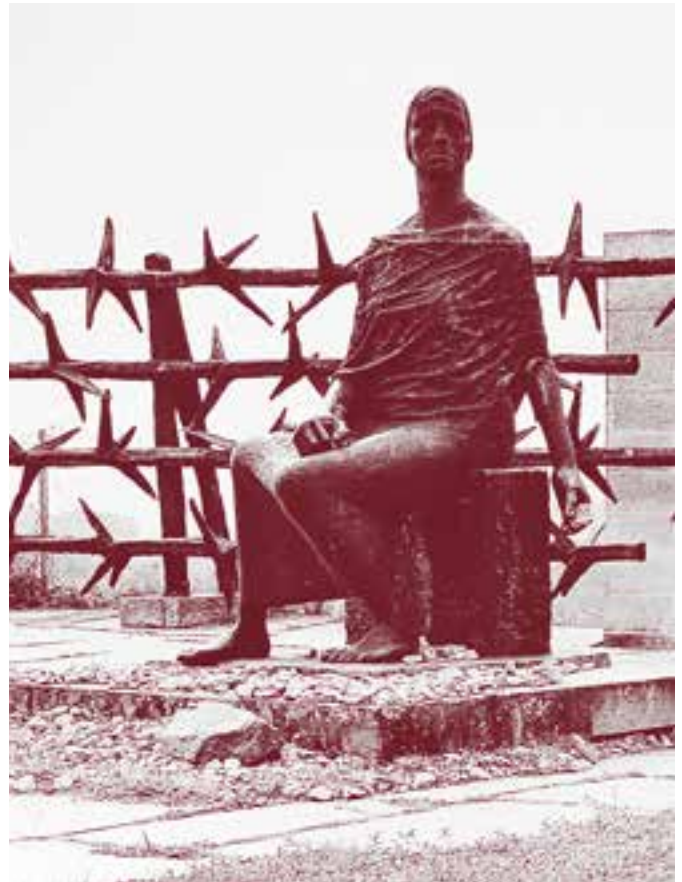
Nach 1949 ist direkt neben dem KZ-Gelände Mauthausen ein Denkmalpark entstanden, in dem einzelne Länder ihrer Opfer gedenken. Das Denkmal der DDR, «Die Mutter» von Fritz Cremer, wurde am 5. Mai 1967 eingeweiht. Die meisten Delegationen aus der heutigen Bundesrepublik treffen sich bei den jährlichen Befreiungsfeierlichkeiten in Mauthausen inzwischen an diesem Denkmal.

1938 - DAS JAHR VOR DEM KRIEG

Im Arbeitsgebiet «Historisch-biografisches Lernen» werden seit Jahren Studienexkursionen für Lehrer*innen und Multiplikator*innen zu Fragen der Erinnerungskultur und -politik angeboten. Ziel ist es, innovative Wege und Methoden historisch-politischer Jugendbildung mit dem Lernort Schule zu verbinden. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Kolleg*innen aus der Bundesrepublik, aber auch aus Nachbarländern wie Polen, Tschechien und Österreich spielt dabei stets eine große Rolle. Im Jahr 2018 beinhaltete das beliebte Bildungsformat Besuche an zeitgeschichtlich wichtigen Orten in Oberösterreich und Wien, verbunden mit einem Kurzbesuch des kürzlich eröffneten Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Prag.

In ganz Europa sind rechtspopulistische Formationen auf dem Vormarsch, vielerorts konnten sie gar die Regierungsgeschäfte übernehmen, so 2017 auch in Österreich. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Erinnerungskultur und -politik des Landes. Die Frage, wie unter diesen Bedingungen historisch-politische Bildung mit Jugendlichen stattfinden kann, durchzog die Gespräche mit Kolleg*innen und Antifaschist*innen auf unserer jüngsten Studienexkursion wie ein roter Faden.

«1938 – Das Jahr vor dem Krieg. Aktuelle Fragen von Erinnerungskultur und -politik in der zweiten Republik Österreich» war das Thema der einwöchigen Studienfahrt – 80 Jahre nach dem «Anschluss» der ersten Republik an Hitlerdeutschland und 80 Jahre nach dem Bau des KZ Mauthausen. In Wien begaben sich die Teilnehmer*innen – inspiriert unter anderem von historischen Graphic Novels – auf Spurensuche nach dem Leben und Werk von Frauen, die das «Jahrhundert der Extreme» in Wien erlebt haben. Dass Graphic Novels in Ausstellungen und insbesondere auch für Lehrer*innen hilfreich sind, die ihre Schüler*innen für Zeitgeschichte interessieren möchten, betonte auch der Kurator der Ausstellung «Oberösterreich 1918–1938. Zwischen den Kriegen», Peter März, bei seiner Führung im Schlossmuseum Linz.



Darüber hinaus veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Lesereise mit der Wiener Autorin Evelyn Steinthaler. Ihre jüngste – zusammen mit der Comiczeichnerin Verena Loisel – veröffentlichte Graphic Novel «Peršmanhof: 25. April 1945» erzählt die Geschichte einer slowenischen Bauernfamilie, die Partisan*innen im Kampf gegen Hitlerdeutschland unterstützt und von Faschisten am 25. April 1945 fast vollständig ausgelöscht wird – just an dem Tag, als sich in Torgau die Armeen der Sowjetunion und der USA an der Elbe die Hände reichten. Zur Lesereise an Berliner, Cottbuser, Senftenberger und Werderaner Schulen sowie im Jugendkulturprojekt «Libertalia» im Potsdamer Kulturzentrum «freiLand» reiste die Autorin bereits mit der zweiten Auflage an.

Die Auswertung der vielfältigen Studienexkursionen ergab, dass dieses Bildungsformat immer dann nachhaltig wirkt, wenn gemeinsame Projekte von Rosa-Luxemburg-Stiftung, internationalen Partner*innen und Schulen während der Exkursion selbst entwickelt werden.

Eines jedenfalls steht fest: Der Aufstieg der radikalen Rechten verlangt, dass wir unsere erinnerungspolitischen Aktivitäten intensivieren, um der Verharmlosung und den Lügen historische Fakten und ein verantwortungsvolles historisches Bewusstsein entgegenzusetzen.

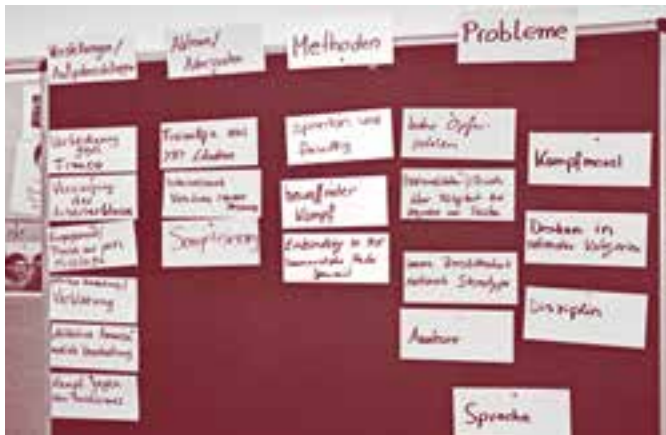
BUNDESWEITE ARBEIT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist in allen 16 Bundesländern tätig. Die Landesstiftungen organisieren einen großen Teil der politischen Bildungsarbeit selbstständig oder in Kooperation mit Partnerorganisationen. Im Jahr 2018 waren es rund 2.100 Veranstaltungen mit 91.500 Teilnehmer*innen. Mit ihrem Angebot wendet sich die Stiftung sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an die breite Öffentlichkeit. Die Landesstiftungen kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften oder anderen Bildungsträgern und arbeiten für einzelne Veranstaltungen auch länderübergreifend zusammen. In einigen Flächenländern sind Rosa-Luxemburg-Clubs auf lokaler Ebene aktiv. Es ist nicht zuletzt das Engagement Ehrenamtlicher, das dieses thematisch weit gefächerte Bildungsangebot in den urbanen Zentren und im ländlichen Raum möglich macht. Der Bereich Bundesweite Arbeit koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen. Finanziert werden die Aktivitäten der Landesstiftungen durch Zuwendungen der Stiftung, Spenden und Mitgliedsbeiträge. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel eingesetzt werden.

Der 200. Geburtstag von Karl Marx wurde in den Landesstiftungen mit rund 200 Einzelveranstaltungen begangen. Höhepunkte waren die «Marx200»-Tagungen der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen. Mit den Themen Ungleichheit und soziale Kämpfe beschäftigten sich etwa 580 Veranstaltungen, dabei standen Kapitalismusanalyse und Geschlechterverhältnisse mit jeweils 130 Veranstaltungen im Zentrum. Geschichtspolitische Themen, traditionell ein Schwerpunkt in den Landesstiftungen, waren mit 440 Veranstaltungen vertreten. Im 100. Jahr der Novemberrevolution tourte beispielsweise das Portraittheater Wien mit dem Stück «Geheimsache Rosa Luxemburg» durch die Bundesländer.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte waren Staat und Demokratie mit 220 und gesellschaftliche Alternativen mit 320 Veranstaltungen. Auch Themen der internationalen Politik spielten in den Ländern eine wichtige Rolle, von 340 Veranstaltungen in diesem Themenfeld beschäftigten sich 110 mit Aspekten von Flucht und Migration. Eine in Zusammenarbeit mit dem Büro in Moskau organisierte «Speakers Tour» befasste sich mit der politischen und sozialen Situation in Russland. Zur internationalen Bildung zählen auch die Bildungsreisen nach Madrid, Rom, Katalonien, Belgrad, Athen, Tel Aviv und Ramallah sowie, auf den Spuren von Rosa Luxemburg, nach Berlin und Warschau. Das modulare Bildungsangebot «Politikakademie für junge Aktive», das seit 2014 verschiedene Bundesländer durchläuft, wurde 2018 in Hamburg und Schleswig-Holstein zu Ende geführt und zum Jahresende in Hessen neu gestartet. Im Folgenden werden Höhepunkte unter den Bildungsveranstaltungen der Landesstiftungen aus dem Jahr 2018 vorgestellt.





Gemeinsam politisch reflektieren, um handlungsfähig zu sein: Workshop in Stuttgart.



«Geschnitten für die Einigkeit des Proletariats» – RevolutionsWerkstatt, II. Teil.

BADEN-WÜRTTEMBERG

POLITIKAKADEMIE FÜR JUNGE AKTIVE

Linke Politik will die Welt verändern. Dazu braucht sie Wissen über die Gesellschaft und über die Machtverhältnisse, die sie beseitigen will. Sie ist auf Menschen angewiesen, die bereit sind, sich mit anderen gemeinsam einzusetzen, und die über praktisches Handwerkszeug verfügen, um politisch handlungsfähig zu sein. Und linke Politik muss dort verankert werden, wo Politik für die Menschen konkret erfahrbar ist: in Bündnissen vor Ort und in der Kommunalpolitik.

In fünf Wochenendseminaren in Stuttgart erarbeiteten sich 25 junge Menschen aus linken Parteien, Organisationen und Initiativen grundlegende Kenntnisse und Kompetenzen zu den Themenbereichen «Geschichte und Gegenwart linker Politik», «Grundlagen der Kritik der politischen Ökonomie und aktuelle Kapitalismusanalyse», «Akteure und Strategien der Veränderung», «Linker Internationalismus: Internationale Politik und Europäische Union» sowie «Lust auf Kommunalpolitik».

Als besonders fruchtbar erwies sich die Verknüpfung und Konkretisierung der Fragestellungen an Beispielen kommunalpolitischer Praxis: Was hat die Finanzialisierung des Kapitalismus mit explodierenden Mietpreisen zu tun, und welche Instrumente haben Kommunalpolitiker*innen, um dieser Entwicklung zu begegnen? Welche Erfahrungen wurden im «Roten Wien» bei der Lösung der «Wohnungsfrage» (Engels) in den 1920er Jahren gemacht? Wie kann es gelingen, in der Kommune Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge gegen Prozesse der Entdemokratisierung und Kommodifizierung zu stärken, und was haben letztere Prozesse mit «Entwicklungsgesetzen» des Kapitalismus zu tun? Wie kann die Kommune zum Ort der Integration werden in Zeiten zunehmender Flucht- und Migrationsbewegungen?

Die «Politikakademie für junge Aktive. Veränderung beginnt vor Ort», die 2018 zum zweiten Mal stattfand, ist ein wichtiges Weiterbildungsangebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg und wird in den kommenden Jahren weiterhin regelmäßig stattfinden.

BAYERN

BAIRISCHE REVOLUTION UND RÄTEREPUBLIK 1918/19

Die Zeit der Bairischen Revolution und Räterepublik stand auch im Mittelpunkt der zweiten Veranstaltungsreihe, die das «Plenum R – Revolution und Rätedemokratie» mit dem Kurt-Eisner-Verein organisierte. Vom 15. November bis 22. Dezember 2018 gab es insgesamt 13 Film- und Vortragsabende, die von zwei Werkstätten im Workshop-Format und einer Ausstellung eingerahmt waren. Die «RevolutionsWerkstatt» richtete sich an Interessierte, die sich aktiv an einer Erinnerungskultur zum Thema beteiligen wollen. Ziel des Projekts war es, gemeinsam eine Revolutionskarte für Bayern zu erstellen.

Als weitere Kooperationspartner für die Veranstaltungsreihe konnten das Kulturreferat der Landeshauptstadt München, der Bezirksausschuss Sendling sowie die Sendlinger Kulturschmiede gewonnen werden. Die Räumlichkeiten der Kulturschmiede Sendling boten optimale Bedingungen: Der Künstler Wolfram Kastner präsentierte an den Wänden des Altbaus in einer Ausstellung unter dem Titel «Baiern ist fortan ein Freistaat» gemalte Porträts von bairischen Revolutionär*innen inklusive biografischer Skizzen.

Das öffentliche Interesse war überwältigend. Insgesamt besuchten etwa 400 Menschen die Veranstaltungen, darunter rund die Hälfte Frauen. Dieser im Vergleich zu ähnlichen Veranstaltungen sehr hohe Frauenanteil ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Organisator*innen sich besonders den Frauen in der Revolution gewidmet haben. Dazu hatte sich 2016 die Arbeitsgruppe «Räte-Frauen» gegründet, die zum «Plenum R» gehört, sich aber eigenständig und regelmäßig trifft.

Bei ersten Workshops im Jahr 2017, dem inhaltlichen Auftakt zu den Revolutionsjubiläen 2018/19, hatte der Schwerpunkt der mehr als 20 Veranstaltungen auf der Bairischen Revolution gelegen. Das Programm der dritten «RevolutionsWerkstatt» 2019 wird die Bairische Räterepublik in den Fokus rücken. Eine abschließende Veranstaltung zum Thema «Was ist Demokratie?» ist bereits in Planung.



Demonstration gegen «Mietenwahnsinn» am Berliner Hauptbahnhof im September 2018.

BERLIN

ROT-ROT-GRÜNE WOHNUNGSPOLITIK AUF DEM PRÜFSTAND

Die Wohnungsfrage ist in Berlin seit einigen Jahren das beherrschende politische Thema. Kein Tag vergeht, an dem nicht journalistische Beiträge dazu veröffentlicht werden. Veranstaltungen rund um Miete und Wohnen sind Publikumsmagneten der Bildungsarbeit der «Hellen Panke» e. V.

Besonders erfreulich für uns als Bildungsverein ist, dass unser langjähriges Vereinsmitglied Katrin Lompscher seit dem Regierungswechsel als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen politische Verantwortung in der Hauptstadt trägt. Wir luden sie am 29. Januar 2018 zur Veranstaltung «Was wurde in einem Jahr in der Wohnungsfrage geschafft bzw. nicht?» in die Räume des Kulturzentrums «Acud Macht Neu» ein. Das Interesse war so groß, dass trotz des geräumigen Saals viele Menschen keinen Platz mehr fanden.

Neben Katrin Lompscher saßen Julian Benz vom Mietshäuser Syndikat und Carola Handwerk vom Arbeitskreis Mietrecht des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins auf dem Podium, die das in ihren Augen zu zögerliche Handeln der Senatorin kritisch kommentierten. So schlug Carola Handwerk mit Blick auf viele leer stehende ehemalige Verwaltungsgebäude vor, diese im Winter für Obdachlose freizugeben. Auch aus dem Publikum gab es Kritik angesichts weiterhin steigender Mieten und der ungebremsten Spekulation mit Wohnraum. Das war gleichwohl eine andere als die übliche Kritik, die in vielen Berliner Medien gegen Katrin Lompscher vorgebracht wird: Es gebe zu viel Bürokratie, es werde zu wenig gebaut oder es würden zu wenige Bauflächen freigegeben.

Auch wenn sich Katrin Lompscher an diesem Abend oft rechtfertigen musste, zeigte die engagierte Diskussion, dass das Tisch Tuch zwischen stadtpolitisch aktiven Initiativen und der Senatorin nicht zerschnitten ist – noch ruhen viele Hoffnungen auf ihr. Die Veranstaltung moderierte Andrej Holm, der in der rot-rot-grünen Landesregierung einst als Staatssekretär für Stadtentwicklung und Wohnen vorgesehen war.



Abendliches Lagerfeuer beim Workshop in Göritz.

BRANDENBURG

STRUKTURWANDEL IN DER LAUSITZ

Was kommt nach der Kohle? Wie wollen wir in der Lausitz leben? Das waren die zentralen Fragen einer Workshop-Reihe, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in verschiedenen Regionen des Lausitzer Reviers organisiert hat.

Da sich in der politischen Kultur meist diejenigen hervortun, die Veränderungen kritisch gegenüberstehen, wollten wir mit den Workshops denen Gehör verschaffen, die bisher in der Debatte um den Strukturwandel in der Lausitz kaum als Akteur*innen wahrgenommen worden sind. Deswegen arbeiteten wir in der vom Sozialwissenschaftler Daniel Häfner koordinierten Reihe mit Partnern wie dem CreativCentrum Göritz, der Grünen Liga – Umweltgruppe Cottbus, dem Kulturhaus-Verein Proschim/Prožym und dem Sorbischen Institut zusammen. Durch die Wahl unterschiedlicher Regionen (Göritz/Chórice, Proschim/Prožym und Senftenberg/Zły Komorow) sollten die unterschiedlichen Formen der Betroffenheit herausgearbeitet und Entwicklungspotenziale sowie Förderbedarfe lokal spezifisch formuliert werden.

Die Teilnehmenden waren gebeten, Hemmnisse für eine lebenswerte Lausitz zu benennen, aber auch Ideen zu entwickeln, wie diese überwunden werden könnten. Mithilfe von Moderationskarten ließen sich Handlungsfelder und Dringlichkeiten im gemeinsamen Gespräch genauer identifizieren: Dazu gehörten eine stärkere Einbeziehung der Bürger*innen in die Gestaltung des Strukturwandels, Aspekte der Daseinsfürsorge von Bildung über Mobilität bis hin zu sozialen Begegnungs-orten oder der Wunsch nach einer innovationsfreundlicheren Verwaltung und der Akzentuierung der sorbischen/wendischen Perspektive im gesamten Transformationsprozess.

Nimmt man den ersten Workshop im sächsischen Weißwasser/Běta Woda hinzu, kann die Reihe mit bisher 200 Teilnehmenden als wohl erfolgreichster Versuch der Beteiligung von Bürger*innen am aktuellen Strukturwandelprozess in der Lausitz gewertet werden.



2018 bereits schon zum sechsten Mal: die Veranstaltungsreihe «city/data/explosion».

BREMEN

«CITY/DATA/EXPLOSION»

Die Bremer Veranstaltungsreihe «city/data/explosion», die sich mit dem Verhältnis von städtischem Raum, Öffentlichkeit und digitaler Kommunikation beschäftigt, geht auf eine Initiative des Bremer Kunst- und Kulturvereins Spedition im Güterbahnhof zurück und findet seit 2016 zusätzlich auch in Hamburg statt. Angesichts einer omnipräsenten digitalen Kommunikation, die in alle Lebensbereiche und urbanen Orte eingedrungen ist, stellt sich die Frage, wie wir uns als Akteur*innen in diesem Kontext verorten.

Im Jahr 2018 stand die Reihe unter dem Motto «Gemeinschaftliche Infrastrukturen in der elektronischen Stadt». Vorgestellt wurde der im Transcript-Verlag erschienene Sammelband «Smart City – Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten». Der Bremer Beitrag «Gemeinschaftliche Infrastrukturen, digitale Souveränität und Gegenerzählungen» versammelt Interviews und Gespräche von Gruppen und Personen aus den USA, aus Tunesien, Chile, Großbritannien und Deutschland und verdichtet diese zu konkreten netz- und stadtpolitischen Forderungen.

Mitherausgeberin Sybille Bauriedl führte in den «Smart City»-Diskurs ein, der in der Stadtplanung verschiedene Modernisierungsversprechen koppelt: höhere Lebensqualität, verbesserte Mobilität und optimierte Informationsflüsse. Für IT-Firmen und Plattformen ist «Smart City» ein Geschäftsmodell, Städte nutzen den Begriff zur Selbstvermarktung im globalen Wettbewerb. Im Kontrast dazu entwickeln sich erste Debatten rund um ein «informationelles Recht auf Stadt». Über digitale Praxen einer emanzipativen Nutzung digitaler Technologien informierte die Hard- und Software-Entwicklerin Elektra Wagenrad. Sie ist seit Jahren bei der Initiative Freifunk aktiv und hat ein Routing-Protokoll entwickelt, um ein freies und offenes Netzwerk betreiben zu können. Sie stellte den Ansatz von Freifunk vor: die Bildung eines nicht hierarchischen, dezentralen Netzwerks, das gemeinschaftlich und ehrenamtlich betrieben wird.



Antifeminismus gehört zu den Kernthemen rechter Parteien.

HAMBURG

GEGENSTRATEGIEN GEGEN DAS «FEINDBILD FEMINISMUS»

Europaweit werden geschlechterdiskriminierende Einstellungen salonfähig. Das zeigt sich nicht nur im Erstarken rechter, rechtspopulistischer und klerikal-konservativer Gruppen und Parteien wie etwa der AfD. Dass Antifeminismus häufig ein wichtiges Scharnier zwischen politischer Mitte und Rechtsaußen darstellt, untersuchte eine der vier Veranstaltungen in der Reihe «Feindbild Feminismus». Die anderen drei thematisierten jeweils eine andere gesellschaftliche Bewegung, durch die antifeministische Diskurse und Praktiken gesellschaftsfähig werden: den deutschsprachigen Rap, die aktuelle «Pro-Life-Bewegung» gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und die sogenannte Identitäre Bewegung. Das Interesse an den Veranstaltungen, die im September und Oktober 2018 stattfanden, war mit insgesamt 180 Besucher*innen groß. Die Referent*innen stellten ihre Themen fundiert und zugleich partizipativ vor und ermutigten die Teilnehmer*innen zu anregenden Diskussionen.

Alle Referent*innen betonten, dass der Antifeminismus die bereits bestehende gesellschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht nur verstärkt, sondern vor allem auch legitimiert und damit die fortschreitende Rechtsentwicklung unterstützt. Obwohl antifeministische Praktiken oftmals als «private» Konflikte wahrgenommen werden, ist es diesen Bewegungen gelungen, ein europaweites Netzwerk aufzubauen, das Ungleichheit und Reaktion befördert. In der gesamten europäischen Rechten ist der Kampf gegen egalitäre Geschlechter- und Rollenbilder sowie gegen die Rechte von LGBTI* zentral.

Diese Vorstellungen weiblicher Unterordnung im Alltagsbewusstsein aufzudecken, einzuordnen und Gegenstrategien zu diskutieren, dafür bot die Veranstaltungsreihe Raum und Zeit. Dabei war es ganz besonders hilfreich, dass die Referent*innen nicht nur auf ihre fachliche Kompetenz, sondern auch auf ihre aktivistischen Erfahrungen zurückgreifen konnten.



Vom türkischen Staatsapparat bedroht und isoliert: die HDP-Abgeordnete Ebru Günay.



Nach dem NSU-Prozess gibt es mehr Fragen als Antworten.

HESSEN

AUTORITARISMUS UND WIDERSTAND IN DER TÜRKEI

Am 12. und 13. Mai 2018 fand an der Universität Kassel der Workshop «Autoritarismus und Widerstand in der Türkei» statt. Angesichts der prekären Lage kritischer Wissensproduktion in der Türkei durch die Verdrängung vieler Wissenschaftler*innen ins Exil verfolgte die Arbeitstagung das Ziel, sowohl eine Diskussion der politischen Entwicklung und Kämpfe zu organisieren als auch die Perspektiven kritischer Wissenschaft zu reflektieren.

Die Konferenz hatte mit 20 Vorträgen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen ein dichtes Programm. Das erste Panel war der Charakterisierung des sich etablierenden autoritären Regimes in der Türkei gewidmet. Diskutiert wurden die sozialen Voraussetzungen des politischen Autoritarismus und dessen Verschränkung mit der neoliberalen Transformation, der das Land seit vier Jahrzehnten unterliegt. Im zweiten und dritten Seminar lag der Schwerpunkt auf sozialen Akteuren und Gruppen, die das Regime als Feinde verfolgt. Auf dem vierten Panel ging es um internationale Dimensionen des Autoritarismus. Außerdem diskutierten die Teilnehmenden die Frage demokratischer und legaler Strategien des Widerstands vor dem Hintergrund von Wahlmanipulationen, Erfahrungen aus dem Gezi-Aufstand im Sommer 2013 und der laufenden Repression gegen Wissenschaftler*innen.

In einer offenen Abschlussdiskussion ging es schließlich um die Frage, wie eine Reproduktion kritischer Wissenschaft im Exil gewährleistet werden kann. Aufgrund des Verlusts sozialer Netzwerke und konfrontiert mit einer fremden Kultur ist der Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Arbeit und sozialem und kulturellem Überleben für viele, die an dem Workshop teilnahmen, zu einer bestimmenden Frage ihres Alltags geworden. In dieser Hinsicht machte die Tagung die Dramatik nicht nur der politischen Entwicklung, sondern auch der sozialen Lage bewusst. Zugleich stärkte sie die Moral durch Austausch und gemeinsame Diskussion.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

DIE ROLLE DER JUSTIZ IM MÜNCHNER NSU-PROZESS

Rechtsextreme des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) waren auch in Mecklenburg-Vorpommern aktiv: Am 25. Februar 2004 erschossen sie den damals 25-jährigen Mehmet Turgut in Rostock. Ein Jahr später überfielen die NSU-Mitglieder Böhnhardt und Mundlos in Stralsund eine Bank.

Nun, nach der Urteilsverkündung im NSU-Prozess, gibt es mehr Fragen als Antworten. Das Netzwerk des NSU, die Rolle staatlicher Behörden und die Folgen der Taten sowie der rassistisch geführten Ermittlungen für die Geschädigten und Angehörigen der Ermordeten waren kaum Gegenstand des Prozesses. «Dass dem so ist, liegt zu großen Teilen in der Verantwortung der Bundesanwaltschaft», so Isabella Greif und Fiona Schmidt, Autorinnen der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Studie zum staatsanwaltschaftlichen Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt am Beispiel des NSU.

Als oberste Strafverfolgungsbehörde hatte die Bundesanwaltschaft im NSU-Prozess durch die von ihr verfasste Anklage die Themen des Prozesses vorgegeben. Frühzeitig legte sie sich auf die These eines «isolierten Trios» mit nur wenigen Unterstützer*innen fest. Die Fragen nach der Rolle und dem Wissen staatlicher Sicherheitsbehörden, wie dem Verfassungsschutz und seiner der Naziszene angehörenden V-Personen, wurden so explizit einer strafrechtlichen Aufklärung entzogen. Es bestand im Prozess damit von vornherein ein Konflikt zwischen den Erwartungen der Nebenkläger*innen an die Aufklärung des NSU-Komplexes und staatlichem Selbstschutz.

Die Autorinnen stellten ihre Erkenntnisse auf einer Vortragsreise vom 22. bis 25. Mai 2018 an vier verschiedenen Orten in Mecklenburg-Vorpommern vor und diskutierten mit den zahlreich erschienenen Besucher*innen ihre Thesen. An der Veranstaltung nahmen auch einige derjenigen teil, die zu dem Zeitpunkt der Vortragsreihe die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags in Mecklenburg-Vorpommern vorbereiteten.



Birger Höhn (re.) von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V.

NIEDERSACHSEN

«AKTIV BEHINDERN»

Auf einem karikaturistischen Plakat der Behindertenbewegung heißt es provokativ: «Unser Musterkrüppelchen – dankbar, lieb, ein bisschen doof, leicht zu verwalten». So sind Menschen mit Behinderungen freilich nicht. Sie können auch laut, frech und aufmüpfig sein und ihre Rechte einfordern.

Obwohl die Behindertenbewegung inzwischen beachtliche Erfolge verzeichnen kann, erleben Menschen mit Behinderungen noch viel zu oft Barrieren und Diskriminierungen. Sie bewegen sich im Spannungsfeld von Ausgrenzung, Selbstbestimmung und vermeintlicher Inklusion. Der Wunsch, dieses Verhältnis abzubilden, führte zu dem langen – inzwischen aber etablierten – Titel der Veranstaltungsreihe «Aktiv behindern: lieb, nett und ein bisschen blöd – Menschen mit Behinderungen zwischen Ausgrenzung, Selbstbestimmung und «Inklusion»».

Seit mittlerweile anderthalb Jahren gibt es diese Veranstaltungsreihe, die vom Servicebüro Beeinträchtigung und Studium, dem Selbstbestimmt Leben Hannover e. V., der Studierendenvertretung der Hochschule Hannover gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen an der Hochschule Hannover organisiert wird. In jedem Semester finden drei bis vier Veranstaltungen statt. Die Reihe entwickelt sich immer mehr zu einem Forum, auf dem Menschen mit und ohne Behinderungen die behindertenpolitischen Entwicklungen beleuchten, Standpunkte diskutieren und Möglichkeiten eines wirksamen Eingreifens für die volle gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ausloten.

Im Jahr 2018 referierten Kirsten Achtelik, Rebecca Maskos, Raul Krauthausen, Udo Sierck, Birger Höhn und Wolfgang Jantzen. In ihren Beiträgen ging es um Pränataldiagnostik, Behinderte in den Medien, um geforderte Dankbarkeit, Autismus, Emanzipation und Selbstbestimmung. An alle Vorträge schlossen sich engagierte Diskussionen an. Diese wichtige Veranstaltungsreihe soll auch in den kommenden Semestern fortgesetzt werden.



Der Münchner Journalist Heribert Prantl feierte die Novemberrevolution 1918/19.

NORDRHEIN-WESTFALEN

DIE DEUTSCHE DEMOKRATIE HAT GEBURTSTAG

Die deutsche Demokratie haben Arbeiter*innen und Soldaten erkämpft – sollte das nicht auch für die Gewerkschaften ein Anlass zum Feiern sein? Witich Roßmann, DGB-Vorsitzender in Köln, und Karl-Heinz Heinemann, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, initiierten die Veranstaltung «Erkämpfte Demokratie – gefährdete Demokratie», in der der Novemberrevolution 1918/19 nicht nur als unvollendeter oder gar verratener Revolution gedacht wurde. An der Konferenz beteiligten sich außerdem die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung und die Kölner Volkshochschule. Über 300 Menschen besuchten am 7. November 2018 den Eröffnungsvortrag von Heribert Prantl, dem Chefkomentator der *Süddeutschen Zeitung*, und die anschließende Podiumsdiskussion. Die Verwirklichung dessen, was 1848 noch misslungen war, sei Grund zum Feiern, meinte Prantl. Durch die Revolution sei ein sozialeres Deutschland geschaffen, die Arbeitsgesellschaft grundlegend reformiert und das Frauenwahlrecht eingeführt worden. Doch die Eliten in Staat, Militär und Wirtschaft blieben unangetastet. Das sei nicht zuletzt auf das Konto Friedrich Eberts gegangen, merkte Prantl an. Ebert und Rosa Luxemburg seien Todfeinde gewesen, erinnerte Michael Brie als Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Heute kämen die nach den beiden benannten Stiftungen zusammen, um die 1918 errungene Demokratie zu verteidigen. Die Demokratie müsse zeigen, dass sie den durch Klimawandel, Migration und soziale Spaltung gegebenen aktuellen Herausforderungen gewachsen ist. Dem stimmten die anderen Podiumsteilnehmerinnen, Anja Kruke von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Anja Maier, DGB-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, zu. Man solle den 9. November zum Nationalfeiertag erklären, hieß es auf dem Podium einmütig. Die Ausrufung der Republik, die Reichspogromnacht und der Fall der Mauer – wenigstens das Datum bringt diese so unterschiedlichen Facetten deutscher Geschichte zusammen.



Angelina Jellesen und Thomas Ndindah beim «Black History Month» in Mainz.



Feldbegehung auf einem biologisch bewirtschafteten Bauernhof im Saarland.

RHEINLAND-PFALZ

«BLACK HISTORY MONTH»

Im Februar 2018 fand erstmals ein «Black History Month» in Rheinland-Pfalz statt, der die Sichtbarkeit der Beiträge Schwarzer Menschen zu Kultur und Gesellschaft erhöhen sollte. Die drei Abendveranstaltungen in Mainz haben inhaltlich ein Themenfeld erschlossen, das ansonsten wenig Beachtung im Kanon der Bildungsangebote findet.

Die erste Veranstaltung befasste sich mit Alltagsrassismus aus einer globalen wie auch lokalen Perspektive, von der 2013 in den USA entstandenen #BlackLivesMatter-Bewegung bis zur nach wie vor nicht abschließend aufgeklärten Ermordung Oury Jallohs in einer Dessauer Gefängniszelle. Im Gespräch mit Thomas Ndindah und Angelina Jellesen erörterte unsere stellvertretende Stiftungsvorsitzende Furat Abdulle die Mainzer «Logo-Debatte» rund um das rassistische Firmenlogo des Dachdecker-Unternehmens «Ernst Neger».

Am zweiten Abend wurde ein gezielter Blick auf die wenig dokumentierte und kaum rezipierte Schwarze deutsche Geschichte ab dem 19. Jahrhundert geworfen. Die Historikerin Helena Ngoumou präsentierte ihre Forschungsarbeit zu Schwarzen Organisationen und Persönlichkeiten wie Anton Wilhelm Amo, der als Kind in die Sklaverei verschleppt wurde, dennoch 1729 seine Schrift «De iure Maurorum» vorlegte und als Philosoph in Deutschland lehrte, bis ihn der offene Rassismus zur Rückkehr nach Ghana zwang. Außerdem wurde das Projekt «Each One Teach One» (EOTO) vorgestellt, die bundesweit erste Schwarze Bibliothek, die 1995 in Berlin aus dem Nachlass der Mainzerin Vera Heyer gegründet wurde. Heyer engagierte sich zeitlebens in der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD).

Am dritten Abend stand die künstlerische Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus und auch Religiosität im Fokus. Politisch-künstlerisch engagierte Spoken-Word-Aktivist*innen gestalteten das Programm und konnten die Perspektiven der Betroffenen mit Gesellschaftskritik verbinden und damit das Publikum zum Nachdenken anregen und mitreißen.

SAARLAND

GLYPHOSAT ADIEU!

Der steigende Kostendruck in der Landwirtschaft führte in den letzten Jahrzehnten dazu, dass landwirtschaftliche Höfe ihre Betriebsflächen ausweiteten, die Abläufe rationalisierten, ertragsoptimierte Kulturpflanzen anbauen und das (leider) allzu häufig «chemisch begleiteten» – allerdings zulasten der Qualität und des Grundvertrauens, das Verbraucher*innen den zum Verkauf zugelassenen Lebensmitteln normalerweise entgegenbringen. Bioland-Landwirt Marcus Comtesse aus dem saarländischen Wadgassen ist einer der Pionier*innen, die versuchen, die Natur wieder wichtige Aufgaben erledigen zu lassen, indem zwei oder mehr Kulturpflanzen in «Mischung» angebaut werden und sich auf dem Feld ergänzen, statt um Licht und Nährstoffe zu konkurrieren. Immer häufiger hört man das Wort Mischfruchtanbau als Antwort auf die Frage, was an die Stelle des Unkrautvernichters Glyphosat treten soll.

Um was es sich dabei handelt, erklärt man am besten direkt auf einem biologisch bewirtschafteten Acker im Frühsommer. Auf Einladung der Peter-Imandt-Gesellschaft nahmen Ende Juni 2018 etwa 35 Akteur*innen aus regionaler Landwirtschaft, Umweltszene, Handwerk, Handel, aber auch Saarlands bekannteste Bioköchin Sigrune Essenpreis an einer Feldbegehung auf dem Land von Landwirt Comtesse teil. In seiner Begrüßung erklärte Patric Bies, Leiter des saarländischen Stiftungsbüros, statt auf mechanische Bekämpfung oder auf Spritzmittel zu setzen, könnten Komplementärpflanzen auf natürliche Art das «Unkraut» fernhalten. Comtesse ergänzte: «Mischfrucht hat die Zahl der Würmer und Nährstoffe im Boden erhöht. Das Regenwasser kann schneller abfließen und ermöglicht mir eine gute Ernte, auch bei widrigen Witterungsverhältnissen.» Selbst seine Treibstoffkosten seien gesunken, weil er nicht mehr zu pflügen brauche. Bei der Bearbeitung des Feldes konzentriert sich Comtesse fast nur noch auf Aussaat und Ernte. Die Bienen freut es zudem, denn diese Form des Ackerbaus sorgt für ein reichhaltiges Blühangebot.



Dresden postkolonial: antikoloniale und rassismuskritische «Produkte» im EDEWA.

SACHSEN

POSTKOLONIALWARENLADEN ERÖFFNET ERSTE FILIALE

Die interaktive Wanderausstellung «EDEWA, der Postkolonialwarenladen eröffnet erste Filiale in Sachsen» gastierte vom 13. bis 28. März 2018 im Kunsthaus Dresden und lud ein, beim «Supermarktbesuch» die Perspektive zu wechseln. Die antikolonialen und rassismuskritischen «Produkte» waren zum Anfassen und regten zum Diskutieren und kritischen Hinterfragen des (eigenen) Konsumverhaltens und der eigenen Wahrnehmung an. Ziel war es, sich den Themen Rassismus, Kolonialismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit unterschiedlichen Formaten zu nähern.

Das begleitende Programm umfasste Filme, Vorträge, Exkursionen und Lesungen und wurde von DRESDENpostkolonial, VVN-BdA Region Dresden, Dresden für Alle und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen organisiert. Der Dokumentarfilm «Afro.Deutschland» thematisiert den Alltag von Schwarzen Menschen in Deutschland. «Roma in Deutschland – immer noch unerwünscht» zeigt emotional und bedrückend eine persönliche Geschichte über den Kampf gegen eine Abschiebung aus Sachsen. In einem postkolonialen Stadtrundgang folgten die Teilnehmer*innen den immer noch vorhandenen Spuren des Kolonialismus in der Dresdner Neustadt. Die Lesung «Afrokultur» brachte Schwarze deutsche Geschichte, ihre Gegenwart und Zukunft in einen globalen Zusammenhang. Während der Veranstaltungen kam es zu intensiven Diskussionen. In einer flossen sogar Tränen, als einer jungen Frau bewusst wurde, dass sie sich ungewollt rassistisch geäußert hatte, obwohl sie Rassismus strikt ablehnt und sich dagegen engagiert. Die Debatte, die sich daraus ergab, machte deutlich, dass wir alle unbewusste Rassismen in uns tragen und diese immer wieder aufdecken und reflektieren müssen.

Die Ausstellung erreichte mit Begleitprogramm etwa 550 Menschen, darunter viele Frauen. Auch die Kooperation war inhaltlich und organisatorisch sehr gelungen. Jede Initiative sprach darüber hinaus unterschiedliche Zielgruppen an.



Thomas Hupfer (links) und Thomas Zieler bei der Premiere des Theaterstücks in Magdeburg.

SACHSEN-ANHALT

DIE VERTREIBUNG DES BAUHAUSES AUS DESSAU 1932

«Wir fordern deshalb größte Sparsamkeit und [...] sofortige Streichung sämtlicher Ausgaben für das Bauhaus.» Mit dieser Forderung trat die NSDAP zur Gemeinderatswahl am 25. Oktober 1931 an. Zudem sollte «der Abbruch des Bauhaus sofort in die Wege geleitet» werden. Kaum ein Jahr später wurde die erste Forderung in die Tat umgesetzt. Nachdem die Nationalsozialisten im Freistaat Anhalt und in der Stadt Dessau Mehrheiten erlangt hatten, beschlossen sie im August 1932 die Schließung des Bauhauses in Dessau. Während sich die SPD-Fraktion enthielt, votierte die KPD gegen die Vorlage. Im März 1933 wurde der langjährige Dessauer Oberbürgermeister Fritz Hesse, ein überzeugter liberaler Demokrat und Förderer des Bauhauses, zwangspensioniert. Die Nationalsozialisten riefen einen Untersuchungsausschuss ins Leben und leiteten strafrechtliche Ermittlungen gegen Hesse ein. Das bevorstehende Bauhaus-Jubiläum bot den Anlass, diese Ereignisse zu einem dokumentarischen Theaterstück zu verarbeiten. Die Premiere fand am 17. November 2018 im 1926 im Bauhaus-Stil errichteten Gröninger Bad in Magdeburg statt. Das Stück spielt im Frühsommer 1933, zu einem Zeitpunkt, als der Ausgang der Ermittlungen noch offen ist und in dem die Nazis drohen, Hesse (dargestellt von Thomas Zieler) in sogenannte Schutzhaft zu nehmen. Mit seinem Anwalt Dr. Eisenberg (Thomas Hupfer), einem erklärten Bauhaus-Gegner, diskutiert Hesse das Für und Wider des Bauhauses. Das Stück rekonstruiert auf Basis der Archivrecherche von Lars Breuer anhand von Originalzitat und zeitgenössischen Zeitungsartikeln die rechten Angriffe gegen das Bauhaus Dessau und die politischen Reaktionen darauf.

Der Stoff bietet reichhaltiges Anschauungsmaterial zur Verrohung der politischen Kultur. Dabei erweisen sich viele Aussagen der damals Beteiligten, insbesondere die Agitation der NS-Funktionär*innen, als erstaunlich nah an heutigen Positionierungen von Vertreter*innen der AfD.



Hans-Jürgen Urban von der IG Metall ist Experte für digitale Arbeitsprozesse.



Reges Interesse an der Zwischenbilanz der rot-rot-grünen Regierungsarbeit in Thüringen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

ARBEITSZEIT 4.0 – MEIN LEBEN, MEINE ZEIT

Im September 2018 organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der IG Metall Unterelbe und ver.di in Elmshorn ein Tagesseminar für Betriebs- und Personalräte. Im Zentrum der Tagung stand der Austausch über aktuelle und zukünftige Regelungsmöglichkeiten zur Arbeitszeit vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Arbeitswelt.

In einem Impulsreferat führte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in das Thema ein. In Anlehnung an Marx sieht er Arbeitszeitverkürzung als notwendige Bedingung für die individuelle Entwicklung an. Anschließend wurde das Thema in drei Arbeitsgruppen vertieft, in denen es um gelebte Wirklichkeit im Betrieb, Demografie und Wandel sowie Utopie in der Arbeitszeitgestaltung ging. Der Tarifabschluss 2018 bei der IG Metall war ein wichtiger Schritt hin zu einer arbeitnehmerorientierten Arbeitszeitpolitik und garantiert den Anspruch auf verkürzte Vollzeit, mehr freie Tage sowie zusätzliche Freitage für Care-Arbeit und Schichtdienst. Diese Forderungen konnten nur mit (Warn-)Streikaktionen von 1,5 Millionen Beschäftigten durchgesetzt werden. Die Digitalisierung der Arbeitsprozesse verändert die Unternehmenskultur hin zu «agilen Unternehmen», die auf eine Deregulierung der (Höchst-)Arbeitszeiten und der Ruhezeiten setzen. So sollen Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können, insbesondere durch mobiles Arbeiten. Dem stehen die Erfahrungen der Kolleg*innen entgegen, die die Entgrenzung der Arbeitszeit kritisieren, Arbeitsverdichtung beklagen, zunehmende Kontrolle erleiden und Mitbestimmung beim Einsatz der digitalen Technik fordern. Eine an den abhängig Beschäftigten orientierte Arbeitszeitpolitik benötigt belastbare kollektive Regelungen mit individuellen Autonomierechten und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen (von Kita bis Pflegeeinrichtung). Ausgangspunkt muss das «goldene Dreieck» – 40-Stunden-Woche, 8-Stunden-Tag, 11-Stunden-Ruhezeit – sein.

THÜRINGEN

#R2G – BILANZ UND PERSPEKTIVEN

Gute Schul- und Wohnungspolitik standen im Mittelpunkt zweier Veranstaltungen der Reihe «Rot-rot-grüne Projekte in Thüringen: Zwischenbilanz und Perspektiven». Wie geht «gute Schule» ganz konkret? Was tut die Landesregierung dafür und wie könnte die Qualität der Bildung für unsere Kinder weiter gesteigert werden? Über 100 Menschen waren am 27. August 2018 nach Erfurt gekommen, um Vorträge aus Wissenschaft, Praxis und Politik zu hören und an Thementischen im kleinen Kreis über Lösungen zu sprechen – vier Stunden lang wurde intensiv diskutiert, geplant und gestritten. Mit dabei waren Vertreter*innen der Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und DIE LINKE sowie der Thüringer Schulminister Helmut Holter (DIE LINKE). Schon im Juni ging es um die Frage, welche Möglichkeiten Landes- und Kommunalpolitik haben, wenn es um bezahlbares Wohnen, ökologische Stadtentwicklung und demokratische Beteiligung an Entscheidungsprozessen in Sachen Bauen und Wohnen geht. Thüringens zuständige Ministerin Birgit Keller (DIE LINKE) bilanzierte eingangs, welche Erfolge Rot-Rot-Grün (#r2g) in diesem Bereich schon zu vermelden hat und wo es noch hakt. Vertreter*innen von alternativen Wohnprojekten, Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus der Stadtplanung und aus den kommunalen Wohnungsunternehmen des Freistaates brachten ihre Ideen und Anregungen für künftige Schritte mit in die Debatte. 2017 war die Veranstaltungsreihe mit einer Diskussion um die Verkehrspolitik der rot-rot-grünen Landesregierung gestartet – damals noch als gemeinsames Projekt nur von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung. 2018 kam nun auch die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ins Boot. 2019 wird die Reihe fortgeführt. Dann wird es den drei Stiftungen um Fragen von Digitalisierung gehen – ausdrücklich auch mit Blick darauf, in welche Richtung sich die Landespolitik in den nächsten Jahren – nach der Landtagswahl Ende Oktober 2019 – in diesem Zukunftsfeld weiterentwickeln muss.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Die Aktivitäten des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) folgten auch im Jahr 2018 der Frage, wie soziale Rechte weltweit gestärkt werden können: sei es durch die Regulierung von Unternehmen, die Menschenrechte verletzen, durch Kämpfe um Rechte von Landarbeiter*innen oder durch die Vernetzung widerständiger Praxen weltweit. Bei Veranstaltungen der Stiftung von Peking über Belgrad bis Bahia diskutierten wir, wie linke Kräfte und Alternativen gegen rechts gestärkt werden können, in konkreten Arbeitskämpfen, aber auch durch theoretische Überlegungen zum Beispiel auf der großen Marx-Konferenz, die im Mai 2018 in Berlin stattfand.

Damit all diese Aktivitäten von einem breiteren Publikum wahrgenommen werden, hat die Stiftung 2018 ihre internationale Öffentlichkeitsarbeit intensiviert: Seit März 2018 gibt es ein englischsprachiges Redaktionsteam, das die vielfältigen Aktivitäten der Auslandsarbeit für ein internationales Publikum auf der Webseite und in den sozialen Medien darstellt. Auch in Deutschland werden internationale Themen einer breiteren Leserschaft vorgestellt: Seit Oktober 2018 erscheint die Zeitschrift *maldekstra* (Esperanto für «links») viermal im Jahr als Beilage im *neuen deutschland* und im *Freitag*.

Diese globalen Perspektiven spiegelten sich 2018 im Ausbau der Strukturen der Auslandsarbeit der Stiftung wider: Seit Ende 2018 gibt es in Almaty ein neues Büro für die Projektarbeit in Zentralasien, geleitet von Marlies Linke. Das Büro in Manila, das zuvor den thematischen Fokus Klimagerechtigkeit hatte, wird zum Regionalbüro ausgebaut und soll ab September 2019 von Liliane Danso-Dahmen geleitet werden. Das Büro in Beirut, geleitet von Miriam Younes, das bislang ebenfalls einen thematischen Fokus hatte, wird zukünftig als Regionalbüro zusätzlich zum Libanon auch Syrien, Iran, Irak und die arabische Halbinsel in den Blick nehmen.

Hinzu kommen die folgenden personellen Veränderungen: Andreas Günther übernahm im August 2018 die Leitung des Büros in New York von Albert Scharenberg und Stefanie Ehmssen. Das Büro in São Paulo leitet seit September 2018 Torge Löding, der damit die Nachfolge von Gerhard Dilger angetreten hat. Dieser wird Anfang 2019 nach Buenos Aires wechseln, wo nun ein eigenständiges Regionalbüro existiert. Ferdinand Muggenthaler löst Anfang 2019 Karin Gabbert in der Leitung des Büros in Quito ab. Das Büro in Hanoi wird ab März 2019 Philip Degenhardt leiten.

Auf den Weg gebracht wurden zudem drei Entsendungen für die Themenfelder Feminismus, soziale Rechte und internationale Gewerkschaftspolitik und der Aufbau eines Standorts in Genf. Die neuen Kolleg*innen begannen im März 2019 ihre Einarbeitung in Berlin.

DIE PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE IN DER LANDWIRTSCHAFT IN DEN BLICK NEHMEN

AKTIVITÄTEN DES DIALOGPROGRAMMS ERNÄHRUNGS-SOUVERÄNITÄT

Einen Schwerpunkt der Auslandsarbeit der Stiftung stellen Globale Soziale Rechte dar. Uns geht es darum, soziale und demokratische Rechte von ausgebeuteten und marginalisierten Klassen je nach Situation zu verteidigen oder auszuweiten. Ein großer Teil dieser Klassen lebt weltweit in ländlichen Räumen. Es ist daher kein Zufall, dass Kleinbauernorganisationen, Indigene oder Gewerkschaften von Landarbeiter*innen wichtige Zielgruppen und Partner in der Projektarbeit (beispielsweise in Lateinamerika, Indien oder Ostafrika) sind.

Mit der Schaffung des Dialogprogramms Ernährungssouveränität im Jahr 2017 wollten wir die thematische Arbeit strategischer angehen. Bei dem Konzept Ernährungssouveränität geht es nicht um handelspolitische Autarkie von Nationalstaaten, sondern um das Recht der Menschen, die Nahrungsmittel produzieren und konsumieren, selbst über die Ausgestaltung des Ernährungssystems zu entscheiden. Uns als Stiftung geht es um eine Repolitisierung von Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft und dem Ernährungssektor insgesamt. Die Verbindung von Ernährungssouveränität mit weiterreichenden Fragen gesellschaftlicher Transformation war Inhalt der Anfang 2018 publizierten Ausgabe der Zeitschrift *LuXemburg*. Autor*innen aus kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen diskutieren die Verbindung zwischen Ernährungssystem und Finanzkapitalismus, die Rolle von Feminismus in der Ernährungssouveränitätsbewegung oder den Zusammenhang zwischen ländlichen Räumen und rechtem Autoritarismus. Die erste Ausgabe der Zeitschrift *maldekstra* widmete sich ebenfalls dem Thema und stellte die Arbeit von Stiftungsbüros und Partnerorganisationen vor, beispielsweise die Arbeitskämpfe der migrantischen «Skolaven auf Europas Feldern» in Italien und Spanien.

Über die Zuspitzung der Kritik an einzelnen Konzernen hinaus wollen wir die Entwicklungen des Agrarkapitalismus der Gegenwart aufzeigen. Der 2017 gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und *Le Monde diplomatique* publizierte Konzernatlas erschien 2018 auch auf Englisch, Portugiesisch und Spanisch. Neben der Frage der Finanzialisierung ist die zweite «Frontier» der Einsatz digitaler Technologien, durch den die Konzerne gegenwärtig Landwirtschaft und Ernährungssysteme radikal umbauen. Zusammen mit der kanadischen ETC Group und der Nichtregierungsorganisation INKOTA publizierten wir die Studie «Blocking the Chain – Konzernmacht und Big-Data-Plattformen im globalen Ernährungssystem». Wir luden den kanadischen Autor Pat Mooney für diesbezügliche Veranstaltungen nach Deutschland ein.

Während der Beitrag von kleinbäuerlichen Produzent*innen zur Welternährung in politischen und medialen Diskursen anerkannt wird, bleibt der der «anderen Hälfte» der Arbeitenden in der Landwirtschaft, der Lohnarbeiter*innen, meist



«Aufstand am Tellerrand»: das zweite politische Sommerpicknick der Stiftung in Berlin

ungenannt. Wir wollen Agrargewerkschaften stärker untereinander vernetzen. So unterstützten wir 2018 die Nichtregierungsorganisation Women on Farms dabei, gemeinsam mit Zuckerrohr-Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern des südlichen Afrikas Strategien gegen Zuckerkonzerne wie Illovo zu entwickeln, die systematisch Arbeitsrechte unterlaufen. Zusammen mit dem globalen Verband der Agrar- und Nahrungsmittelgewerkschaften IUF haben wir das erste internationale Farm-Workers-Forum durchgeführt. Knapp 100 Agrargewerkschafter*innen tauschten sich über Positivbeispiele der Organisierung und der Medienarbeit aus. Eine Fortsetzung des Forums ist geplant. Essenziell ist ebenso, für die Arbeitskämpfe von Agrargewerkschaften eine breitere Öffentlichkeit herzustellen. In Berlin organisierte die Stiftung deshalb 2017 erstmals das politische Sommerpicknick «Aufstand am Tellerrand», bei dem Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen aus der ganzen Welt über Solidarität entlang von Agrarlieferketten diskutierten.

SOZIALE UND TRANSFORMATIVE GERECHTIGKEIT

EINE INTERNATIONALE KONFERENZ IN BEIRUT

Vom 13. bis zum 16. November 2018 fand in Beirut eine vom dortigen Stiftungsbüro organisierte internationale Konferenz statt, um die Themen soziale und transformative Gerechtigkeit in gegenwärtigen und historischen Konflikten und Postkonflikten zu diskutieren. Hier ging es gezielt um einen komparativen Ansatz: Eingeladen waren Expert*innen und Aktivist*innen aus Ländern wie Libanon, Syrien und Irak, aber auch Bosnien, Kolumbien, Osttimor, Ruanda und Senegal sowie Expert*innen aus Wissenschaft und Politik, die sich mit Konzepten zu transformativer und sozialer Gerechtigkeit, mit Kriegs- und Nachkriegsökonomien sowie mit ziviler Konfliktbearbeitung beschäftigten. Außerdem wurde versucht, die beiden oft getrennt voneinander betrachteten Konzepte von sozialer und transformativer Gerechtigkeit in ein Verhältnis zu



Demonstration in Bustan Al Kaser, einem Stadtteil von Aleppo, 2013; aus einer Fotoserie der syrischen Journalistin Doha Hassan, die freiberuflich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet.

setzen und aufeinander zu beziehen, um somit auch die Relation zwischen sozialer (Un-)Gerechtigkeit und sozioökonomischen Krisen und Konflikten zu überdenken.

An der Konferenz nahmen rund 40 Personen teil. Der Großteil des Programms fand in einem Konferenzsaal in Beirut statt, zusätzlich wurden Exkursionen innerhalb Beiruts und nach Tripoli organisiert. Die Konferenz begann mit zwei Keynote-Vorträgen: Fawwaz Traboulsi, Politikwissenschaftler an der Amerikanischen Universität von Beirut, sprach zur Verbindung von Kapitalismus und Krieg am Beispiel der globalen Bekämpfung des Terrors. Erin Daly, Rechtswissenschaftlerin an der Widener Universität, erörterte das Konzept von Würde und stellte es als einen Weg dar, soziale und transformative Gerechtigkeit zusammenzudenken. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer*innen in vier thematisch aufgeteilten Panels: Panel 1 befasste sich mit lokalen Kämpfen für soziale und transformative Gerechtigkeit am Beispiel der geschätzten 17.000 im libanesischen Bürgerkrieg Verschwundenen. Panel 2 thematisierte *shrinking spaces* für die Zivilgesellschaft in Konflikt- und Postkonfliktszenarien und ging hier von den derzeitigen Möglichkeiten und Herausforderungen für die syrische Zivilgesellschaft in und außerhalb Syriens aus. In Panel 3 wurden wirtschaftliche Aspekte von Konflikt- und Postkonfliktsituationen analysiert. Panel 4 beschäftigte sich

aus linker Perspektive mit den Ambivalenzen und Herausforderungen, die Konzepten ziviler Konfliktbearbeitung innewohnen. Die Konferenz war Auftakt einer Workshop-Reihe zum Thema «Positiver Frieden», die in einem jährlichen Turnus in Beirut stattfinden soll. Im vergangenen Jahr ist zudem ein thematisches Online-Dossier hierzu erstellt worden mit einschlägigen Publikationen, Interviews und Blogs. «Positiver Frieden» ist mehr als die reine Abwesenheit von Krieg: Moderne gewaltvolle Konflikte haben nicht nur direkte, sondern auch indirekte und strukturelle Ursachen, wie zum Beispiel Armut, Hunger und politische Diskriminierung. Der Begriff «Positiver Frieden» berücksichtigt diese Aspekte und zielt auf einen Zustand ab, in dem nicht nur direkte Gewalt eingestellt wird, sondern auch indirekte und strukturelle Formen von Gewalt nachhaltig beseitigt werden.

Die von der Stiftung 2018 initiierte Zusammenarbeit von Wissenschaftler*innen, Expert*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Das Ziel ist es, auf der Grundlage von komparativen Betrachtungen von Formen struktureller Gewalt und regionalen Konflikten unser Wissen über strukturelle Zusammenhänge zu stärken und zu klären, wie linke Friedensperspektiven für das 21. Jahrhundert, also auf der Höhe der Zeit, aussehen könnten.

WENN DER GÜRTEL NICHT MEHR ENGER GEHT

WARUM STAATLICHE SPARPOLITIK FRAUEN DOPPELT HART TRIFFT

«Ohne uns steht die Welt still!» Unter diesem Slogan traten mehrere Millionen Frauen und Männer am 8. März 2018 in Spanien in den Generalstreik. Wie in vielen anderen europäischen Ländern zwingen staatliche Sparmaßnahmen vor allem in den Bereichen Bildung und Pflege Frauen in Spanien dazu, Care-Arbeiten in der Familie unbezahlt zu übernehmen, die eigentlich im Rahmen der Daseinsvorsorge in den Aufgabenbereich des Staates fallen.

Mit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 haben sich viele Länder einer absoluten Austeritätspolitik verschrieben. In Südeuropa und Irland waren es hauptsächlich die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds, die das Sparen diktierten. In Osteuropa waren es der Erfolgsdruck, unter dem die neuen Mitgliedsländer gegenüber der EU standen, und eine gewünschte schnelle Integration in den europäischen Wirtschaftsmarkt.

Das Mantra des Sparens zugunsten eines ausgeglichenen Haushalts, besserer Wettbewerbsfähigkeit und der Schuldenvermeidung hat verheerende Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen. Das zeigen die von der Stiftung 2018 herausgegebenen europäischen Länderstudien. Unter dem Titel «Austerity, gender inequality and feminism after the crisis» haben die Autorinnen Daten zur Beschäftigungssituation und zum Einkommen von Frauen ausgewertet, Sparmaßnahmen, die direkt die Gleichstellung betrafen, unter die Lupe genommen sowie Gesetzesänderungen und Neuregelungen dahingehend untersucht.

Wie wirkt sich Sparpolitik auf die Geschlechterrollen in den Familien aus? Wer übernimmt Erziehung und Pflege von Jung und Alt, wenn der Staat keine Unterstützung mehr bietet? Was heißt es, wenn Gleichstellungsbeauftragte und die dazugehörigen Förderprogramme weggespart werden? Wo bleiben Frauen, wenn es keine Zufluchtsstätten für Opfer häuslicher Gewalt gibt? Wer bringt die ungewollten Kinder durchs Leben, wenn Abtreibung nicht mehr erlaubt ist?

Die Studien formulieren unter anderem Forderungen einer linken feministischen Politik, die auf sozialer Gerechtigkeit und einer Gleichstellung der Geschlechter basiert. Die Ergebnisse wurden bereits in einigen Ländern einzeln diskutiert sowie im Europäischen Parlament und auf dem 63. Treffen der UN-Frauenrechtskommission in New York präsentiert.

Das Projekt ist eine Kooperation zwischen Cornelia Möhring (frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag), dem frauenpolitischen Bereich der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

.....
 Weitere Informationen dazu finden sich unter:
www.rosalux.de/austerity



Broschüren gegen die überall in Europa grassierende Austeritätspolitik.

WIDERSTANDSBEWEGUNGEN VERNETZEN

AKTIVISMUS IN WESTASIEN, NORDAFRIKA UND DEUTSCHLAND

Vor knapp acht Jahren ergriff eine Protestwelle viele Länder in Nordafrika und Westasien. Forderungen nach sozialer, politischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit sowie nach einem Ende der neoliberalen Marktlogik erschütterten die seit Jahrzehnten in der Region herrschenden Regime. Wie die Occupy-Bewegungen in Nordamerika und Europa belegen, waren es nicht nur Menschen in Tunis, Sanaa und Damaskus, die auf die Straßen gingen. Heute konstatieren wir jedoch ein Wiedererstarken autoritärer Regime und müssen erleben, wie rechter Populismus in vielen Teilen der Welt um sich greift. Diese Situation setzt emanzipatorische Aktivist*innen, Intellektuelle und die Zivilgesellschaft insgesamt unter enormen Druck.

Vor diesem Hintergrund erscheint es dringender denn je, Widerstandsbewegungen zu vernetzen und Bündnisse über Grenzen hinweg aufzubauen. In diesem Sinne organisierten die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ALSHARQ e. V. im September 2018 eine dreitägige Konferenz unter dem Titel «Connecting Resistances – Emancipatory Activism in West Asia, North Africa and Germany». Insgesamt 50 Aktivist*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen aus über 20 Ländern und unterschiedlichen Bereichen kamen in Berlin zusammen, um sich über die jeweiligen lokalen Kämpfe auszutauschen und an neuen Strategien zur gegenseitigen Unterstützung zu arbeiten. Relevante Themen aus den verschiedenen Kontexten waren dabei Aktivismus in autoritären Zusammenhängen, Feminismus und Jugendbewegungen, Migrationspolitiken und staatliche Militarisierungsbestrebungen sowie die Perspektiven von Aktivismus im Exil.

Das Prinzip des neoliberalen Autoritarismus ist über Jahre gewachsen. Langsam aber beginnt es zu bröckeln, weil vielerorts für soziale Gerechtigkeit gekämpft wird. Den Austausch darüber zu unterstützen war deshalb auch das Ziel der Konferenz. Wie ermutigend und wertvoll die Diskussionen auf

der Tagung waren, betonten alle Beteiligten. Obwohl Repressionen und Gewalt vielerorts weiterhin auf der Tagesordnung stehen, verbreitete sich deshalb unversehens Zuversicht: Die Teilnehmer*innen tauschten sich auch auf sehr individueller Ebene darüber aus, was sie in ihrer politischen Arbeit gerade am meisten beschäftigt, und beratschlagten, wie sie sich konkret unterstützen können. Der Versuch, gemeinsam Grenzen zu überwinden und die eigene Blase zu verlassen, prägte die Konferenz.

Das ganze Unterfangen war zudem eine große finanzielle und logistische Herausforderung. Am spannendsten blieb es bis zuletzt bei den gestellten Visaanträgen. In einzelnen Fällen wurden sie leider abgelehnt, allen Bemühungen zum Trotz. Andere Teilnehmer*innen befürchteten derweil, aufgrund ihres politischen Engagements bei der Aus- oder Einreise festgehalten zu werden. Die Angst vor autoritärer Politik reichte bis nach Deutschland: Aus Sorge vor Beobachtung und Zugriffen in Berlin baten insbesondere ägyptische Teilnehmer*innen um Anonymität. Abgesehen von der öffentlichen Abschlussveranstaltung fand die Konferenz daher hinter geschlossenen Türen statt.

Angesichts von *shrinking spaces*, wie die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume umschrieben wird, wurde ein sicheres Umfeld geschaffen, in dem sich die Teilnehmer*innen vertrauensvoll austauschen konnten. Wie sich politischer Aktivismus und kritische Wissenschaft gegenseitig unterstützen und ergänzen können, war ein besonderes Anliegen. Dabei sollten die internationale Vernetzung und solidarische Bezugnahme gestärkt, die weitere Zusammenarbeit aber auch inhaltlich und strategisch geschärft werden. «Connecting Resistances» hat einen wertvollen Austausch angestoßen – über Ländergrenzen und über die Gräben zwischen akademischer und aktivistischer Arbeit hinweg. Jetzt geht es darum, wie weiter miteinander gesprochen wird – und worüber.

ALTERNATIVE ENTWICKLUNGSWEGE STÄRKEN

DAS NEUE STIFTUNGSBÜRO IN PRAG

Das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Prag wurde im Juni 2018 eröffnet. An der Eröffnungsveranstaltung nahmen Bodo Ramelow, Ministerpräsident Thüringens, Gregor Gysi, Präsident von European Left, sowie von tschechischer Seite Kateřina Konečná, Abgeordnete im Europäischen Parlament für die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, als Hauptredner*innen teil. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Zusammenarbeit von linksgerichteten Kräften aus Tschechien und Deutschland im Kontext der Mitgliedschaft beider Länder in der Europäischen Union sowie Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit.

Die Stiftung kooperiert bereits seit 2001 mit Partnerorganisationen in Tschechien, wobei die Gründung des Büros neue Impulse setzt. Uns geht es vor allem um die Stärkung alternativer



Gregor Gysi bei der Eröffnung des neuen Stiftungsbüros in Prag.

und linksgerichteter Ansätze in einer Gesellschaft, die einen möglichst schnellen Anschluss an das Entwicklungsniveau der Nachbarländer Deutschland und Österreich sucht. Dabei wird auch in Tschechien der wirtschaftsliberal ausgerichtete Weg bevorzugt, werden jene Herausforderungen oftmals unterschätzt oder vorschnell beiseitegeschoben, die alternative Wege für die Lösungen von gesellschaftlichen Problemen nahelegen. Debatten über eine auf die Stärkung sozialer Rechte gerichteten Wirtschaftspolitik, über Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit sowie über Klimagerechtigkeit sind ein wichtiger Ausgangspunkt für eine kritische Analyse des seit dem EU-Beitritt 2004 zurückgelegten Entwicklungswegs des Landes.

Vom Prager Büro aus wird über Tschechien hinaus auch die Zusammenarbeit mit Organisationen und Initiativen in der Slowakei und in Ungarn koordiniert. Analytische Studien zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Ländern unterstützen die Arbeit des Büros in seinem Bemühen, die Diskussion über die Perspektiven der EU-Integration in den nächsten Jahren zu befruchten. Dabei richtet sich der Fokus vor allem auf die entsprechenden Aktivitäten in den jeweiligen Zivilgesellschaften, in denen alternative und linksgerichtete Ansätze gestärkt werden sollen.

Die drei genannten Länder haben vor dem EU-Beitritt eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation erlebt. Viele soziale Verwerfungen in der Gesellschaft sind noch immer auf

diese Roskskur zurückzuführen, die schließlich zu bestimmten politischen Erscheinungen geführt hat, die nicht immer einfach zu verstehen sind. Wenn in Ungarn auf der Regierungsseite beispielsweise laut über die vermeintlichen Vorteile einer «illiberalen Demokratie» nachgedacht wird, dann ist das unter anderem möglich, weil in Teilen der Gesellschaft der wirtschaftsliberal ausgerichtete Aufholprozess aus sozialen Gründen abgelehnt wird.

Ein wichtiger Aspekt der Arbeit des Büros in Prag wird auch künftig die Debatte zu weiteren Perspektiven der EU-Integration sein. Für Länder wie Tschechien, die Slowakei und Ungarn war beispielsweise die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von großer Bedeutung, weil das Land anders als Deutschland und Österreich seinen Arbeitsmarkt für die neuen EU-Bürger*innen gleich nach 2004 geöffnet hatte.

ARBEIT IN EINEM SICH RASANT WANDELNDEN UMFELD

DAS STIFTUNGSBÜRO IN PEKING

Seit 2017 ist in China ein Gesetz in Kraft, das die Auflagen für die Arbeit von ausländischen Nichtregierungsorganisationen in China verschärft. Unter anderem schreibt es die Registrierung vor. Seit Mai 2017 ist das Peking-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung nun offiziell registriert. Das hat für die politische Stiftungsarbeit einerseits zur Folge, dass dort, wo zuvor eher rechtliche Unklarheiten und Grauzonen herrschten, nun gesetzliche Sicherheiten und verbindliche Grundlagen gelten. Andererseits brachte die Registrierung eine Vielzahl neuer bürokratischer Abstimmungsprozesse sowie umfangreiche Genehmigungs- und Berichtspflichten mit sich, die der praktischen Arbeit des Büros neue Grenzen setzten. Dies machte allein aus arbeitspraktischen Gründen eine konzeptionelle Neuausrichtung des Büros hin zu eher theoretischen und politisch-strategischen Fragestellungen und Partnerschaften mit entsprechenden Institutionen notwendig.

Zugleich befindet sich die Volksrepublik China heute in einer historischen Umbruch- und Übergangssituation. Nach vier Jahrzehnten eines einzigartigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses stößt das Wachstums- und Entwicklungsmodell der letzten Jahrzehnte zunehmend an seine funktionalen und auch legitimatorischen Grenzen. Ein neues Entwicklungsmodell muss gefunden werden, in dem das gesellschaftliche Naturverhältnis und die sozialen Gegebenheiten neu zusammengeführt und gestaltet werden. Das bedeutet einen notwendigen Übergang zu einem sozialökologischen sowie zu einem solidarisch-kooperativen Entwicklungspfad. Vorhandene Konzepte, Vorstellungen und Selbstverständnisse müssen neu konstruiert und kritisch weiterentwickelt werden.

In diesem Umfeld komplexer politisch-ideologischer Suchprozesse hat sich das Stiftungsbüro in Peking für eine Vielzahl wichtiger Institutionen und machtvoller Akteure – unter an-

derem der Fudan-, der Tsinghua- und der Peking-Universität, der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, der Zentralen Parteischule, dem Zentralen Übersetzungsbüro – zu einem wichtigen kritisch-konstruktiven Dialogpartner entwickelt.

Entlang zweier Themenachsen, «Moderner Sozialismus» und «Sozialökologische Transformation», ist das Büro bestrebt, über gemeinsame Workshops, Konferenzen, Forschungsprojekte und Publikationen die Visionen und Ziele des demokratischen Sozialismus im chinesischen Sozialismuskurs zu präsentieren und starkzumachen und auf diese Weise einen Raum für linke Theorieentwicklung in China zu öffnen.

Ferner versucht das Büro verstärkt, als Knotenpunkt zu fungieren, an dem nicht nur Expertise, Visionen, strategische Ansätze und politische Orientierungen linker Politik nach China fließen, sondern auch umgekehrt verschiedene chinesische Diskursstränge nach Deutschland verlängert werden, die mitunter auch Rückwirkungen auf die deutsche und internationale Debatte haben können. Schließlich geht es angesichts der Größe, Bevölkerungszahl und Chinas zunehmender Bedeutung auf der internationalen Bühne darum, eine China-Expertise zu erarbeiten, die eine eigene, spezifisch linke Sicht auf das Land, auch aus einer deutschen Perspektive heraus, ermöglicht.

Workshop «Socialism: Analysis, Perspective and Strategy in the 21st Century» in Shanghai.



DIE AUSLANDS-BÜROS

MEXIKO-STADT

NEW YORK

QUITO

SÃO PAULO

BUENOS AIRES

REFERAT LATEINAMERIKA

ANDENREGION



Sitz: Quito/Ecuador
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela
Büroleitung: Ferdinand Muggenthaler (seit März 2019)
www.rosalux.org.ec

BRASILIEN UND PARAGUAY



Sitz: São Paulo/Brasilien
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Brasilien, Paraguay
Büroleitung: Torge Löding (seit September 2018)
www.rosaluxspba.org

CONO SUR



Sitz: Buenos Aires/Argentinien
Gründungsjahr: 2015
Projektländer: Argentinien, Chile, Uruguay
Büroleitung: Gerhard Dilger (seit März 2019)
Programmleitung Feminismus: Alex Wischniewski (ab September 2019)
www.rosaluxspba.org/es

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA



Sitz: Mexiko-Stadt/Mexiko
Gründungsjahr: 2007
Projektländer: Costa Rica, Guatemala, Kuba, Mexiko, Nicaragua
Büroleitung: Sandy El Berr
www.rosalux.org.mx

NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN



Sitz: New York/USA
Gründungsjahr: 2012
Projektländer: USA, Kanada, Standorte der Vereinten Nationen
Büroleitung: Andreas Günther (seit August 2018)
www.rosalux-nyc.org/de

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND GLOBALE SOZIALE RECHTE

Sitz: Genf/Schweiz
Gründungsjahr: im Aufbau
Projektländer: Standorte der Vereinten Nationen
Büroleitung & Programmleitung internationale Gewerkschaftspolitik: Ulrike Eifler
Programmleitung Globale Soziale Rechte: Eva Wuchold

REFERAT INTERNATIONALE POLITIK UND NORDAMERIKA



REFERAT AFRIKA

OSTAFRIKA



Sitz: Daressalam/Tansania
Gründungsjahr: 2012
Projektländer: Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda
Büroleitung: Dorothee Braun
www.rosalux.co.tz

WESTAFRIKA



Sitz: Dakar/Senegal
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Kap Verde, Mali, Niger, Nigeria, Senegal
Büroleitung: Armin Osmanovic
www.rosalux.sn

SÜDLICHES AFRIKA



Sitz: Johannesburg/Südafrika
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Südafrika, Simbabwe, Sambia, Mosambik, Mauritius, Namibia, Botswana
Büroleitung: Jörn Jan Leidecker
www.rosalux.co.za

DIALOGPROGRAMM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT



Sitz: Johannesburg/Südafrika
Gründungsjahr: 2017
Programmländer: Südafrika, Sambia, Deutschland
Programmleitung: Benjamin Luig
www.rosalux.co.za/food-sovereignty/

NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien
Gründungsjahr: 2014
Projektländer: Tunesien, Ägypten, Marokko
Büroleitung: Ivesa Lübben
www.rosaluxna.org

WISSENSCHAFTSKOOPERATION NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien
Gründungsjahr: 2015
Programmländer: Tunesien, Libanon
Programmleitung: Nadia El Ouerghemmi
www.rosaluxna.org/academic-cooperation

REFERAT EUROPA

SÜDOSTEUROPA



Sitz: Belgrad/Serbien
Gründungs-jahr: 2010
Projektländer: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Mazedonien, Albanien, Rumänien, Kosovo, Montenegro
Büroleitung: Krunoslav Stojakovic
www.rosalux.rs

OSTMITTELEUROPA

Sitz: Warschau/Polen
Gründungs-jahr: 2003
Projektländer: Polen, Litauen, Lettland, Estland
Büroleitung: Holger Politt
www.rls.pl

MITTEUROPA



Sitz: Prag/Tschechien
Gründungs-jahr: 2018
Projektländer: Tschechien, Slowakei, Ungarn
Büroleitung: Joanna Gwiazdecka

RUSSLAND, BELARUS UND SÜDKAUKASUS

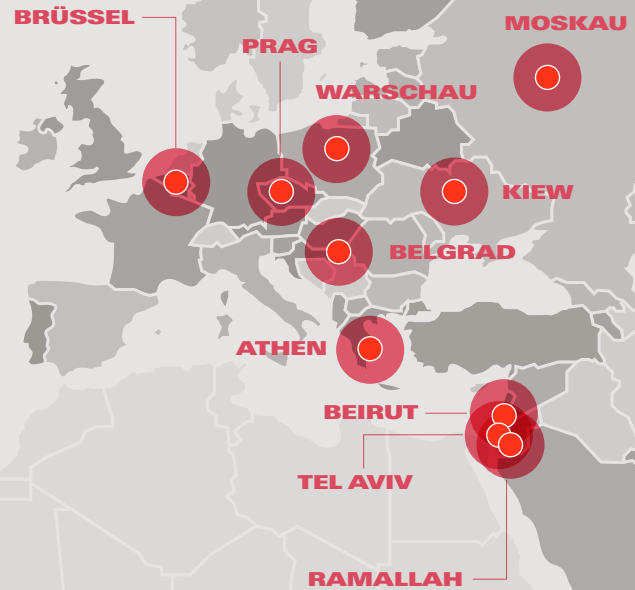


Sitz: Moskau/Russland
Gründungs-jahr: 2003
Projektländer: Russland, Belarus, Georgien, Armenien, Aserbaidschan
Büroleitung: Kerstin Kaiser
www.rosalux.ru

GRIECHENLAND



Sitz: Athen/Griechenland
Gründungs-jahr: 2012
Projektländer: Griechenland und Mittelmeerregion
Büroleitung: Maria Oshana
www.rosalux.gr/de



WESTEUROPA



Sitz: Brüssel/Belgien
Gründungs-jahr: 2008
Projektländer: Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, Finnland
Büroleitung: Andreas Thomsen
www.rosalux.eu

ORTSKRAFTBÜRO SPANIEN UND PORTUGAL

Sitz: Madrid/Spanien
Gründungs-jahr: 2017
Projektländer: Spanien, Portugal
Programmkoordination: Vera Bartolomé
www.rosalux.eu

UKRAINE

Sitz: Kiew/Ukraine
Gründungs-jahr: 2016
Projektland: Ukraine
Programmkoordination: Nelia Vakhovska
www.rosalux.org.ua/ua

REFERAT WESTASIEN

ISRAEL



Sitz: Tel Aviv/Israel
Gründungsjahr: 2009
Projektland: Israel
Büroleitung: Tsafir Cohen
www.rosalux.co.il

PALÄSTINA



Sitz: Ramallah/Palästina
Gründungsjahr: 2008
Projektländer: Palästinensische Gebiete, Jordanien
Büroleitung: Ute Beuck
www.rosaluxemburg.ps

LIBANON



Sitz: Beirut/Libanon
Gründungsjahr: 2017
Projektländer: Libanon, Syrien, Irak, Iran, Jemen, Saudi-Arabien
Büroleitung: Miriam Younes
www.rosalux-lb.org

DIALOGPROGRAMM POSITIVER FRIEDEN

Sitz: Beirut/Libanon
Gründungsjahr: 2017
Programmländer: Irak, Syrien, Libanon, Iran, Jemen, Saudi-Arabien
Programmleitung: Entsendung in Vorbereitung
www.rosalux-lb.org

SÜDASIEN



Sitz: Neu-Delhi/Indien
Gründungsjahr: 2010
(Registrierung 2012)
Projektländer: Indien, Nepal, Bangladesch, Sri Lanka, Pakistan
Büroleitung: Stefan Mentschel
www.rosalux.in

OSTASIEN



Sitz: Peking/China
Gründungsjahr: 2008
Projektland: China
Büroleitung: Jan Turowski
www.rosalux.de

SÜDOSTASIEN



Sitz: Hanoi/Vietnam
Gründungsjahr: 2009
Projektländer: Vietnam, Myanmar, Kambodscha, Laos
Büroleitung: Liliane Danso-Dahmen
www.rosalux.vn

ZENTRALASIEN



Sitz: Almaty/Kasachstan
Gründungsjahr: 2017
(Team entsteht 2019)
Projektländer: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan
Büroleitung: Marlies Linke

REFERAT ASIEN

DIALOGPROGRAMM KLIMAGERECHTIGKEIT



Sitz: Manila/Philippinen
Gründungsjahr: 2018
Programmländer: Philippinen, Indonesien, UNFCCC
Programmleitung: Laura Geiger
www.rosalux.de/en/dossiers/climate-justice/



GEFÖRDERTE PROJEKTE

Über die Projektförderung kooperiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit verschiedenen Trägern politischer Bildung bundesweit. Im Jahr 2018 erreichten uns mehr als 1.200 Anfragen, die in 510 konkrete Anträge mündeten. Wir erhalten so einen Einblick in die bundesweite politische Bildungslandschaft und erfahren, welche Themen die Akteure beschäftigen und welche Akzente sie mit ihren Angeboten setzen. Gleichzeitig kann die eigene Bildungsarbeit sowohl thematisch als auch regional ergänzt werden.

Im vergangenen Jahr konnten insgesamt 137 Vorhaben gefördert werden, davon sind 47 Projekte von Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort betreut worden. Insgesamt wurden 290.500 Euro eingesetzt, davon flossen 244.000 Euro in die externe Projektförderung, 46.500 Euro standen den Landesstiftungen als Globalmittel zur Verfügung.

Drei Großprojekte wurden mit insgesamt 83.000 Euro (29 Prozent des Gesamtbudgets) unterstützt:

- Berliner Institut für Kritische Theorie e. V.: Herausgabe Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus, Veröffentlichung Band 9/1 «Maschinerie bis Mitbestimmung», editorische Arbeiten an Band 9/2 «Mitleid bis naturwüchsig» – 38.000 Euro
- zwei Projekte der Linken Medienakademie e. V.: die LIMA-Bildungswoche 2018 «SYSTEM-FEHLER» und der Aufbau des Online-Angebots «Alternative Medienbildung online» für Weiterbildung in Medienkompetenz und Medienpraxis – 45.000 Euro (für beide Projekte)

Fünf Vorhaben wurden mit Beträgen zwischen 5.000 und 9.999 Euro gefördert, 32 Projekte mit Beträgen zwischen 2.000 und 4.999 Euro, 70 mit Beträgen zwischen 1.000 und 1.999 Euro und 27 Projekte mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro.

BEISPIELE DER PROJEKTFÖRDERUNG ZUM SCHWERPUNKTTHEMA «MARX200»

KAIROS EUROPA E. V.: TAGUNG «VERWERFUNGEN DES KAPITALISMUS IM ZEITALTER VON «INDUSTRIE 4.0». DIE WIEDERENTDECKUNG DES HUMANUM – MIT BIBEL, KORAN & MARX», SEPTEMBER 2018 IN MANNHEIM – 4.000 EURO

KAIROS Europa versteht sich als ökumenische Plattform beim Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Europa. Die Tagung thematisierte die rasch vorschreitende Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Referent*innen machten die sozialen, ökonomischen und

ökologischen Gefahren einer profitorientierten «vierten industriellen Revolution» deutlich. Aus der Perspektive religiöser und weltanschaulicher Begründungen einer Politik der Gerechtigkeit wurden Konzepte des Umgangs mit Digitalisierung und Automatisierung diskutiert, als gesellschaftliches Veränderungsvorhaben insbesondere das bedingungslose Grundeinkommen erörtert. An der Tagung beteiligten sich rund 70 Vertreter*innen von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kirchen und der ökumenischen Basis.

KONFERENZ/THEORIEFESTIVAL «KANTINE MARX – MARX NICHT KAUFEN! MARX DENKEN!», AUGUST 2018 IN CHEMNITZ – 1.000 EURO

Das Theoriefestival, das von verschiedenen Gruppen aus Chemnitz, etwa dem Subbotnik e. V., dem Verein zur Wiederbelebung kulturellen Brachlandes e. V. und dem Studentenrat der TU Chemnitz, organisiert wurde, gehört zu den Projekten, bei denen die Fördermittel an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen weitergeleitet wurden, die mit den Veranstaltern vor Ort kooperierte. Die Konferenz umfasste Seminare zur Einführung in Marx' Werk «Das Kapital» und Vorträge und Work-

shops, in denen marxistische Analysen zu verschiedenen gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Fragestellungen unserer Zeit zur Diskussion standen. In den Abendstunden wurde mit Lesungen versucht, sich Karl Marx auch literarisch anzunähern. Alles in allem ein buntes, umfangreiches Programm, das sehr gut ankam und im Jahr 2019 unter dem Titel «Kantine Luxemburg» fortgesetzt wird.

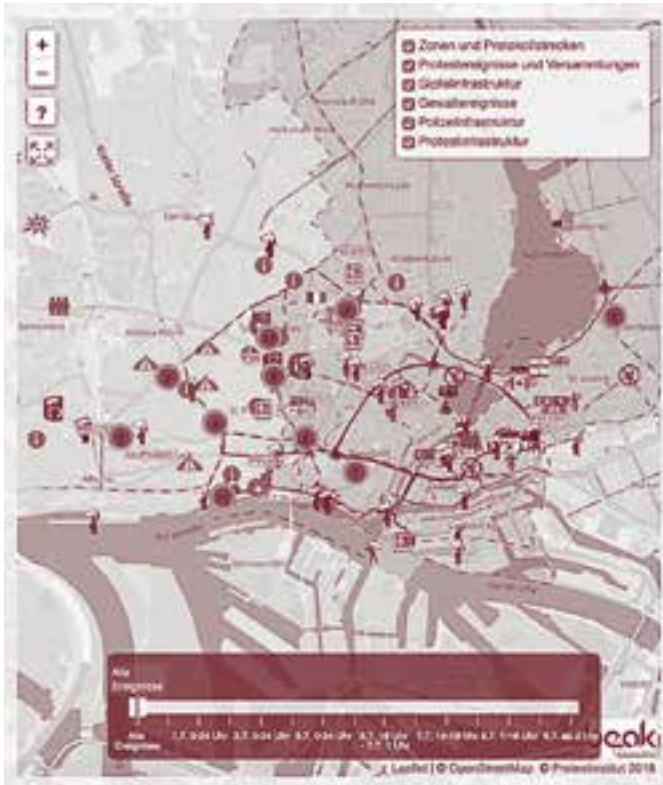
PROJEKTFÖRDERUNGEN AUS DEM THEMENBEREICH BÜRGERRECHTE/SOZIALE BEWEGUNGEN/GEWERKSCHAFTEN

VEREIN FÜR PROTEST- UND BEWEGUNGSFORSCHUNG E. V.: WEBSEITE ZUM PROJEKT «MAPPING #NOG20» – 5.000 EURO

Das Projekt «Mapping #NoG20» befasst sich mit der Gewalteskalation im Kontext der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017. Es dokumentiert und analysiert die Handlungslogiken und Interaktionen heterogener Akteursgruppen sowie die raumzeitliche Entwicklung des Geschehens. Die Untersuchungen zeigen, welche Bedingungen zur Gewalt führten, in welcher Weise Gewalt von welchen Akteuren an-

IM JAHR 2018 HAT DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 137 VORHABEN GEFÖRDERT





Die interaktive Karte zeichnet die Ereignisse rund um den G20-Gipfel in Hamburg datensättigt nach und liefert eine exemplarische Analyse der Eskalation von Gewalt.

gewandt wurde und wie sich die Berichterstattung der Medien auf das Thema Gewalt verengte. Die Stiftung förderte die Darstellung der Projektergebnisse auf einer Webseite (<https://g20.protestinstitut.eu>). Mit einer interaktiven Karte werden dort die Ereignisse der G20-Protestwoche im Zeitverlauf detailliert rekonstruiert und mit Informationstexten zu Protesten, Infrastrukturen, Gewaltvorfällen und Hintergrundereignissen erläutert.

PUTZFILMFESTIVAL: «ERSTER FRANKFURTER FRÜHJAHRSPUTZ», MAI 2018 IN FRANKFURT A. M. – 1.000 EURO

In dem selbstverwalteten Kulturzentrum «ExZess» in Frankfurt a. M. fand im Mai das erste Putzfilmfestival statt. Veranstaltet wurde es von einer eigens für dieses Vorhaben gegründeten Projektgruppe, die unter anderem mit dem Verein «Ladies. Kulturelle und politische Bildung für Frauen e. V.» kooperierte. Ziel des Festivals war es, sichtbar zu machen, was meist unsichtbar bleibt: das Putzen. Oft wird in Büroräumen, öffentlichen Gebäuden, Universitäten geputzt, wenn niemand da ist. Als Lohnarbeit wird Putzen schlecht bezahlt, die Arbeitsbedingungen sind in der Regel prekär. Die Arbeitnehmer*innen sind mehrheitlich Frauen, darunter viele Migrant*innen. Auch im privaten Bereich sind Frauen häufiger mit sogenannter Reproduktionsarbeit befasst als

Männer. Gezeigt wurden sowohl Hollywood-Produktionen als auch experimentelle Kurzfilme, die diesem Arbeitsfeld im wahrsten Sinne des Wortes eine Bühne boten. Nach den Filmvorführungen gab es Publikumsgespräche und einen Workshop «Putzen wie die Profis». Insgesamt konnten die Initiator*innen mit ihrem Programm ein diverses Publikum ansprechen und Diskussionen anstoßen.

Mit 23 Projekten und 38.875 Euro waren Projekte zum Themenfeld Geschichte und Zeitgeschichte am stärksten repräsentiert. Unter anderen förderten wir:

- Nadja Tenge: Dokumentarische Filmcollage «Andrées Protokoll – Exiljahre des DDR-Schriftstellers Stephan Hermlin» – 3.500 Euro
- Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V./Reiner Zilkenat (Hrsg.): «Die Novemberrevolution und ihre Räte. Publikation mit Tagungsbeiträgen der gleichnamigen Tagung am 9.5.2018», edition bodoni, Buskow bei Neuruppin 2018 – 3.000 Euro
- Oliver Dürkop/Michael Gehler (Hrsg.): «In Verantwortung. Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90», StudienVerlag, Wien 2018 – 3.000 Euro
- Die Buchmacherei Berlin: Nikolaus Brauns/Murat Çakır (Hrsg.): «Partisanen einer neuen Welt – 150 Jahre Linke und Arbeiterbewegung in der Türkei», Die Buchmacherei, Berlin 2018 – 3.000 Euro
- Aktion Dritte Welt e. V.: Jubiläumsgala «Fünfzig Jahre in Bewegung. 50 Jahre iz3w», März 2018 in Freiburg – 2.000 Euro
- Anna Opel: «Ich war, ich bin, ich werde sein – Rosa Luxemburg auf der Spur. Ein Audiowalk durch den Tiergarten», Vorbereitungsarbeiten und Produktion – 1.600 Euro
- Kommunikationszentrum Meuchefitz e. V.: Webseitenprojekt «Verbrannte Orte. Ein Onlineatlas zu den Orten der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen 1933», Orte in Schleswig-Holstein – 1.000 Euro
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e. V.: 2. Transnationaler Herero- und Nama-Kongress «Koloniales Vergessen. Quo vadis, Hamburg?», März 2018 in Hamburg – 1.000 Euro

Mit 20 Vorhaben und einem Fördervolumen von 30.800 Euro gehörte zudem das Thema Bürgerrechte/soziale Bewegungen/Gewerkschaften zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Einige Beispiele:

- Netzwerk Mieten & Wohnen e. V.: 3. Konferenz des Netzwerks Mieten & Wohnen «Boden Recht Wohnen – Ansätze für eine sozialere Mieten- und Wohnungspolitik», Februar 2018 in Bochum – 3.000 Euro
- Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt/Ariba e. V.: Diskussionsveranstaltung «Wer kontrolliert die Polizei? Möglichkeiten einer unabhängigen Polizei-

beschwerdestelle in Berlin», November 2018 in Berlin – 2.000 Euro

- Attac-AG ArbeitFairTeilen: Festveranstaltung «100 Jahre 8-Stunden-Tag», Oktober 2018 in Erfurt – 2.000 Euro
- leftvision e. V.: Dokumentarfilm «Hamburger Gitter» – 2.000 Euro
- Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e. V.: 40 Jahre Kampf um Bürgerrechte – 40 Jahre CILIP – Konferenz «Bürgerrechte und Polizei – Bilanz nach 40 Jahren», Dezember 2018 in Berlin – 1.500 Euro
- «labournet.de» – Netzwerk für Bildung, Kommunikation in Betrieb & Gesellschaft e. V.: Webseitenprojekt/Dossier «Japan: Fukushima und die Gewerkschaften. Interviews und Gespräche» – 1.300 Euro
- Andre Kruschat/Squatting Everywhere Kollektive (Hrsg.): «Fighting for spaces, Fighting for our lives: Squatting Movements today», edition assemblage, Münster 2018 – 1.000 Euro
- Arbeitskreis kritischer Jurist_innen an der Uni Frankfurt am Main: Winterkongress des Bundesarbeitskreises kritischer Jurist_innen: «Arbeitskampf und Klassenrecht», November/Dezember in Frankfurt am Main – 1.000 Euro

Thematisch weit gefächert war die Unterstützung von Publikationen, hier eine Auswahl:

- Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e. V.: Gideon Botsch/Jan Raabe/Christoph Schulze (Hrsg.): «Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs», be.bra verlag, Berlin 2019 – 3.000 Euro
- Förderverein Bayerischer Flüchtlingsrat e. V.: Bayerischer Flüchtlingsrat (Hrsg.): «Magazin Hinterland», Ausgabe #38 mit dem Schwerpunkt «boys, girls, and ...» und Ausgabe #39 mit dem Schwerpunkt «Bildung» – 2.500 Euro
- Patrick Eser/Alke Jenss/Johannes Schulten/Anne Tittor (Hrsg.): «Globale Ungleichgewichte und soziale Transformationen. Beiträge von Dieter Boris aus 50 Jahren zu Lateinamerika, Klassenanalyse und Bewegungspolitik», Mandelbaum Verlag, Wien 2018 – 1.000 Euro
- Verlag Assoziation A: Katharina Karcher: «Sisters in Arms – Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968», aus dem Englischen von Gerhild Ahnert und Annemarie Künzl-Snodgrass, Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg 2018 – 1.000 Euro
- oikos Leipzig e. V.: Maximilian Becker/Mathilda Reinicke (Hrsg.): «Anders wachsen! Von der Krise der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und Ansätzen einer Transformation», oekom verlag, München 2018 – 1.000 Euro
- Gesundheit und Dritte Welt e. V./BUKO Pharma-Kampagne (Hrsg.): «Globale Gesundheit braucht Klimaschutz!», Broschüre – 1.000 Euro
- Karsten Krampitz (Hrsg.): «Der Feuerstuhl. Hommage an B. Traven», Alibri Verlag, Aschaffenburg 2019 – 1.000 Euro

Fortgesetzt wurden langjährige Kooperationen, wie zum Beispiel mit der Bundeskoordination Internationalismus, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen, Amaro Drom und der Feministischen Herbstakademie. Darüber hinaus konnten neue, für die Arbeit der Stiftung ertragreiche Kontakte geknüpft und junge Akteure politischer Bildungsarbeit unterstützt werden. Verstärkt nutzen die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Möglichkeit, über die Projektförderung direkt mit Akteuren politischer Bildung ins Gespräch zu kommen. Mit den bewilligten Fördermitteln wurden in den verschiedenen Bundesländern zahlreiche Kooperationsprojekte realisiert. Hier einige Beispiele:

- Radio Dreyeckland Betriebs GmbH: «Banditi e Ribelli. Fotodokumentarische Wanderausstellung. Die italienische Resistenza 1943–1945», März bis Mai 2018 in Freiburg – 1.000 Euro
- Münchner Flüchtlingsrat e. V.: «Not Safe! Erste bayernweite Afghanistan-Konferenz», Juli 2018 in München – 1.000 Euro
- CULTUS UG: janz weit draußen – Antifaschistisches Sommercamp «Antifa heißt Landarbeit», Juli 2018 in Kuhlühle bei Wittstock – 1.000 Euro
- Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e. V.: Jahrestagung «Kirchenasyl zwischen Institution und Bewegung», November 2018 in Hamburg – 1.000 Euro
- Melehat Kutun/İsmail D. Karatepe: Tagung «Authoritarianism and Resistance in Turkey», Mai 2018 in Kassel – 1.000 Euro
- Verein zur Förderung der Lehre im ökologischen Landbau e. V.: Veranstaltungsreihe «Heimat, Volk, Scholle – Rechts[d]ruck im ländlichen Raum», Oktober bis Dezember 2018 in Witzenhausen – 1.200 Euro
- Kulturzentrum Pavillon: Interdisziplinäres Festival «CLINCH. [Post]Migrantische + Postkoloniale Perspektiven», April 2018 in Hannover – 1.000 Euro
- Initiative Rheinmetall entwarnen: Bildungsprogramm zum Camp «Rheinmetall entwarnen – Krieg beginnt hier», August und September 2018 in Unterlüß – 1.500 Euro
- Türkischer Volksverein Solingen: Zentrale Gedenkveranstaltung «Solingen 1993 – Unutturmayacağız! Niemals vergessen!» anlässlich des 25. Jahrestags des Brandanschlags, Mai 2018 in Solingen – 1.500 Euro
- Bundesverband Freier Radios: Kongress «Zukunftswerkstatt Community Media 2018», November 2018 in Chemnitz – 1.000 Euro

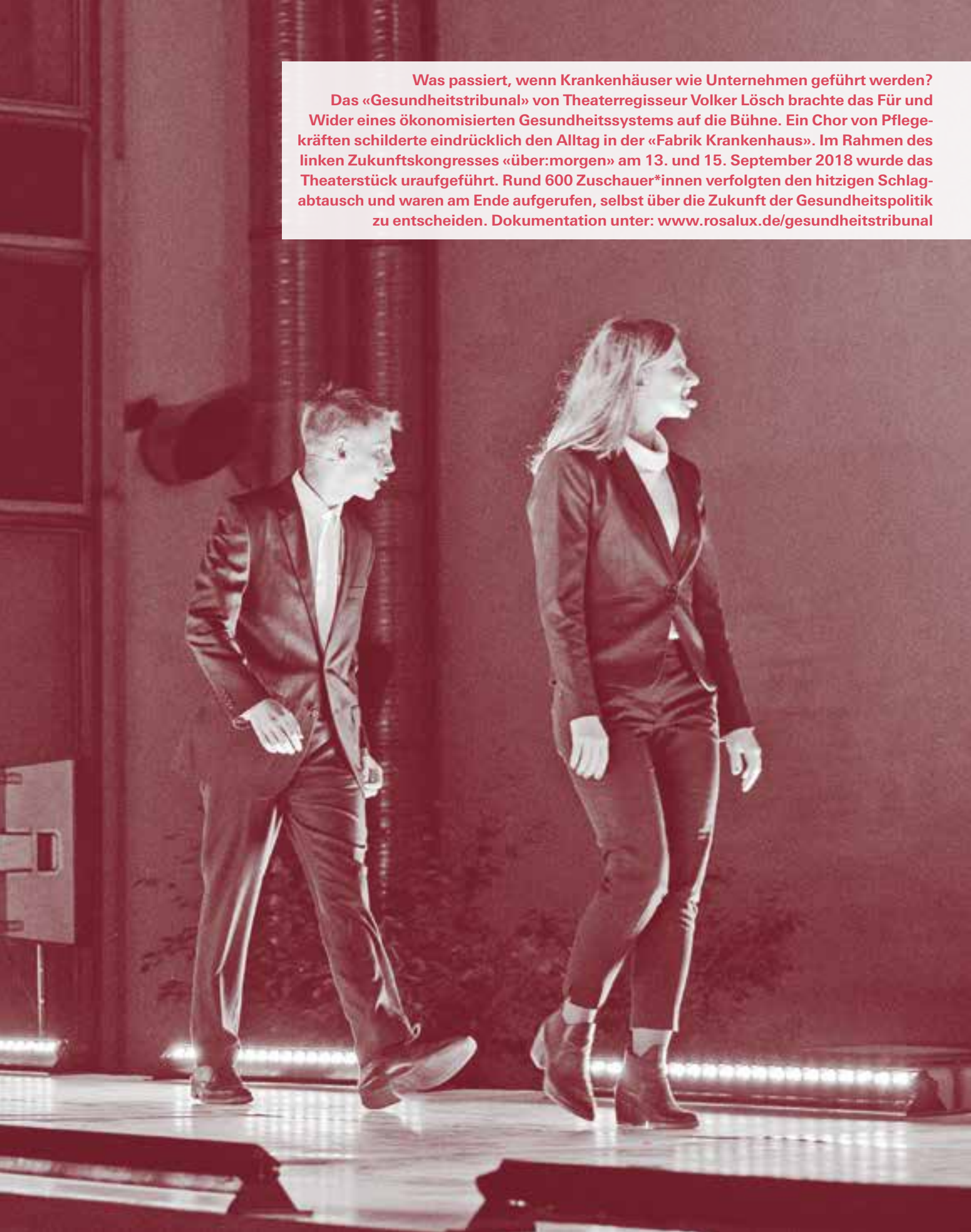
.....

Mit ihrer Projektförderung präsentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit. Die geförderten Vorhaben komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch.

.....



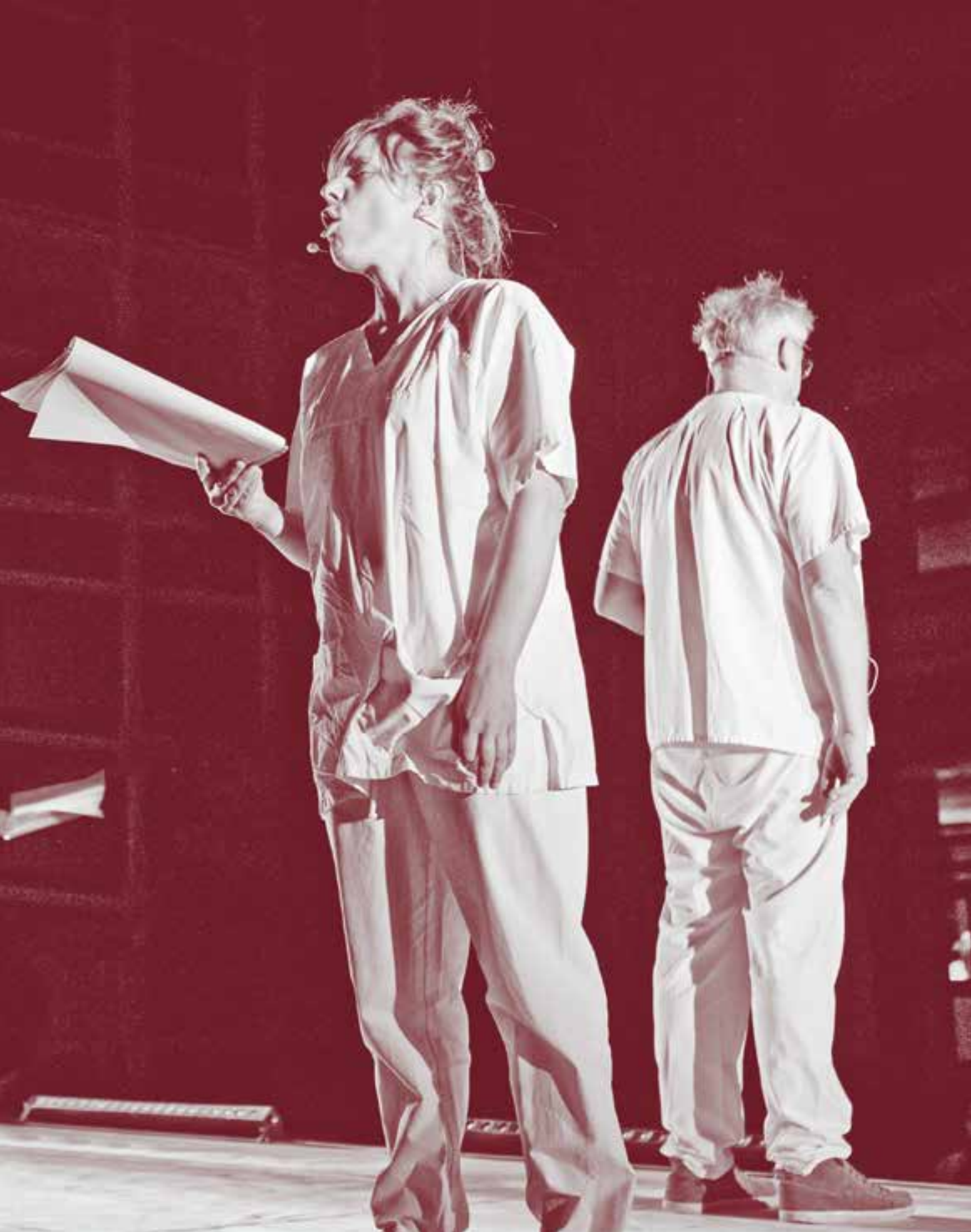
Was passiert, wenn Krankenhäuser wie Unternehmen geführt werden?
Das «Gesundheitstribunal» von Theaterregisseur Volker Lösch brachte das Für und Wider eines ökonomisierten Gesundheitssystems auf die Bühne. Ein Chor von Pflegekräften schilderte eindrücklich den Alltag in der «Fabrik Krankenhaus». Im Rahmen des linken Zukunftskongresses «über:morgen» am 13. und 15. September 2018 wurde das Theaterstück uraufgeführt. Rund 600 Zuschauer*innen verfolgten den hitzigen Schlagabtausch und waren am Ende aufgerufen, selbst über die Zukunft der Gesundheitspolitik zu entscheiden. Dokumentation unter: www.rosalux.de/gesundheitstribunal















STUDIENWERK

Die Hauptaufgabe des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die finanzielle und ideelle Förderung Studierender und Promovierender aus dem In- und Ausland, insbesondere aus dem linken politischen Spektrum. Im Jahr 2018 haben wir mehr als 1.160 Personen finanziell unterstützt, um ihnen ein Studium, eine Promotion oder die Teilnahme an unseren politischen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Der Fokus unserer Förderung liegt dabei auf denjenigen, die von strukturellen Bildungsungleichheiten besonders betroffen sind. Aktuell haben 48 Prozent unserer Stipendiat*innen einen migrantischen und 55 Prozent einen nichtakademischen Bildungshintergrund. Darüber hinaus gewährleistet eine Geschlechterquote, dass mindestens 50 Prozent aller Stipendien an Frauen* vergeben werden.

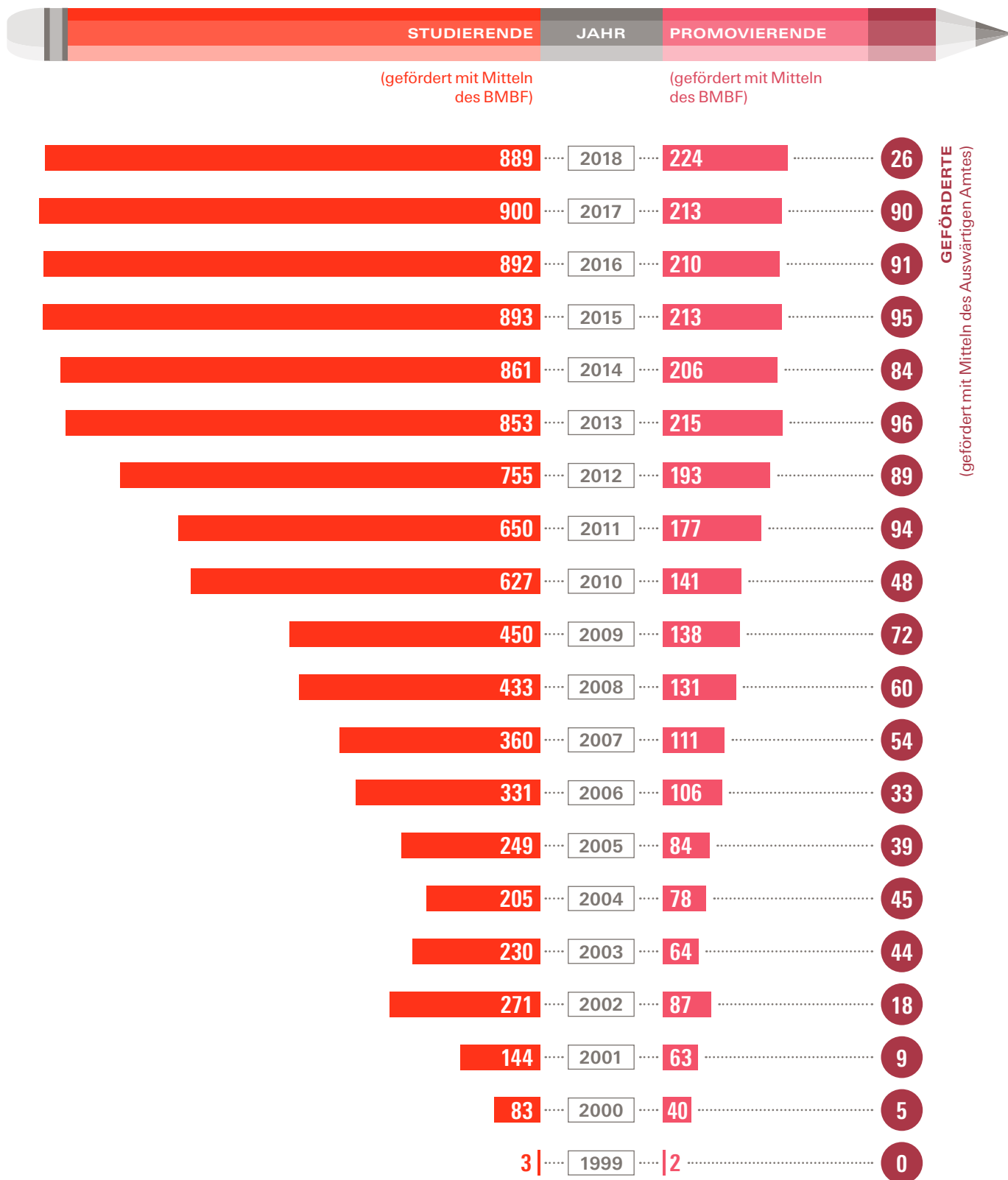
Mittlerweile haben wir mehr als 2.500 ehemalige Stipendiat*innen, zu denen unter anderem Hochschullehrer*innen, Schriftsteller*innen, Bundes- und Kommunalpolitiker*innen, Sozialarbeiter*innen und Mediziner*innen gehören.

Unser Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu anderen Förderwerken ist ein hohes Maß an Mitbestimmung der Stipendiat*innen. Sie wird insbesondere über selbstverwaltete Strukturen wie stipendiatische Arbeitskreise gewährleistet und findet unter anderem in der von Stipendiat*innen und dem Studienwerk organisierten Ferienakademie ihren Ausdruck. Diese setzte sich 2018 anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx mit seiner Theorie im Kontext von Feminismus und Rassismus auseinander. So fanden unter anderem Kurzworkshops zu den Themenfeldern «Marxist Perspective on the Global Appropriation of Social Reproduction», «Escaping the Master's House. Schwarzer feministischer Marxismus» und «Marxismus-Feminismus – Kritische Reproduktionsforschung und feministische Ökonomiekritik» statt.

Um die strukturellen Benachteiligungen, die durch das Bildungssystem entstehen, zu berücksichtigen, bieten wir zudem Bildungsveranstaltungen an, die auf die spezifischen Bedürfnisse bestimmter Zielgruppen (z. B. Erstakademiker*innen) zugeschnitten sind und auf eine Empowermentwirkung zielen. Unsere Bildungsangebote dienen darüber hinaus der Vernetzung (Regionaltreffen, Kooperation mit den Landesstiftungen) und finden im In- und Ausland (Kooperation mit den Auslandsbüros) statt.

Unsere Arbeit – sowohl die Auswahl der Stipendiat*innen als auch die Begleitung der Stipendiat*innen während des Studiums oder der Promotion – wäre ohne die Unterstützung der für uns ehrenamtlich tätigen Vertrauensdozent*innen nicht möglich. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich in Deutschland inzwischen ein linkes akademisches Netzwerk entwickelt hat. Mit der namentlichen Nennung der mehr als 170 Vertrauensdozent*innen hier im Jahresbericht möchten wir uns bei ihnen für ihr unverzichtbares Engagement bedanken.

ENTWICKLUNG BEI DEN GEFÖRDERTEN





Marcus Hawel (Studienwerk) und Stefan Kalmring (Akademie für politische Bildung) koordinieren gemeinsam den «Salon★Bildung» und die «Bildungswerkstätten».

«EXPERIMENT BILDUNG»

ZWEI NEUE VERANSTALTUNGSFORMATE NEHMEN
BILDUNG IN DEN FOKUS

Die vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihen «Salon★Bildung» und «Bildungswerkstatt» haben sich auch 2018 bewährt. Entstanden sind diese neuen Formate, um den Erfahrungsaustausch unter Menschen, die an unterschiedlichen Stellen im Bildungssystem involviert sind – als Lehrende und Lernende ebenso wie als Praktiker*innen und Theoretiker*innen –, zu befördern.

Selbstredend richten sich die Veranstaltungen deshalb nicht nur an die Stipendiat*innen und Vertrauensdozent*innen der Stiftung, im Zentrum dieser partizipatorischen Ansätze stehen vor allem all jene, die unter den neoliberalen Zuschnitten des Bildungswesens leiden und an unterschiedlichen Kämpfen um Bildung beteiligt sind.

Der «Salon★Bildung» knüpft ganz bewusst an die Tradition politischer Salons an: Wir laden Personen ein, die etwas Spannendes zu Themen emanzipatorischer Bildung zu sagen haben, und diskutieren mit ihnen in einer angenehmen Atmosphäre. Vier gut besuchte Veranstaltungen fanden 2018 statt. Die Themenpalette war groß: von Herbert Marcuses Pariser Vorlesungen «Kapitalismus und Opposition» über die neuesten Ergebnisse aus der erziehungswissenschaftlichen Ungleichheitsforschung und die Widersprüche im Demokratie- und Totalitarismusverständnis bis hin zu den Anforderungen an eine kritische Vermittlung politischer Ökonomie im Unterricht. Die Salons sind Inseln der Reflexion, auf denen mit Ei-

gensinn und auf entspannte Weise Suchbewegungen zur Orientierung und zur gegenseitigen Selbstverständigung freien Lauf gelassen werden. Das Ergebnis sind geteilte Wissens- und Urteilsvorräte gegen den neoliberalen Kapitalismus, die Zusammenhänge zwischen Wissen, Fakten und Widerstand stiften.

Das Gleiche gilt für die «Bildungswerkstätten»: Der Werkstattcharakter ist ein explizit experimentelles Format, das auf offene (Selbst-)Lernprozesse setzt und es erlaubt, unterschiedliche Methoden, etwa aus dem Bereich der Theaterpädagogik, zu wählen und gruppendynamische Prozesse zu ermöglichen. Dadurch wird die Mitmachschwelle niedrig gehalten und der Spaßfaktor erhöht.

Nachdem in der ersten Bildungswerkstatt «Auf den Schultern von Riesen» im Februar 2017 mit über 200 Teilnehmenden die Suche nach einem theoretischen Fundament linker Bildungspraxis im Vordergrund stand, haben wir uns bei der zweiten Werkstatt «Verbindende Bildung» im Februar 2018 mit mehr als 170 Teilnehmenden über transformatorisches Lernen im linken Mosaik ausgetauscht. Dabei standen unterschiedliche Praxisformen, Organisationslogiken und milieubedingte Handlungsweisen zur Diskussion, die kollektive Handlungsfähigkeit herstellen, ohne Vielfalt zu beschränken.

Ausgangspunkt für beide Formate, die von Marcus Hawel (Studienwerk) und Stefan Kalmring (Akademie für politische Bildung) koordiniert werden, ist die Idee, sich Zeit zu nehmen, Dinge zu durchdenken, auszuprobieren, sich auch auf Um- und Abwege zu begeben und nicht alles unter unmittelbaren Anwendungs-, Leistungs- oder Verwertungszwang zu stellen.



«Ohne Sozialismus ist Nachhaltigkeit nicht zu haben», sagt Christian Stache.

KAPITALISMUS UND NATURZERSTÖRUNG

INTERVIEW MIT DEM EHEMALIGEN PROMOTIONS-STIPENDIATEN CHRISTIAN STACHE

Du hast dich in deiner Promotion mit Kapitalismus und Naturzerstörung beschäftigt. Warum ist gerade der Kapitalismus so unerbittlich gegenüber der Natur?

Stache: Das liegt am historisch einzigartigen Verhältnis der kapitalistischen Akteure zueinander und zur Natur. Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, in der die wirklichen Produzenten des Reichtums, die Arbeiter und die Natur, voneinander getrennt sind und zur privaten Profitmaximierung in stetig wachsendem Maße ausgebeutet werden. In diesem Prozess spielen für das Kapital als Klasse die besonderen Qualitäten der Natur und die Auswirkungen von Produktion, Zirkulation und Konsumtion auf die Natur keine Rolle. Dabei ist die Natur als Quelle und Senke endlich. Ihre Qualitäten stehen teils im Widerspruch zu den Anforderungen der Kapitalakkumulation.

Steuern wir womöglich auf einen Punkt zu, von dem aus es nicht mehr möglich ist, die Erde für uns Menschen als bewohnbaren Planeten zu erhalten?

Stache: Wenn man die Kernaussagen der Klimaforschung zugrunde legt, besteht daran kein Zweifel. Und die Arbeiterklasse leidet bereits auf dem gesamten Globus unter den Folgen der kapitalistischen Entwicklung, Klimawandel inbegriffen – in den Peripherien selbstverständlich noch ärger. Die Natur ist

in vielfältiger Weise zerstört worden, während die herrschende Klasse ihre rettenden Inseln errichtet und sich in ihren Metropolen abschottet. Angesichts dessen dürfen wir nicht in Schockstarre verfallen. Vielmehr müssen wir die Panik an uns heranlassen, um die Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses auch als eine solche ernst zu nehmen und dem Gesellschaftssystem die Existenzfrage zu stellen.

Was können wir denn heute angesichts der vielfältigen Krisen aus den Einblicken in das gesellschaftliche Naturverhältnis lernen?

Stache: Zunächst einmal, dass business as usual keine Option ist. Kapitalistische Klassenverhältnisse in der Produktion, Privateigentum an Natur und der Markt als Organisator gesellschaftlicher Arbeit und Distributor des Arbeitsprodukts haben hinlänglich versagt. Man kann auch lernen, dass Auseinandersetzungen im ökosozialistischen Klassenkampf mit dem Kapital zunächst um die Produktion geführt werden müssen, weil dort Kohle abgebaut, Tiere ausgebeutet und getötet und Ressourcen für den Autobau angeeignet werden. Um die heutige Konstellation zu begreifen, müssen wir gesellschaftstheoretisch die Verdienste politisch-kultureller Herrschaftskritik bewahren, aber sie ausbeutungstheoretisch und sozioökonomisch erden.

Ist denn die Menschheit zu dieser Nachhaltigkeit imstande, wenn sie den Kapitalismus nicht überwindet?

Stache: Die Klimapolitik der letzten 30 Jahre hat die rücksichtslose Zerstörung der Natur im Wesentlichen nicht bekämpft, sondern ermöglicht. Man muss also gar nicht um den heißen Brei herumreden: Ohne Sozialismus ist Nachhaltigkeit nicht zu haben.

Hinsichtlich einer friedlichen Utopie im Umgang der Gesellschaft mit der Natur bleibst du am Ende deiner Arbeit erstaunlich sparsam mit Worten. Woran liegt das?

Stache: Ich halte gewissermaßen am Bilderverbot der kritischen Theorie fest. Aufgabe der Theorie ist die Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse und der sie verstellenden ideologischen Formen, nicht Utopismus, die Legitimation präfigurativer Subkulturszenen, Inszenierung neuer Subjektivitäten oder «linke» Politikberatung. Wenn sich kritische Theorie der politischen Schwäche der Linken anpasst, gibt sie sich selbst auf.

Man kann allerdings Grundkoordinaten benennen, zum Beispiel die gesellschaftliche Kontrolle, Verwaltung und Koordination der Produktionsmittel durch die Produzenten und ihre Verwendung im Einklang mit der Natur. Das schließt für mich auch die Anerkennung der Tiere durch das neue politische Gemeinwesen ein. Aber die exakte Ausgestaltung eines versöhnten Verhältnisses der Gesellschaft mit der Natur bleibt Gegenstand revolutionärer Praxis.

- Dr. Werner Abel**
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ravi Ahuja**
GAU Göttingen, Moderne indische Geschichte
- Dr. Freia Anders**
JGU Mainz, Geschichte
- Prof. Dr. Jörg Arnold**
MPI Freiburg, Strafrecht
- Dr. Felix Axster**
TU Berlin, Mittlere und Neuere Geschichte
- Dr. Dario Azzellini**
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kurt Bader**
Uni Lüneburg, Psychologie
- Andre Baier**
TU Berlin, Philosophie
- Dr. Nils Baratella**
Uni Oldenburg, Philosophie
- Prof. Dr. Klaus Bastian**
HTWK Leipzig, Mathematik
- Prof. Dr. Helga Baumgarten**
Uni Bir Zait, Palästina, Politikwissenschaft
- Dr. Gisela Baumgratz**
HS Fulda, Intercultural Education
- PD Dr. Johannes M. Becker**
Uni Marburg, Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Dr. Julia Becker**
Uni Osnabrück, Psychologie
- Prof. Dr. Lale Behzadi**
Uni Bamberg, Arabistik
- Prof. Dr. Bernd Belina**
Uni Frankfurt a. M., Humangeographie
- Dr. habil. Sebastian Berg**
Uni Bochum, Anglistik
- Dr. Elisabeth Berner**
Uni Potsdam, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Rita Bernhardt**
Uni Saarbrücken, Biologie
- Dr. phil. Peter Bescherer**
Uni Tübingen, Soziologie
- Prof. Dr. Henning Best**
TU Kaiserslautern, Soziologie
- Dr. Margrid Bircken**
Literaturwissenschaft
- Dr. Peter Birke**
GAU Göttingen, Soziologie
- Prof. Dr. Manuela Bojadzije**
Uni Lüneburg, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Dieter Boris**
Uni Marburg, Soziologie
- Prof. Dr. Ulrich Brand**
Uni Wien, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Bremer**
Uni Halle, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Micha Brumlik**
HU Berlin, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Hauke Brunkhorst**
Uni Flensburg, Soziologie
- Prof. Dr. Christian Brütt**
HS Darmstadt, Soziale Arbeit
- Prof. Dr. Michael Buckmiller**
Uni Hannover, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolf-D. Bukow**
Uni Köln, Sozialwissenschaft
- Dr. Zülfukar Cetin**
Uni Basel, Soziologie
- Dr. Georgia Christinidis**
Uni Rostock, Kulturwissenschaft
- Dr. Antonia Davidovic-Walther**
Kulturanthropologie
- Prof. Dr. Alex Demirović**
Sozialwissenschaft
- Dr. Christian Dietrich**
EUV Frankfurt (Oder), Neuere und Neueste Geschichte
- Dr. Ina Dietzsch**
TU Chemnitz, Ethnologie
- Dr. Thede Eckart**
Uni Marburg, Psychologie
- Dr. Andreas Eis**
Uni Kassel, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Esra Erdem**
ASH Berlin, Sozialwissenschaft
- Jun.-Prof. Karim Fereidooni**
Uni Bochum, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde
- Prof. Dr. Andreas Fisahn**
Uni Bielefeld, Rechtswissenschaft
- Prof. (i. R.) Dr. Peter Fleissner**
TU Wien, Informatik
- Dr. Fabian Frenzel**
Uni Leicester, Sozialwissenschaft
- Dr. Jens Gaitzsch**
Uni Basel, Chemie
- Dr. Udo Gerheim**
Uni Oldenburg, Soziologie
- Dr. Stefanie Graefe**
FSU Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Griewank**
HU Berlin, Mathematik
- Prof. Dr. Melanie Groß**
FH Kiel, Sozialwissenschaft
- Dr. Ayla Güler Saied**
Uni Köln, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez Rodriguez**
JLU Gießen, Sozialwissenschaft
- Dr. Noa Ha**
TU Berlin, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde
- Prof. Dr. Felix Hanschmann**
HU Berlin, Öffentliches Recht
- Prof. Dr. Johann Hartle**
HFG Karlsruhe, Philosophie
- Prof. Dr. Susanne Heeg**
Uni Frankfurt a. M., Geowissenschaft
- Dr. Stefan Heinz**
FU Berlin, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Arne Heise**
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Annette Henninger**
Uni Marburg, Politikwissenschaft
- Dr. Jutta Hergenhan**
JLU Gießen, Politikwissenschaft
- Dr. Cordelia Heß**
Uni Greifswald, Geschichte
- Dr. Andreas Heyer**
TU Braunschweig, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Uwe Hirschfeld**
EHS Dresden, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Rainer Hoffmann**
GAU Göttingen, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner**
TU Wien, Informatik
- Dr. Christian Horn**
CAU Kiel, Geschichte
- Jun.-Prof. Dr. Martin Horsch**
American University of Iraq/Sulaimani,
Informatik
- PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll**
Uni Marburg, Literaturwissenschaft
- Dr. phil. Carsten Jakobi**
JGU Mainz, Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Dirk Jörke**
TU Darmstadt, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ingrid Jungwirth**
HSRW Kleve, Sozialwissenschaft
- Jun.-Prof. Dr. Olaf Kaltmeier**
Uni Bielefeld, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Juliane Karakayali**
Ev. HS Berlin, Sozialwissenschaft
- Dr. Serhat Karakayali**
HU Berlin, Sozialwissenschaft

Dr. Ismail Karatepe
Uni Kassel, Gesellschaftswissenschaften

Apl. Prof. Dr. Mario Keßler
Geschichte

Prof. Dr. Klaus Peter Kisker
FU Berlin, Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. habil. Raimund Krämer
Uni Potsdam, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause
FH Nordhausen, Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Franz Krönig
TU Köln, Erziehungswissenschaft

Prof. em. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Gender Studies

Prof. Dr. Friederike Kuster
Uni Wuppertal, Philosophie

Prof. Dr. Kirsten Lehmkühl
TU Berlin, Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Thomas Lemke
Uni Frankfurt a.M., Soziologie

Prof. Dr. Stephan Lessenich
LMU München, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Manfred Liebel
FH Potsdam, Soziologie

Prof. Dr. Volker Lüderitz
FH Magdeburg, Agrarwissenschaft

Dr. Carmen Ludwig
JLU Gießen, Sozialwissenschaft

Dr. Jens Maeße
JLU Gießen, Sozialwissenschaft

Dr. Stefania Maffei
FU Berlin, Philosophie

Prof. Dr. Wolfgang Maiers
FH Magdeburg, Psychologie

Univ.-Prof. Dr. Angela Martini
Kulturwissenschaft

Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx
Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja
GAU Göttingen, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Konrad Meisig
JGU Mainz, Indologie

Dr. phil. Jana Mikota
Uni Siegen, Germanistik

Prof. Dr. John P. Neelsen
Uni Tübingen, Sozialwissenschaft

Dr. Dieter Nelles
Uni Bonn, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Karoline Noack
Uni Bonn, Sprach- und Kulturraumwissenschaften

Prof. Dr. Frank Nonnenmacher
Politikwissenschaft

Dr. Salvador Oberhaus
Geschichte

Prof. Michaela Ott
HFBK Hamburg, Ästhetische Theorien

Dr. phil. Marc Partetzke
Uni Bremen, Politikwissenschaft

Dr. Stefan Paulus
FHS St. Gallen, Soziologie

Prof. Dr. Martin Pinquart
Uni Marburg, Psychologie

Prof. Dr. Jan Pinseler
FH Magdeburg, Kommunikationswissenschaft

Dr. rer. pol. Andrea Plöger
ASH Berlin, Entwicklungspolitik

Dr. phil. Heike Raab
Uni Tübingen, Sozialwissenschaft

Dr. Matthias Rätzer
TU Chemnitz, Sozialwissenschaft

Dr. Jan Rehmann
Uni New York, Philosophie

Dr. Katrin Reimer
FH Magdeburg, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Ursula Reitemeyer
Uni Münster, Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Tilman Reitz
FSU Jena, Philosophie

Prof. Dr. Steffi Richter
Uni Leipzig, Kulturwissenschaft

Dr. Dominik Rigoll
Geschichte

Prof. Dr. Eckhard Rohmann
Uni Marburg, Erziehungswissenschaft

Prof. apl. Dr. Karla Rost
TU Chemnitz, Mathematik

Prof. (i.R.) Dr. Werner Ruf
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Oliver Rump
HTW Berlin, Museologie

Prof. Dr. Ulrich Ruschig
Uni Oldenburg, Philosophie

Dr. phil. Reyhan Sahin
Uni Hamburg, Allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft

Prof. Dr. David Salomon
Uni Hildesheim, Politikwissenschaft

Dr. Martin Sauber
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Barbara Schäuble
ASH Berlin, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Renatus Schenkel
FH Magdeburg, Journalistik

Prof. Tilman Schiel
Uni Passau, Südostasienwissenschaft

Dr. Anja Schmidt
Uni Halle, Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Jörg Schmidt
HS Anhalt, Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Reimund Schmidt-De Caluwe
Uni Halle, Rechtswissenschaft

Dr. Imke Schmincke
LMU München, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Lars Schmitt
HS Düsseldorf, Sozialwissenschaft

Dr. habil. Rainer Schnoor
Geschichte

Prof. Dr. Volker Schöppner
Uni Paderborn, Allgemeine Ingenieurwissenschaft

Dr. phil. Jörg Schröder
Uni Rostock, Sportwissenschaft

Dr. Frank Schubert
Uni Potsdam, Medienwissenschaft

Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert
Uni Halle, Verkehrswesen

Prof. Dr. Erika Schulze
FH Bielefeld, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Volker Schürmann
DSHS Köln, Philosophie

Dr. Christian Seipel
Uni Hildesheim, Sozialwissenschaft

Dr. Alexander Silbersdorff
GAU Göttingen, Statistik

Prof. Dr. Hans-Dieter Sill
Uni Rostock, Mathematik

Dr. Robert Sommer
HU Berlin, Geschichts- und Kulturwissenschaften

Prof. Dr. Ruth Sonderegger
ABK Wien, Philosophie

Prof. Dr. Susanne Spindler
HS Düsseldorf, Soziologie

Dr. Chris Tedjasukmana
FU Berlin, Filmwissenschaft

Prof. Dr. Andreas Teubner
FH Zwickau, Rechtswissenschaft

Dr. Angelika Timm
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Patrizia Tolle
FH Frankfurt a. M., Pflege- und Gesundheitswissenschaft

Dr. Ben Trott
Uni Lüneburg, Philosophie

Dr. Vassilis Tsianos
Uni Hamburg, Philosophie

Dr. Pinar Tuzcu
Uni Kassel, Soziologie

Dr. phil. Dr. rer. med. Peter Ullrich
TU Berlin, Sozialwissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe
Uni Wien, Soziologie

Prof. Dr. Fabian Virchow
HS Düsseldorf, Soziologie

Prof. Dr. Friedemann Vogel
Uni Siegen, Germanistische Linguistik

Prof. Dr. Hans Walz
HS Weingarten, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Klaus Weber
FH München, Psychologie

Prof. Dr. Martina Weber
HS Emden/Leer, Gender Studies

Prof. Dr. Barbara Wedler
FH Mittweida, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Klaus Weinhauser
Uni Bielefeld, Geschichte

PD Dr. Wolfgang Weiß
Uni Greifswald, Geografie

Dr. Christa Wichterich
Soziologie

Dr. Maria Katharina Wiedlack
Uni Wien, Gender Studies

Prof. Dr. Hanns Wienold
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Kathrin Wildner
HCU Hamburg, Wirtschaftsgeographie

Prof. Dr. Werner Winzerling
HS Fulda, Informatik

Prof. Dr. Markus Wissen
HWR Berlin, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde

Dr. rer. nat. Markus Wöhr
Uni Marburg, Psychologie

Dr. Safiye Yildiz
Uni Tübingen, Entwicklungspolitik

PD Dr. Aram Ziai
Uni Kassel, Sozialwissenschaft

Dr. Birgit zur Nieden
HU Berlin, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Bedingungen und Anforderungen der Politischen Kommunikation haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Die Mitarbeiter*innen des Bereichs haben diese Herausforderungen angenommen. Vor allem Online-Präsenz und Social-Media-Aktivitäten konnten 2018 ausgebaut werden. Zentrale Projekte waren die mediale Begleitung der großen Geschichtsjubiläen wie 200 Jahre Karl Marx und 100 Jahre Novemberrevolution mit Themenseiten, Livestreams, einer Online-Chronik und Videodokumentationen. Die 2017 erfolgreich eingeführte Reihe der Monatsdossiers wurde fortgesetzt – zu Themen wie «Ein Jahr Donald Trump» im Januar über den «NSU-Komplex» im Juli bis zum «Weltklimagipfel» im Dezember. Unsere Webseite www.rosalux.de hatte 2018 rund zwei Millionen Besuche mit zehn Millionen Seitenimpressionen.

Die Social-Media-Präsenz wurde weiter ausgebaut. Ende 2018 hatten wir 67.500 Facebook-Fans, 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl unserer Twitter-Follower ist auf 20.673 gestiegen. Das sind 4.562 mehr als 2017. Zudem wurden die Weichen für den Ausbau der digitalen Kommunikation gestellt.

Veranstaltungsangebote und Publikationen gehören zum Kerngeschäft der Politischen Kommunikation. Höhepunkte des Veranstaltungskalenders waren die fünftägige «Marx200»-Konferenz mit über 1.300 Teilnehmer*innen und das «Fest der Linken» mit einem bunten Programm aus Politik und Kultur. Wir haben auch Neues ausprobiert: In einem politischen Theaterstück «Das Gesundheitstribunal» standen professionelle Schauspieler*innen und Pflegekräfte gemeinsam auf der Bühne und begeisterten ihr Publikum. Im Durchschnitt hat das Veranstaltungsmanagement monatlich zwei Konferenzen organisiert und elf Salon-Veranstaltungen betreut. Darüber hinaus wurden 43 Besuchergruppen empfangen.

Das Referat Publikationen war im Jahresverlauf für mehr als 80 Veröffentlichungen verantwortlich. In der Reihe «Materialien» erschienen unter anderem Publikationen zum weiteren Erstarken der europäischen Rechten, zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland sowie zu den Perspektiven für eine friedliche deutsche Außenpolitik. Ein neues Heft in der Reihe «luxemburg argumente» von Jan van Aken räumt mit Irrtümern und Mythen rund um deutsche Waffenexporte auf. Thematisch besonders wichtige und nachgefragte Publikationen erscheinen mittlerweile in einer Erstauflage von 10.000 Exemplaren. Ausgebaut wurde der Zweig der Online-Publikationen. Fast jede zweite Veröffentlichung erscheint nur noch digital. Fortgesetzt hat die Stiftung ihre Kooperation mit linken Verlagen wie VSA und Unrast sowie die Präsentation ihres Angebots auf der Leipziger und Frankfurter Buchmesse. Die Veranstaltungsreihe «Linke Literatur im Gespräch» fand auch 2018 große Resonanz.

EINE VERLÄSSLICHE QUELLE

DIE NEUE ENGLISCHSPRACHIGE WEBSEITE

Als linke, global agierende Einrichtung der politischen Bildung mit Regional- und Länderbüros an mehr als 20 Standorten weltweit bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf ihrer Webseite Analysen, Hintergrundinformationen und andere Inhalte zu aktuellen Themen an. Die Veröffentlichung dieser Beiträge in englischer Sprache erfolgte lange Zeit eher sporadisch und ohne redaktionelle Betreuung. Seit dem Frühjahr 2018 gibt es nun eine zweiköpfige englischsprachige Online-Redaktion, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Arbeit der Stiftung einer internationalen Öffentlichkeit systematischer und kohärenter zu präsentieren.

Zusätzlich zu den Übersetzungen der Inhalte der deutschsprachigen Homepage werden Beiträge aus Deutschland angeboten, die sich explizit an eine internationale Öffentlichkeit wenden, um ihr die Diskurse in Deutschland näherzubringen. Dadurch wird zum einen die Arbeit der Stiftung für ausländische Projektpartner nachvollziehbarer und anschaulicher, zum anderen wird das Profil der Stiftung als verlässliche Quelle für Nachrichten, politische Einschätzungen und interessante Inhalte geschärft.

Durch die Professionalisierung des englischsprachigen Netzauftritts versuchen wir zudem, der gewachsenen internationalen Bedeutung und Größe der Stiftung gerecht zu werden: Als weltweit arbeitende Organisation spricht nur ein Bruchteil unserer Partner*innen Deutsch, die Qualität der englischsprachigen Beiträge variierte je nach Autor*in sehr stark und die inhaltliche Planung und publizistische Realisierung von komplexen Themen wie Online-Dossiers war ohne eigenständige englischsprachige Redaktion nicht möglich.

In einem ersten Schritt wurde deshalb der bisherige englischsprachige Auftritt der Stiftung gründlich lektoriert und überarbeitet. Anschließend wurden eigenständig Texte geplant, geschrieben oder in Auftrag gegeben. Ein weiterer Vorteil der neuen Redaktion ist, dass englischsprachige Texte, die intern produziert wurden, nun schneller lektoriert und Korrektur gelesen werden können. Seitdem arbeiten die Kolleg*innen kontinuierlich daran, den englischsprachigen Auftritt auszubauen, zu professionalisieren und mit Inhalten zu füllen.

Darüber hinaus betreibt die englischsprachige Redaktion zwei Social-Media-Kanäle in Form von Twitter- (@rosalux_global) und Facebook-Seiten (@rosaluxglobal). Diese haben sich als sehr effektive Möglichkeit erwiesen, um die Anzahl der Nutzer*innen der Webseite zu erhöhen: Seit ihrer Einrichtung Ende September 2018 haben sich die täglichen Besucherzahlen fast verdoppelt.

Für 2019 sind eine Reihe von Kooperationen mit Verlagen und anderen Medienpartnern geplant, um die politische Arbeit der Stiftung in der internationalen Öffentlichkeit sichtbarer zu machen und nachhaltig zu verankern. Zentral wird dabei der Beitrag der Auslandsbüros sein, die in enger Abstimmung mit den Forschungsprojekten in Deutschland nationale Diskurse

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DEN SOZIALEN MEDIEN



FACEBOOK

www.facebook.com/rosaluxstiftung



TWITTER

twitter.com/rosaluxstiftung



DIASPORA

diasporafoundation.org



YOUTUBE

www.youtube.com/user/rosaluxstiftung



FLICKR

www.flickr.com/photos/rosalux



SOUNDCLOUD

<https://soundcloud.com/rosaluxstiftung>

öffnen und internationale Gesichtspunkte einbringen, um linken Antworten auf globale Probleme eine starke Stimme zu verleihen.

GUTE ARBEIT AUCH FÜR FREIE

UNTERSUCHUNG ZUR SOZIALEN UND BERUFLICHEN SITUATION VON FREIEN MITARBEITER*INNEN BEI ARD, ZDF & CO.

Mit der sozialen Lage freier Mitarbeiter*innen im öffentlichen Rundfunk befasst sich eine breit angelegte Untersuchung, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE 2018 in Auftrag gegeben worden ist. Das Beratungsunternehmen Langer Media Consulting legte dafür zwischen Juni und August 2018 mehr als 2.600 Freiberufler*innen, die bundesweit für gut ein Dutzend Sendeanstalten – darunter der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), der Bayerische Rundfunk, MDR, WDR, ZDF und die Deutsche Welle – tätig sind, einen Online-Fragenkatalog vor. Die befragten Redakteur*innen, Autor*innen, Cutter*innen und Moderator*innen ebenso wie freie Tonmeister*innen, Nachrichtensprecher*innen und Regisseur*innen beantworteten mehr als 100 Einzelfragen zu ihrer Beschäftigungssituation, zu Einkommen, Altersvorsorge, Arbeitsklima, Diskriminierung und beruflicher Perspektive.

Die Ergebnisse, die in der 60-seitigen Publikation «Beschäftigte zweiter Klasse? Gute Arbeit auch für Freie» vorgelegt wurden, sind besorgniserregend: Mehr als 50 Prozent der Befragten gaben an, mit ihrer Beschäftigung ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten zu können. Nicht selten müssen sie für zwei

oder drei, mitunter auch für noch mehr Auftraggeber arbeiten. Zwei Drittel der Freien betrachten sich bei der Vergütung gegenüber ihren fest angestellten Kolleg*innen als benachteiligt, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten. Vier von fünf Freien gehen davon aus, nicht genug Geld für die Rente ansparen zu können. Insgesamt macht das Dasein als Freie anscheinend nicht glücklich: Etwa 70 Prozent der Befragten wären lieber in ihrem Beruf fest angestellt.

.....

Gute Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Beschäftigten der öffentlich-rechtlichen Sender sind aber Voraussetzung für ein inhaltlich wie handwerklich hervorragend gestaltetes und somit vertrauenswürdige Rundfunkangebot. Oder, wie es Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf einer Pressekonferenz sagte: «Es geht um Qualität statt Quote.»

.....

Von den rund 42.000 Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik sind etwa 19.000 freiberuflich tätig. Einige von ihnen werden von den Sendern arbeitnehmerähnlich nach Tarifvertrag beschäftigt, in anderen Sendern findet der Tarifvertrag aus Unkenntnis oder fehlender Interessenvertretung keine Anwendung; bundesweit existieren zudem 30 separate Tarifverträge. Andere Freie arbeiten als

Pauschalist*innen mit einem monatlichen Fixum oder besonders prekär auf Basis von Tageshonoraren, wobei bundesweit zwölf Honorarraumen existieren.

Nicht minder alarmierend sind die Ergebnisse zu Diskriminierungserfahrungen von Freien: Etwa jede*r Zweite berichtet in der Studie davon, schon einmal Missstände wie Mobbing oder sexualisierte Belästigung beobachtet zu haben. Mehr als 500 Befragte gaben an, selbst bereits Opfer von Diskriminierung geworden zu sein. Viele schilderten ganz konkret Fälle von sexuellen Übergriffen, von Benachteiligung aufgrund von Hautfarbe oder Alter und von Demütigung am Arbeitsplatz. Die Medienresonanz auf die Untersuchung war groß und reichte von Berichten in der *tageszeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bis zu einem Audiobeitrag im Medienmagazin des rbb-Senders Radioeins. Auf einer gut besuchten Abendveranstaltung in Berlin ordneten die medienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Doris Achelwilm, sowie Medienexperte und Stiftungsmitglied Heiko Hilker die Ergebnisse ein. Über Bewertung und Perspektiven für bessere Arbeitsbedingungen diskutierten vor etwa 70 Zuhörer*innen zudem Vertreter*innen von Sendeanstalten und Beschäftigte, darunter die ARD-Freienrätin Dagmar Bednarek, der stellvertretende rbb-Personalchef Nikolaus Bielefeld und der Intendant von Radio Bremen, Jan Metzger. «Unser Beratungsalltag spiegelt genau das wider, was die Studie zutage gefördert hat», unterstrich Bednarek.

Szenische Lesung zur Eröffnung der Podiumsdiskussion im Rahmen der Veröffentlichung der Untersuchung «Gute Arbeit auch für Freie».





AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SCHRIFTENREIHEN DER STIFTUNG

Timo Daum
Das Auto im digitalen Kapitalismus
 Dieselskandal, Elektroantrieb, autonomes Fahren und die Zukunft der Mobilität
 Broschur, 96 Seiten
 ISBN 978-3-9818987-3-6

Jochen Weichold
Die Weisheit der Partei
 Ein Abriss der Geschichte des Ältestenrats der Linken
 Broschur, 163 Seiten
 ISBN 978-3-9818987-6-7

Christa Luft
Wider den Marktradikalismus
 Herausforderungen für ökonomische Theorie und linke Wirtschaftspolitik
 Analysen Nr. 46, 36 Seiten
 ISSN 2194-2951

Rainald Ötsch, Axel Troost
Chance vertan
 Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte – eine Bilanz
 Analysen Nr. 47, 44 Seiten
 ISSN 2194-2951

Klaus Steinitz, Axel Troost
Versprechen nicht erfüllt
 Zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit dem Herbst 1989
 Analysen Nr. 48, 40 Seiten
 ISSN 2194-2951

Felix Syrovatka, Etienne Schneider, Thomas Sablowski
Zwischen stiller Revolution und Zerfall
 Der Kapitalismus in der Europäischen Union nach zehn Jahren Krise
 Analysen Nr. 49, 32 Seiten
 ISSN 2194-2951

Jan van Aken
«Kein Panzer geht in Kriegsgebiete»
 Irrtümer und Mythen über Waffenexporte – und warum wir ihre Verbote brauchen
 luxemburg argumente Nr. 16
 40 Seiten, ISSN 2193-5831

Horst Adam (Hrsg.)
Kritische Pädagogik 4
 Fragen – Versuch von Antworten
 Manuskripte Neue Folge Nr. 21
 130 Seiten, ISSN 2194-864X

Mario Candeias (Hrsg.)
Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung
 Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien
 Materialien Nr. 24, 64 Seiten
 ISSN 2199-7713

Bernd Hüttner, Axel Weipert (Hrsg.)
Emanzipation und Enttäuschung
 Perspektiven auf die Novemberrevolution 1918/19
 Materialien Nr. 25, 64 Seiten
 ISSN 2199-7713

Ingar Solty (Hrsg.)
Eine Welt ohne Gewalt
 Perspektiven friedlicher Außenpolitik und zivile Ansätze der globalen Krisenprävention
 Materialien Nr. 26, 32 Seiten
 ISSN 2199-7713

IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Paul Levi
Ohne einen Tropfen Lakaienblut
 Schriften, Reden, Briefe – Band I/1 und Band I/2: Spartakus
 Hrsg. von Jörn Schütrumpf
 Hardcover, 1.922 Seiten
 ISBN I/1 978-3-320-02343-0
 ISBN I/2 978-3-320-02344-7

Jörn Schütrumpf (Hrsg.)
«Spartakusaufstand»
 Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin
 640 Seiten, gebunden
 ISBN 978-3-320-02357-7

Kate Evans
Rosa
 Die Graphic Novel über Rosa Luxemburg
 Broschur, 228 Seiten
 ISBN 978-3-320-02355-3

IM VSA-VERLAG

Joachim Bischoff u. a.
Rechtspopulismus in Gewerkschaften
 Eine arbeitsweltliche Spurensuche
 Taschenbuch, 216 Seiten
 ISBN 978-3-89965-830-9

Marcus Havel (Hrsg.)
Work in Progress. Work on Progress
 Beiträge kritischer Wissenschaft.
 Doktorand*innenjahrbuch 2018 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Taschenbuch, 216 Seiten
 ISBN 978-3-89965-890-3

IM UNRAST-VERLAG

Günter Piening
Die Macht der Migration
 Zehn Gespräche zu Mobilität und Kapitalismus
 Hrsg. von Massimo Perinelli
 Broschur, 112 Seiten
 ISBN 978-3-89771-249-2

Alle Publikationen, mit Ausnahme der im Karl Dietz Verlag Berlin erschienenen, stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung.

BERICHTE AUS DER STIFTUNG

WOFÜR MACHEN WIR DAS EIGENTLICH?

EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUR AUSRICHTUNG
DER STIFTUNGSARBEIT

Wie alle politischen Stiftungen hat auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung zugewiesene Aufgaben, die sich sowohl aus den selbst gesetzten Zielen als auch aus den vorgegebenen Rahmenbedingungen (etwa durch das Bundesverfassungsgericht, die Haushaltsgesetze oder Förderbedingungen) ergeben.

Unsere Aufgaben lassen sich grob in sieben Punkten zusammenfassen: Gesellschaftsanalyse, politische Bildung, Politikberatung/-begleitung, internationale Dialogarbeit, Netzwerk- und Partnerarbeit, Begabtenförderung sowie Archivarbeit. Gewöhnlich geht eine Organisation zwei oder drei dieser Aufgaben nach. Das bedeutet, dass keine andere Organisation all diese Aufgaben zusammenfasst, nicht im Feld der politischen Bildungseinrichtungen, nicht in der Entwicklungszusammenarbeit, nicht in der Studienförderung – nur die politischen Stiftungen. Die Besonderheit der politischen Stiftungen besteht im Verbinden dieser Komponenten. Dies ist natürlich eine Herausforderung; jede dieser Aufgaben braucht Spezialwissen und bestimmte Prozesse. Dafür können wir aber Verknüpfungen herstellen, die uns wesentlich interessanter machen und ungeheuer viele Möglichkeiten bieten, wenn wir bereit sind, uns aus den Logiken der jeweiligen Teilgebiete ein wenig herauszulösen.

Dabei ist klar, dass sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer politischen Ausrichtung an andere Zielgruppen wendet als andere Stiftungen, ausgehend von der demokratisch-sozialistischen Grundströmung und der Nähe zur Partei DIE LINKE, auf die wir uns beziehen. Ziel der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit ihrer Gründung 1990 die Stärkung einer demokratisch-sozialistischen Grundströmung in Deutschland, in Europa und weltweit. Wir sehen uns in der Tradition der Proteste gegen Kapitalismus, Unterdrückung und Krieg. Unser Verständnis des demokratischen Sozialismus knüpft an Rosa Luxemburg an: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Solidarität verbindet Freiheit und Gleichheit und ist eine zentrale Handlungsgrundlage. Dazu ist eine Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung bedeutet dies, an einer Perspektive zu arbeiten, die künftig expliziter von Sozialismus spricht, einem Sozialismus freilich, der viele Menschen einbezieht und dazu einlädt, sich gemeinsam auf die Suche und auf den Weg zu machen. Ausgangspunkt für diesen demokratischen Sozialismus sind egalitäre und freiheitliche Rechte und eine klare Utopie ebenso wie das Wissen um die wachsende Krisenanfälligkeit, die fehlende Lösungsfähigkeit und die zunehmende Ungerechtigkeit des real existierenden Kapitalismus. Dabei sind wir uns der Irrwege, Opfer und auch

geschehener Verbrechen in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus nur zu bewusst.

Diese Suche nach einer sozialistischen Perspektive schließt für die Stiftung ein, Widersprüche und Zielkonflikte offen zu thematisieren. In der Geschichte sozialistischer und anderer emanzipatorischer Bewegungen sind solche Widersprüche nichts Neues, der Umgang mit ihnen war mal mehr, mal weniger produktiv. Unterschiedliche Interessenlagen und Ausgangspunkte für Emanzipationsbestrebungen sollten zunächst einmal als jeweils legitim anerkannt werden, ohne sie sofort nach vermeintlich wichtigeren oder nebensächlicheren zu kategorisieren, um dann aber eine Aushandlung dieser unterschiedlichen Interessenlagen für eine verbindende Perspektive von Gleichheit und Demokratie, für eine zusammenführende sozialistische Politik herbeizuführen. Darin haben feministische und queere Positionen ebenso ihren Platz wie sozialökonomische Interessen von Beschäftigten, ökologische Notwendigkeiten genauso wie die Forderungen von postmigrantischen Akteur*innen. Diese Verbindung wird immer fragil sein, immer auch auf Differenz beruhen und folglich einer stetigen Aushandlung bedürfen, zu der auch, aber nicht ausschließlich Selbstrepräsentation gehört. Auch dazu kann die Rosa-Luxemburg-Stiftung beitragen. Dies schließt den Respekt vor denjenigen ein, deren berufliche Arbeit oder Lebenslage zu wenig Aufmerksamkeit erlangt, und zugleich die Notwendigkeit, diese durch Sichtbarmachung zu stärken sowie eine umfassende Vielfalt aufzuzeigen und zu leben.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfolgt, ausgehend von den erwähnten unterschiedlichen Funktionen, eine Vielzahl von Aufgaben und Themen, spricht vielfältige Zielgruppen bzw. Milieus an und arbeitet auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Diese Komplexität unterscheidet uns von anderen politischen Organisationen, die in diesen Fragen fokussierter sein können. Vielfalt macht unsere Arbeit nicht leichter, sie ist aber richtig und, nur scheinbar paradox, ein Alleinstellungsmerkmal. Als Rosa-Luxemburg-Stiftung können wir Menschen in ihrer Entwicklung unterstützen, zu ihrer Entfaltung und Vernetzung beitragen, ohne Paternalismus und Vorgaben. Wir sollten noch stärker als bisher in diesen Kategorien der Ermutigung, des Empowerment, der Vernetzung und Entwicklung denken und zuweilen etwas weniger in Projektlogiken und Themen. Manche Initiativen in der Jugendbildung, ein Vorhaben wie der «Young Migrants Blog», die «Arbeit in der Fläche» durch Landesstiftungen und Rosa-Luxemburg-Clubs, die niedrigschwellige Kooperation mit kleinen Initiativen in Form der externen Projektförderung, all das sind, neben der Förderung von Stipendiat*innen, wichtige Beiträge und gleichzeitig auch gute Beispiele dafür, worum es in der Stiftungsarbeit noch stärker gehen sollte. Das bedeutet dann gelegentlich auch, eine gewisse Unübersichtlichkeit und Vielstimmigkeit in Kauf zu nehmen. Es meint auch, notwendige Verwaltungsaufgaben begleitend zu erleichtern und Experimente zuzulassen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist stolz darauf, dass der Anteil an geförderten Stipendiat*innen, die aus Familien stammen,



Wissenschaftler*innen in Köln solidarisieren sich mit dem Kampf von Nuriye Gülmen und Semih Özakça gegen ihre Berufsverbote in der Türkei.

in denen sie die Ersten sind, die studieren können, besonders hoch ist. Das Programm «Lux like Studium» hat dies maßgeblich mit ermöglicht. Auch dies ist ein Beitrag zu einer Stiftung, die viele und unterschiedliche Gruppen unterstützt und als Partner*innen betrachtet, nicht nur ein klassisch linksalternatives Bildungsbürgertum und politische Aktivist*innen, zwei Hauptgruppen unserer Arbeit, über die hinaus wir aber weitere ansprechen wollen. Dies verlangt eine Veränderung unserer Arbeit.

Ermutigung, das meint auch eine ebenso symbolische wie praktische Solidarität mit denen, die durch Nationalismus und Hass besonders bedroht sind, ganz gleich in welchem Land und durch wen. Das bedeutet zum Beispiel konkret, dass wir als Stiftung gefährdete türkische Wissenschaftler*innen und Aktive solidarisch unterstützen, auch wenn wir wissen, dass unser Beitrag, gemessen an den massiven Problemen, nur ein kleiner sein kann. In anderer Weise geht es etwa um die Unterstützung von Akteur*innen, die in Deutschland wichtige Demokratie- und Diversitätsprojekte im Kultur- und Bildungsbereich betreiben und von Anhänger*innen einer «illiberalen Demokratie» massiv angegriffen werden.

Worum es also in unserer Arbeit auch geht, neben weiterhin vielen bewährten Veranstaltungen, Publikationen, Bildungsreisen, Seminaren und thematischen Zugängen: um Ermutigung und Entwicklung von Menschen, ihren Netzwerken und um eine Verdichtung dieser Impulse. Um eine Verbreiterung des Kreises der Menschen und Gruppen, mit denen wir zusammenarbeiten und die wir so unterstützen möchten. Es geht um eine analytisch-intellektuelle Offenheit, Suche und Begriffsbildung, auch dann, wenn es politisch schmerzhaft wird, denn ohne überzeugende Diagnosen werden wir keine Therapien und Gegenstrategien gegen eine verbreitete Verschiebung nach rechts entwickeln können. Nicht zuletzt geht es um etwas mehr Mut zu kleinen Versuchen, auch auf die Gefahr hin, einmal zu scheitern.

Florian Weis

Grundsteinlegung an Rosa Luxemburgs 147. Geburtstag: Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann und Geschäftsführer Florian Weis lassen am 5. März 2018 die Zeitkapsel in das Gebäudefundament ein. Unter den etwa 80 Gästen sind auch der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch, sowie die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gesine Löttsch, der Bundesschatzmeister Thomas Nord und die Berliner Landesvorsitzende der LINKEN, Katina Schubert. Gebaut werden rund 3.500 Quadratmeter, verteilt auf neun Etagen plus Kellergeschoss. Neben den Büroräumen wird es einen öffentlich zugänglichen Bereich für Veranstaltungen und Ausstellungen, eine Bibliothek und ein Archiv geben.



NEUES GEBÄUDE NIMMT GESTALT AN STIFTUNG KÄMPFT MIT DER BAUKONJUNKTUR

Bauen ist eine komplexe Angelegenheit. Das erfährt derzeit auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bereits 2016 konnte nach einem Architektenwettbewerb mit KIM Nalleweg & Trujillo ein junges Generalplanerteam beauftragt werden. Doch erst im August 2017 erhielt die Stiftung den endgültigen Zuwendungsbescheid des Bundes über 20,4 Millionen Euro Fördermittel, nachdem der Bundestag diese Summe 2014 bewilligt hatte. Bis in den März 2018 hinein dauerten die komplizierten Erdbauarbeiten: Die nahe gelegene Bahntrasse am Ostbahnhof sowie das hohe Grundwasser verlangten dem Tiefbauunternehmen einiges ab. Anfang April 2018 konnte dann endlich mit dem Rohbau begonnen werden, nachdem am 5. März, dem 147. Geburtstag von Rosa Luxemburg, der Grundstein gelegt worden war. Aufgrund der boomenden Konjunktur im Baugewerbe ist es jedoch gar nicht so einfach, Fachfirmen zu finden. Preise, die im März 2017 noch galten, sind im März 2018 schon Geschichte. So sich also überhaupt Handwerksfirmen an den öffentlichen Ausschreibungen der Stiftung beteiligen, liegen die Angebote meist jenseits des geplanten Budgets. 20 Prozent Aufschlag sind keine Seltenheit, sondern eher der Standard. Dennoch wächst das Gebäude Etage für Etage. Etwa einen Monat benötigt das Rohbauunternehmen in Abstimmung mit den Elektrik- und Heizungsbaufirmen, die ihrerseits Leerrohre und Betonkernaktivierung verlegen, für ein Stockwerk.

Insgesamt wird der neue Sitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin neun Etagen bekommen. Eine besondere Herausforderung stellt der Innenausbau des Gebäudes in den untenliegenden Etagen parallel zum Rohbaugeschehen oberhalb der fünften Etage dar. Eine dahingehende Planung wurde nötig, da die Betonarbeiten des Rohbauunternehmens deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen, als ursprünglich vorgesehen war. Etwas optimistischer kann die Bauherrin derzeit auf die Finanzierung des Bauvorhabens schauen, denn auch dem

Bund blieben die Kostenexplosionen auf dem Markt nicht verborgen. So hat der Deutsche Bundestag in Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber, dem Bundesinnenministerium, der Stiftung zusätzlich vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Während der Generalplaner nun nach eingehender Prüfung der Angebote Vergabeempfehlungen für die Tischler-, Fußboden-, Maler- und Lackierarbeiten formuliert, laufen in der Stiftung die Abstimmungen zur Medien- und Veranstaltungstechnik, zum Ausbau der Bibliotheksetage und zum Bewirtschaftungskonzept. Insgesamt sollen im neuen Gebäude Räumlichkeiten für mehr als 150 Stiftungsmitarbeiter*innen entstehen. Da die Stiftung in den vergangenen Jahren jedoch deutlich gewachsen ist, wird sie ihren aktuellen Standort am Franz-Mehring-Platz 1 nicht aufgeben und zukünftig über zwei Sitze in Berlin verfügen. Der Bezug des Büro- und Veranstaltungsgebäudes am Postbahnhof ist für das Frühjahr 2020 geplant. Bis dahin gilt es, die Fäden des Gesamtvorhabens weiter fest in den Händen zu halten.

ENTFERNUNG DER GEDENKTAFEL FÜR ROSA LUXEMBURG IN ZAMOŚĆ

Im März 2018 wurde in Zamość eine Gedenktafel entfernt, die an die 1871 in der Stadt geborene Rosa Luxemburg erinnerte. Die Entfernung erfolgte auf Anweisung des von der Regierung eingesetzten Woiwoden in Lublin, der sich auf ein Gesetz zur Säuberung des öffentlichen Raums vom Kommunismus berief. Auf der Tafel stand lediglich, dass Rosa Luxemburg hier in dem betreffenden Jahr geboren worden und eine hervorragende Vertreterin der internationalen Arbeiterbewegung gewesen ist. Das genügte den regierenden Nationalkonservativen auf dem Höhepunkt der antikommunistischen Hysterie, um die Tafel aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

In Polens Verfassung von 1997 wurde ein Artikel aufgenommen, dem zufolge politische Parteien verboten sind, die die Praxis totalitärer Systeme propagieren. Dieses Verfassungs-



Weil sie den Straftatbestand der «kommunistischen Propaganda» erfülle, wurde die Gedenktafel Rosa Luxemburgs in Zamość im März 2018 entfernt.

gebot entfremdeten die Nationalkonservativen nach der Regierungsübernahme im Herbst 2015 kurzerhand zu einem umfassenden gesetzlichen Verbot, den Kommunismus zu propagieren. Um dieses Verbot durchzusetzen, wurde regierungsseitig in die Kompetenzen lokaler Körperschaften eingegriffen, so wie im Falle der Gedenktafel in Zamość. Es geht in erster Linie um die Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden, um Denkmäler und Gedenktafeln. Namen von Einrichtungen sind davon noch nicht betroffen, doch drohten Regierungsvertreter in der Öffentlichkeit, auch daran bereits zu arbeiten.

Die Gedenktafel bleibt Eigentum der Stadt Zamość, darf aber – so die Regierung – öffentlich allenfalls als Museumsstück oder auf dem Friedhof gezeigt werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Gedenktafel nicht zerstört worden ist, sondern vorerst sicher aufbewahrt wird. Da die auf dem Boden der Verfassung stehenden Oppositionsparteien angekündigt haben, bei einer Regierungsübernahme nach Parlamentswahlen den Kommunen die gesetzlichen Kompetenzen für das öffentliche Erinnern umgehend zurückzugeben, bleibt zu hoffen, dass die Stadt Zamość ihrer weltberühmten Tochter künftig wieder öffentlich gedenken wird.

REISEND LERNEN

BILDUNGSREISEN MIT DEN LANDESSTIFTUNGEN

Athen, im April 2018: Die 20 Teilnehmer*innen der Bildungsreise «Griechenland und die Krise der europäischen Migrationspolitik» besuchen das Hotel City Plaza, ein von rund 400 Geflüchteten, unter ihnen etwa 185 Kinder, bewohntes Gebäude im Zentrum der Stadt. Die Unterkunft ist vollständig selbstverwaltet, Geflüchtete und Aktivist*innen sorgen gemeinsam dafür, dass es drei Mahlzeiten täglich und eine grundlegende medizinische Versorgung gibt, dass Sprachkurse und Workshops angeboten werden, zudem betreiben sie ein Café. Das 2016 besetzte Hotel ist nicht nur zum Symbol

des Kampfes um die Rechte von Geflüchteten in Griechenland geworden, sondern auch zum Symbol der Hoffnung. Wir sprechen mit Elena von der Kommunikationsgruppe der Besetzer*innen, sie führt uns durch das Gebäude, berichtet über die Besetzungsgeschichte des Hauses, die Herausforderungen der Selbstorganisation und die politischen Ziele des Projekts. Im Café entstehen spontane Gespräche mit den Bewohner*innen, die von ihren Erfahrungen als Geflüchtete in Athen berichten.

Der Besuch im City Plaza gehörte zu einer Reihe von Gesprächen, Vorträgen, Rundgängen und Besichtigungen auf der fünftägigen Athen-Reise und brachte das Einzigartige dieser Bildungsreisen auf den Punkt: Im Fokus steht das Lernen durch Anschauung, Erleben, Dialog und Erfahrungsvermittlung. Die klassischen Lernformate werden ergänzt durch einen hohen Anteil an informellem, beiläufigem und unvorhergesehenem Lernen. Der Wechsel des räumlichen Standorts provoziert einen Wechsel der eigenen Perspektive. Neue Fragen, Ansichten und Einsichten werden angeregt und befördert.

.....

Die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben seit 2012 rund 60 einwöchige Bildungsreisen veranstaltet, vorwiegend in das europäische Ausland. An dem inhaltlich wie zeitlich intensiven Bildungsformat konnten bislang rund 1.000 Personen teilnehmen. Trotz der vergleichsweise hohen finanziellen Eigenbeteiligung der Teilnehmer*innen ist das Angebote stark nachgefragt. Viele der Reisen sind als gesetzlicher Bildungsurlaub in den Bundesländern anerkannt.

.....

2018 fanden zwölf Reisen ins In- und Ausland statt. Reiseziele und -themen waren unter anderen Barcelona und der Katalonien-Konflikt, die Solidarökonomie auf Kreta, Neofaschismus und Rechtentwicklung in Rom, die Lebensverhältnisse von Roma in Serbien, eine politisch-biografische Reise zu Rosa Lu-

xemburg nach Warschau und Berlin, eine Reise nach Israel und Palästina zum Nahostkonflikt und eine zweiwöchige Fahrt durch Russland zu Geschichte, Politik und Kultur des Landes. Wie bereits in den vergangenen Jahren waren die Schwerpunkte der Reisen aktuelle gesellschaftspolitische Themen und Entwicklungen, wie Fragen der Flucht und Migration oder der Rechtsentwicklung in Europa. Zudem stehen immer wieder historische Themen im Mittelpunkt, hier vor allem die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Europa, der antifaschistische Widerstand und die linke Geschichte.

Mit den Bildungsreisen machen die Landesstiftungen ein Angebot, das die vielfältigen Formate der eigenen politischen Bildung nicht nur um ein herausragendes, sondern auch um ein nachhaltiges erweitert. Gerade dann, wenn die Reisen umstrittene politische Themen aufgreifen, die keine einfachen Antworten erlauben, die in eine widersprüchliche (linke) Historie eingebunden sind und die emotional berühren, eröffnen sich besondere Bildungserfahrungen mit Rückwirkungen auf das eigene gesellschaftspolitische Handeln.

Beispielhaft hierfür steht die in bewährter Kooperation mit den Stiftungsbüros in Tel Aviv und Ramallah veranstaltete Bildungsreise «Blicke über sichtbare und unsichtbare Zäune und Grenzen». Die Reise zeichnet sich durch einen politi-

schen und kulturellen Perspektivwechsel aus, der durch die Aufenthalte in Israel und der Westbank insbesondere das Lernen in Widersprüchen herausfordert. Die Erkenntnis, dass ein unter deutschen Linken häufig nur binär gedeuteter Konflikt nicht mit Entweder-oder-Antworten zu fassen ist, wird für die Teilnehmer*innen durch die Besuche in Hebron oder Tel Aviv konkret und anschaulich.

Die Israel-Palästina-Reise zählt zu den regelmäßigen Bildungsreiseangeboten der Landesstiftungen. Sie steht, wie die anderen Kooperationen mit unseren Auslandsbüros, für eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit, die für beide Seiten gewinnbringend ist. Die Landesstiftungen haben die Chance, in Europa und weltweit auf Kooperationspartner zurückzugreifen und damit Bildungsformate zu entwickeln, die exklusive Einblicke in die politischen, historischen und kulturellen Verhältnisse der Reiseregion eröffnen. Für die Auslandsbüros ergibt sich die Möglichkeit, ihre Arbeit und die ihrer zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen in der Region einer interessierten deutschen Öffentlichkeit vorzustellen. Für 2019 und 2020 wird der Schwerpunkt bei der Entwicklung des Bildungsreiseangebots der Landesstiftungen daher auch auf der Fortführung und dem Ausbau der Kooperationen mit den Auslandsbüros liegen.

Exkursion nach Hebron im Rahmen der Bildungsreise im November 2018 nach Israel und Palästina.





Dietmar Wittich, einer der Gründungsväter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Die große Rosa-Luxemburg-Kennerin Annelies Laschitza.

EIN MEISTER DER DIALEKTISCHEN ANALYSE ZUR ERINNERUNG AN DIETMAR WITTICH (1943–2018)

«Wer immer sich mit Problemen von Klassenentwicklung und Klassenanalyse befasst, der kommt an dem klassischen Text zu diesem Thema, dem «Kommunistischen Manifest», nicht vorbei. [...] Und ich wage die Prognose, die Klassenfrage wird eine der Fragen der nächsten Jahrzehnte sein», schrieb Dietmar Wittich 1998 in der Zeitschrift *Utopie kreativ* – und behielt damit recht: Seit nunmehr gut zwei Jahren prägt der Begriff der Neuen Klassenpolitik die linke gesellschaftliche Debatte, angeregt nicht zuletzt durch die erschreckenden Wahlerfolge der teilweise offen rassistisch und völkisch-nationalistisch agierenden Partei AfD. Und auch diese Entwicklung hat der Soziologe Dietmar Wittich mit der ihm eigenen Klarsicht vorgesehen.

Wichtig war ihm die ständige Analyse der Veränderungen der Sozialstruktur nach 1990 vor allem in Ostdeutschland und die damit verbundene Frage nach den Subjekten gesellschaftlicher Veränderung. Er prägte Ende der 1990er Jahre den Begriff des Informationsarbeiters als Ergebnis seiner Klassenanalyse und führte seine Erkenntnis bis zu programmatischen Ansätzen der Linken.

In seinen zahlreichen Analysen setzte er sich auch mit den Wählermilieus der PDS auseinander. Dabei betonte er immer wieder, dass die PDS – in ihrer Funktion als «Heimat» – über Jahre hinweg vieles auffing und dass die Unzufriedenen aber, sobald die Linke an Bindungen in die Gesellschaft hinein verliert, nicht zu Merkels «Mitte» wechseln, sondern nach ganz rechts. Zusammen mit den 17 bis 20 Prozent der rechts eingestellten Bevölkerung, das war Wittichs Sorge, sei man schnell wieder in den frühen 1930er Jahren: bei 30 und mehr Prozent. Es ist nur zu hoffen, dass Dietmar Wittich mit dieser Einschätzung nicht erneut recht behalten wird.

Seit dem 17. April 2018 fehlt uns einer, für den sich ein hoher wissenschaftlich-methodischer Anspruch und politische Intervention nicht ausschlossen, sondern bedingten.

«SICH TREU BLEIBEN UND HEITER SEIN ...» ZUM TOD VON ANNELIES LASCHITZA (1934–2018)

Erst im März 2018 erschien in der Reihe der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte die zweite Auflage der «Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren», in denen Annelies Laschitza die Geschichte ihres wissenschaftlichen Werdegangs schildert und mit dem Titel «Sich treu bleiben und heiter sein ...» ihr Lebensmotto verrät. Mit Annelies Laschitza ist die letzte Große der Rosa-Luxemburg-Forschung gestorben – nach Günter Radczun (Berlin, 1978), Feliks Tych (Warschau, 2015) und Narihito Ito (Tokio, 2017). Sie alle haben Zugänge zu einem Kosmos freigelegt, in dem wir auf immer neue Sterne stoßen: auf Leo Jogiches, Paul Levi, Ines Wetzel oder Valeriu Marcu. Und auch Rosa Luxemburg – das Zentralgestirn – überrascht mit immer neuen Geheimnissen: mit schwarzen Löchern und plötzlich um die Ecke schießenden Strahlen ...

Die Erforschung des Werks und des Lebens von Rosa Luxemburg lag bei Annelies Laschitza in besten Händen. Ihr Ruf als exzellente Historikerin überdauerte auch das Ende des sowjetisch geprägten Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa. Laschitzas Forschungen, insbesondere ihre Mitarbeit an der achtbändigen «Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung», führten sie unweigerlich auch in jene Zonen, wo Tabus berührt wurden und der Mut aufgebracht werden musste, die an höherer Stelle unliebsamen Tatsachen zur Sprache zu bringen und – vor allem – zu veröffentlichen. So ist es Annelies Laschitza zu verdanken, dass Luxemburgs Text «Zur Russischen Revolution» in den 1970er Jahren in die erste, fünfbändige Luxemburg-Werkausgabe aufgenommen wurde.

Die «sehr menschliche Persönlichkeit» Luxemburgs habe ihr «als Biografin auch persönlich Kraft gegeben», betonte Annelies Laschitza. Das Verständnis der Revolutionärin für andere, ihre hohe Bildung und dass sie dabei nie abgehoben war – das bleibe. Dasselbe gilt auch für die Grande Dame der Rosa-Luxemburg-Forschung Annelies Laschitza.

DIE UNSELBSTSTÄNDIGEN STIFTUNGEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung trägt als Treuhänderin die Verantwortung für sechs unselbstständige Stiftungen (Treuhänderstiftungen). Die Zusammenarbeit dient der Erschließung gemeinsamer Potenziale für die politische Bildungsarbeit. Verantwortlich für die Koordination sind Meinhard Tietz (meinhard.tietz@rosalux.org) und Andrea Reimann (andrea.reimann@rosalux.org).

Die **MAX-LINGNER-STIFTUNG** widmet sich der Pflege und Verbreitung des Werkes des Malers und Pressegrafikers Max Lingner (1888–1959). Darüber hinaus nimmt sie Aufgaben für die Hans-und-Lea-Grundig-Stiftung (Vergabe des Hans-und-Lea-Grundig-Preises) wahr.

Vorsitzender: Thomas Flierl

E-Mail: info@max-lingner-stiftung.de; info@hans-und-lea-grundig.de

Ansprechpartner*innen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Nana Verkhviashvili (nana.verkhviashvili@rosalux.org);

Henning Heine (henning.heine@rosalux.org)

www.max-lingner-stiftung.de

Die **HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG** fördert die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung.

Vorsitzender: Thomas Flierl

E-Mail: info@hermann-henselmann-stiftung.de

Ansprechpartner in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Stefan Thimmel (stefan.thimmel@rosalux.org)

www.hermann-henselmann-stiftung.de

Die **HARALD-BREUER-STIFTUNG** ist national und international tätig und trägt zu Verständigung und Entwicklungszusammenarbeit bei.

Vorsitzende: Evelin Wittich

E-Mail: evelin.wittich@rosalux.org

Ansprechpartner in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Andreas Bohne (andreas.bohne@rosalux.org)

www.rosalux.de/stiftung/treuhandstiftungen/harald-breuer-stiftung

Die **ERIK-NEUTSCH-STIFTUNG** widmet sich Fragen von Kunst und Literatur sowie der Bewahrung des Werkes von Erik Neutsch.

Vorsitzende: Evelin Wittich

E-Mail: evelin.wittich@rosalux.org

Ansprechpartnerin in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Christine Gohsmann (christine.gohsmann@rosalux.org)

www.rosalux.de/stiftung/treuhandstiftungen/erik-neutsch-stiftung



Max Lingner: Kopf eines jungen Mannes mit Schirmmütze, um 1947.

Die **MODROW-STIFTUNG** fördert die Kultur des Erinnerens und Gedenkens an Alltag, Arbeit, Kunst, Medien und Kultur in der DDR.

Vorsitzender: Hans Modrow

E-Mail: info@modrow-stiftung.de

Ansprechpartnerin in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Cornelia Domaschke (cornelia.domaschke@rosalux.org)

<http://modrow-stiftung.de>

Aus dem Zusammenschluss der Michael-Schumann-Stiftung und der Wolfgang-Abendroth-Stiftungsgesellschaft ist die **CLARA-ZETKIN-STIFTUNG - GEDÄCHTNIS DEMOKRATISCHER SOZIALISTINNEN UND SOZIALISTEN** hervorgegangen. Sie beschäftigt sich mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert sowie mit Biografien von Repräsentant*innen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Vorsitzender: Detlef Nakath

E-Mail: detlef.nakath@rosalux.org

Ansprechpartnerin in der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Andrea Reimann (andrea.reimann@rosalux.org)

www.rosalux.de/news/id/39808

EIN WICHTIGER STADT- UND ARCHITEKTUR-POLITISCHER AKTEUR

DIE HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG

Aus der stadtentwicklungspolitischen und architekturhistorischen Landschaft Berlins ist die Hermann-Henselmann-Stiftung nicht mehr wegzudenken. 2005 von Andreas Henselmann, Sohn des Architekten Hermann Henselmann (1905–1995), gegründet, setzt sie sich mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung auseinander. Jährlicher Höhepunkt der Aktivitäten ist das Hermann-Henselmann-Kolloquium, das Anfang März 2018 zum 14. Mal stattfand.

Die gemeinnützige, rechtlich unselbstständige Stiftung wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung treuhänderisch verwaltet, arbeitet aber im Rahmen ihrer Satzung inhaltlich selbstständig. Henselmann, maßgeblicher Architekt des Projekts Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee), wurde 1953 zum Chefarchitekten beim Magistrat von Groß-Berlin ernannt und gehörte zu den einflussreichsten «DDR-Architekten».

2018 war die Henselmann-Stiftung eine der ersten Adressen für die kritische Beschäftigung mit dem bevorstehenden Jubiläum «100 Jahre Bauhaus» im Jahr 2019.

Das Bauhaus wurde 1919 als Kunsthochschule in Weimar gegründet, zog 1925 nach Dessau um und wurde 1933 aufgrund des Drucks der Nationalsozialisten endgültig geschlossen.

Mit der im Oktober 2018 gestarteten elfteiligen Reihe «Bauhaus-Lectures», einem bis Juni 2019 terminierten Zyklus von Vorträgen, Diskussionen, Buchvorstellungen und Führungen, werden aktuelle Forschungsergebnisse zur Real- und Rezeptionsgeschichte des Bauhauses präsentiert und dessen wechselvolle Geschichte vor dem Hintergrund neuer kultureller Perspektiven vorgestellt.

Ein weiterer Beitrag der Hermann-Henselmann-Stiftung zum Jubiläumsjahr des Bauhauses ist die in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeitgleich zur Eröffnung der «Bauhaus-Lectures» neu herausgegebene Zeitschrift *Henselmann*, die mit einer umfangreichen Vorschau auf den 100. Geburtstag des Bauhauses aufwartet. In der neuen *Henselmann* geht es unter anderem um einen kritischen Blick auf das erinnerungspolitische Feld rund um das große Bauhaus-Festjahr. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die die Gründung der Hochschule antrieben, werden ebenso beleuchtet wie die unterschiedliche Bauhaus-Rezeption in Ost und West. Ein Schwerpunkt ist dem zweiten Direktor Hannes Meyer und seinem Bauhaus-Konzept gewidmet. Weitere Beiträge gelten der Rolle der an der Hochschule wirkenden Frauen und den Antworten des Bauhauses auf die Wohnungsfrage. Neben dem Bauhaus-Jubiläum standen 2018 die immer brisanter werdende Wohnungsnot und weitere Fragen wie die um die Neugestaltung der Berliner Mitte auf der Agenda der Hermann-Henselmann-Stiftung. Fortgesetzt wurden zudem die gemeinsam mit der «Hellen Panke» e. V. konzipierten und durchgeführten Stadtpaziergänge zur Geschichte des Wohnens und der Wohnungspolitik in Berlin.



Seit 2018 erscheint die Zeitschrift *Henselmann. Beiträge zur Stadtpolitik* im neuen Layout von Dieter Feseke.



PERSONALENTWICKLUNG

DIVERSITY: MEHR SCHEIN ALS SEIN?

Studentinnen der Universität Hamburg traten mit der Bitte an die Rosa-Luxemburg-Stiftung heran, Diversity in der Stiftung untersuchen zu dürfen. Auslöser waren Studien im angelsächsischen Raum, die gezeigt hatten, dass in Non-Profit-Unternehmen die nach außen kommunizierte Diversity oft nicht mit der intern gelebten kongruent ist, obwohl diese Übereinstimmung bei Organisationen, deren Handlungslogik auf dem Solidaritätsprinzip basiert, eigentlich zu erwarten wäre. Nun wollten die Studentinnen prüfen, ob dieses Phänomen auch in Deutschland zu finden ist – wofür es statistische Indizien gibt –, und meinten, dass eine politische Stiftung ein sehr gut geeignetes Untersuchungsfeld ist.

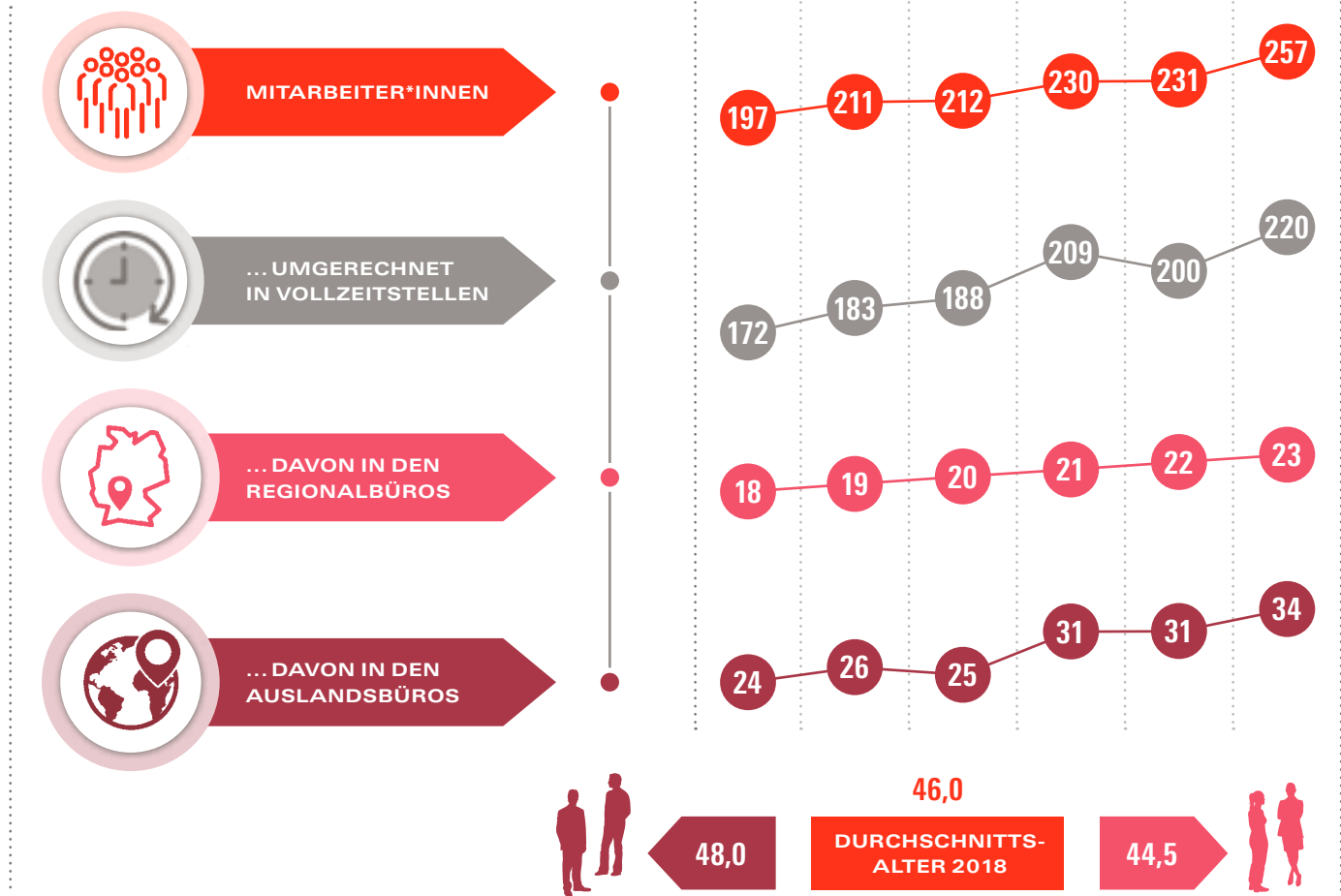
Durch umfangreiche Dokumentenanalysen, Interviews mit Mitarbeiter*innen, die aufgrund ihrer Arbeitsbereiche über Diversity-Expertise verfügen sollten, und einer Gruppendiskussion mit Mitarbeiter*innen zur Ermittlung der kollektiven Orientierungsmuster bezüglich Diversity wollten die Forscherinnen zwei Fragen beantworten: Inwieweit repräsentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung die extern postulierte Diversity in personalwirtschaftlicher und organisationaler Hinsicht (interne Diversity)? Welche Gründe gibt es für eine mögliche Inkongruenz?

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Eine solche Inkongruenz konnte nicht festgestellt werden, denn wir befassen uns extern explizit mit Diversity-Facetten und engagieren uns gleichzeitig intern für sie – ohne dafür eine Strategie zu haben. So kommt die Studie zu dem Schluss: «Die Untersuchung zeigt, dass die RLS trotz fehlender Diversity-Strategie in vielen internen Bereichen sehr Diversity-konform organisiert ist und größtenteils Diversity-konform agiert. Die extern postulierte Diversity wird also auch intern [...] repräsentiert. Die vermutete deutliche Inkongruenz [...] konnte in der RLS somit nicht bestätigt werden.» Die vorgefundene Kongruenz leiten die Autorinnen aus der spezifischen Kultur der Rosa-Luxemburg-Stiftung ab, dabei könne «der linken Ausprägung eine starke Bedeutung beigemessen werden».

Das Fehlen einer Diversity-Strategie hat uns allerdings zum Handeln veranlasst. Wir haben uns im Personalplan 2019 zur Aufgabe gemacht, ein Diversity-Konzept zu entwickeln, das ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld schafft, proaktiv Diskriminierung überwindet sowie die personale Vielfalt fördert, unter Einschluss solcher Menschen, die besonderer Benachteiligung – auch Diskriminierung – am Arbeitsmarkt unterliegen. Trotz Diversity-Konformität glauben wir, es geht noch besser – mehr Sein als Schein.

.....
Die Studie ist online zu finden unter: <https://bit.ly/2Q9aM6c>.
.....

PERSONALENTWICKLUNG 2013 BIS 2018



Anteilige Zusammensetzung	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Mitarbeiterinnen	55%	56%	55%	56%	56%	55%
Mitarbeiter	45%	44%	45%	44%	44%	45%
Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund	14%	15%	15%	16%	15%	17%
unbefristete Mitarbeiter*innen	77%	76%	78%	73%	80%	82%
TZ-Beschäftigte	23%	24%	29%	30%	24%	39%
in Elternzeit/Sabbatical/Freistellung	3%	3%	3%	1%	3%	4%
Auszubildende	4%	3%	0%	0%	0%	0%
Passivphase der Altersteilzeit		1%	1%	2%	1%	0%

Zur Belegschaft gehören ebenfalls	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Praktikant*innen ¹	37	36	34	39	19	23
FSJler*innen					1	2

¹ In Summe über das gesamte Jahr, Entgeltpraktika gemäß der Orientierung des DGB und der Partei DIE LINKE.

GREMIEN

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung tagte am 1. Dezember 2018 und thematisierte die aktuellen Herausforderungen an eine linke Politik im Hinblick auf bevorstehende Kommunal-, Landtags- und Europawahlen. Es kamen damit auch die Erfordernisse für eine linke Bildungsarbeit zur Sprache, etwa in Bezug auf bestimmte Regionen oder politische Entwicklungen, darunter die Situation in den neuen Bundesländern nach der Wende, die positive Entwicklung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, die Stärkung linker Akteure jenseits urbaner Zentren sowie die Bedeutung von sogenannten Einstiege-Kursen für die Kommunal- und Landesebene. Im Anschluss an Inputs von Daniela Dahn und Oliver Nachtwey stand der Umgang mit Rechten auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene im Zentrum der Diskussion. Anwesend waren 93 stimmberechtigte Mitglieder, das sind über 70 Prozent und ist damit ein Rekordwert. Wahlen sowie Neuaufnahmen standen in diesem Jahr nicht auf der Tagesordnung.

Dagmar Enkelmann verwies auf die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2018. Im Zusammenspiel mit Partei und Fraktion biete die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen wichtigen Raum für Austausch und Dialog und liefere für die politisch-inhaltlichen Debatten nützliche Analysen aus dem In- und Ausland, strategisches Rüstzeug und interessante Diskussionspartner*innen. Sie habe sich zu einem Kompetenzzentrum in Bezug auf wichtige gesellschaftliche und politische Fragen entwickelt, ein umfangreiches linkes Netzwerk geschaffen und sei als Akteurin vielfältig sichtbar, so in Auseinandersetzungen über den Klima- und Strukturwandel. Zu Themen wie der Novemberrevolution und der Ermordung Rosa Luxemburgs vor 100 Jahren habe sie eine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Sie dankte den Mitarbeiter*innen wie den vielen ehrenamtlich Tätigen in und im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihr großes Engagement.

Florian Weis hob hervor, dass es zunehmend gelänge, Multiplikator*innen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Dabei sei das Studienwerk ein wichtiges Instrument, indem es die Förderung und Vernetzung (nicht nur, aber gerade) von jüngeren Aktiven ermögliche. In diesem Zusammenhang erwähnte er erfolgreiche Projekte wie den «Young Migrants Blog». Stark machte er auch den unter dem Begriff einer «verbindenden Klassenpolitik» firmierenden Ansatz, bisher zu wenig miteinander verbundene soziale Kämpfe, ökologische, feministische und LGBT-Bewegungen, neue (post-)migrantische Selbstorganisationen, Initiativen von Solidarität und Proteste sowie verschiedene Milieus durch die Adressierung gemeinsamer Interessen zusammenzuführen, ohne zu ignorieren, dass es Ziel- und Interessenkonflikte zwischen unterschiedlichen sozialen Forderungen gebe.



Gespannte Aufmerksamkeit bei der Mitgliederversammlung am 1. Dezember 2018 in Berlin.

MITGLIEDER DER ROSA- LUXEMBURG- STIFTUNG

ORDENTLICHE MITGLIEDER

Jan van Aken
Marwa Al-Radwany
Dr. Dietmar Bartsch
Prof. Dr. Günter Benser
Dr. Joachim Bischoff
Steffen Bockhahn
Dr. Marcel Bois
Prof. Dr. Ulrich Brand
Dr. André Brie
Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
Sandra Brunner
Christine Buchholz
Prof. Dr. Michael
Buckmiller
Dr. Carolin Butterwegge
Kate Cahoon
Gerda Daenecke
Daniela Dahn
Prof. Dr. Alex Demirović
Prof. Dr. Frank Deppe
Richard Detje
Ulrike Detjen
Sophie Dieckmann
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Ilsegret Fink

Dr. Thomas Flierl
Wulf Gallert
Wolfgang Gehrcke
Claudia Gohde
Dr. Stefanie Graefe
Dr. Bärbel Grygier
Dr. Gregor Gysi
Sofia Hamaz
Thomas Händel
Karl-Heinz Heinemann
Heiko Hilker
Heinz Hillebrand
Prof. Dr. Benjamin-
Immanuel Hoff
Dr. Gerd-Rüdiger
Hoffmann
Dr. Barbara Höll
Florian Höllen
Klaus Höpcke
Dr. Steffen Hultsch
Dr. Gerda Jasper
Dr. Lukrezia Jochimsen
Kadriye Karci
Dr. Andreas Keller
Katja Kipping
Prof. Dr. Dieter Klein
Dr. Thomas Klein
Katharine Kolmans
Jan Korte
Marian Krüger
Prof. Ingrid Kurz
Caren Lay

Dr. Klaus Lederer
Dr. Steffen Lehndorff
Sabine Leidig
Monika Lent-Öztürk
Katrin Lompscher
Dr. Gesine Lötzsch
Prof. Dr. Christa Luft
Dr. Helmuth Markov
Ulrich Maurer
Prof. Dr. Margit Mayer
Sahra Mirow
Dr. Hans Modrow
Cornelia Möhring
Margret Mönig-Raane
Prof. Dr. Oliver Nachtwey
Dr. Detlef Nakath
Helga Nowak
Dr. Onur Ocak
Dr. Harald Pätzolt
Petra Pau
Prof. Dr. Dörte Putensen
Peeter Raane
Bodo Ramelow
Jürgen Reents
Dr. Sabine Reiner
Prof. Dr. Rolf Reißig
Bernd Riexinger
Prof. Dr. Rainer Rilling
Prof. Dr. Jörg Roesler
Prof. Dr. Werner Ruf
Dr. Bernd Rump
Dr. Reyhan Şahin

Prof. Dr. David Salomon
Bosiljka Schedlich
Dr. Birgit Schliwenz
Horst Schmitthener
Christiane Schneider
Dr. Ursula Schröter
Siri Schultze
Dr. Karin Schüttpehl
Dr. Reinhard Semmel-
mann
Kathrin Senger-Schäfer
Dr. Petra Sitte
Prof. Dr. Susanne Spindler
Sybille Stamm
Regina Stosch
Gabriele Gün Tank
Güldane Tokyürek
Daniela Trochowski
Eva Völpel
Vera Vordenbäumen
Dr. Sahra Wagenknecht
Dr. Jochen Weichold
Dr. Florian Weis
Janine Wissler
Dr. Evelin Wittich
Dr. Ulrich Wolf
Ulrike Zerhau
Gabi Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Baden-Württemberg
Kurt-Eisner-Verein –
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bayern
«Helle Panke» e. V. – Rosa-
Luxemburg-Stiftung Berlin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e. V.
Rosa-Luxemburg-
Initiative e. V., Bremen
Rosa Luxemburg Stiftung
Hamburg
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Hessen
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Mecklenburg-Vorpom-
mern e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Niedersachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Nordrhein-Westfalen e. V.
Peter-Imandt-Gesellschaft
e. V. – Rosa-Luxemburg-
Stiftung Saarland
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen-Anhalt e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Schleswig-Holstein
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e. V.

EHREN- MITGLIEDER

Dr. Kurt Hövelmans
Prof. Dr. Kurt Krumbach
Prof. Dr. Reinhard Mocek
Prof. Dr. Manfred Neuhaus
Dr. Monika Runge
Fritz Schmalzbauer
Dr. Wolfgang
Spickermann
Heinz Vietze

RUHENDE MITGLIEDSCHAFT

Dr. Lutz Brangsch
Prof. Dr. Michael Brie
Dr. Mario Candeias
Wenke Christoph
Dr. Cornelia Domaschke
Evelyn Edler
Dr. Stefanie Ehmsen
Kerstin Kaiser
Prof. Dr. Mario Keßler
Stefan Nadolny
Norbert Schepers
Dr. Jörn Schüttrumpf
Dr. Marion Schüttrumpf
Fanny Zeise

Stand: März 2019

**MITGLIEDER
DES VORSTANDS**

DR. DAGMAR ENKELMANN

DR. FLORIAN WEIS

Stand: April 2019

JAN KORTE

DR. BARBARA HÖLL

SYBILLE STAMM

ULRIKE DETJEN

PEETER RAANE

GABRIELE GÜN TANK

PROF. DR. DÖRTE PUTENSEN

DR. SABINE REINER

THOMAS HÄNDEL

HEINZ HILLEBRAND

DR. DETLEF NAKATH

PROF. DR. RAINER RILLING

VORSTAND BESCHLIESST NEUE SCHWERPUNKTE

Gut zwei Jahre ist der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung in seiner aktuellen Besetzung nun im Amt. Eigentlich wäre damit erst die Hälfte der Amtsperiode erreicht, doch nach einer Satzungsänderung im Jahr 2016 wird der Vorstand nun alle drei Jahre durch die Mitgliederversammlung neu bestimmt. Neben der Vorsitzenden Dagmar Enkelmann, deren Stellvertreter*innen Sabine Reiner und Thomas Händel und dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Florian Weis arbeiten zehn weitere Vereinsmitglieder ehrenamtlich im Vorstand mit.

Jährlich finden acht, teils mehrtägige Beratungen statt. Von der Satzung sind diesem Organ eine Reihe von Aufgaben übertragen. Dazu gehören neben der Diskussion und Beschlussfassung zur Personalplanung zentrale Entscheidungen zu Haushalts- und Finanzfragen. Mittlerweile ist es zudem üblich geworden, dass wenigstens zwei der Vorstandssitzungen als gemeinsame Klausuren mit den Bereichsleiter*innen der Stiftung abgehalten werden, um sich stärker der inhaltlichen Planung der Stiftungsarbeit zu widmen. Mit Blick auf die sich verändernden gesellschaftlichen Fragen stimmte der Vorstand 2018 der Einrichtung einer neuen Themenachse «Verbindende Klassenpolitik und soziale Kämpfe» zu. Die Themenachse «Demokratie» konzentriert sich zukünftig auf die kooperativen Arbeitsvorhaben «Radikale Rechte, Autoritarismus, Antifeminismus», «Gesellschaft der Vielen» und «Weltanschaulicher Dialog», womit auch dem gesellschaftlichen Rechtsruck Rechnung getragen wird. Auf Wunsch des Vorstands soll zudem die Arbeit zum Thema «30 Jahre Wende/Neuer Diskurs zu Ostdeutschland», wozu auch die Aufarbeitung der Geschichte der Treuhand gehört, in den kommenden zwei Jahren gestärkt werden.

Aufgrund des Mittelzuwaches im vergangenen Jahr sowie der für 2019 zu erwartenden Mehreinnahmen (der Anteil der Rosa-Luxemburg-Stiftung an den insgesamt zur Verfügung stehenden BMI-Mitteln steigt auf 10,64 Prozent, den bis dato höchsten Wert) wurden für die nächsten drei Jahre weitere temporäre Schwerpunktsetzungen beschlossen: Stärkung der Landesstiftungen und Regionalbüros und der «Arbeit in der Fläche»; Ausbau der Analyse- und forschungsnahen Tätigkeiten (durch ein Post-Doc-Projekt zum «Sozialstaat des 21. Jahrhunderts», ein internationales Programm zur Wissensproduktion etc.) sowie eine intensivere Beschäftigung mit den Themen digitale Bildung und digitale Kommunikation.

MITGLIEDER DES VORSTANDS

Ulrike Detjen: geb. 1952, Industriebuchbinderin; 1999 bis 2018 Geschäftsführerin eines Druckvorstufenbetriebs, seit 2008 ehrenamtlich tätig im kommunalpolitischen Forum Nordrhein-Westfalen und der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen; Vorstandsmitglied der RLS seit 2013.

Dr. Dagmar Enkelmann (Vorstandsvorsitzende): geb. 1956, Historikerin; 1990 bis 1998 und 2005 bis 2013 Mitglied des

Deutschen Bundestags, seit 1998 Stadtverordnete der Stadt Bernau bei Berlin; Mitglied in der RLS und des Vorstands seit 2010, Vorsitzende der RLS seit 2012.

Thomas Händel (stellv. Vorstandsvorsitzender): geb. 1953, Elektroniker, Studium an der Akademie der Arbeit Frankfurt; 1987 bis 2012 wiederholt Geschäftsführer der IG-Metall, Gründungsmitglied der WASG, seit 2009 Mitglied des Europaparlaments; seit 2007 stellv. Vorstandsvorsitzender der RLS.

Heinz Hillebrand: geb. 1954, Industriekaufmann, später Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie; Gründungsmitglied der WASG, bis Ende 2018 Bereichsleiter Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE; Vorstandsmitglied der RLS seit 2012.

Dr. Barbara Höll: geb. 1957, Studium der Philosophie; 1990 bis 2002 und 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags; Mitglied der RLS seit 2014 und Vorstandsmitglied seit 2016.

Jan Korte: geb. 1977; seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, 2013 bis 2017 stellv. Vorsitzender und seit 2017 Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Dr. Detlef Nakath: geb. 1949, Historiker; 2003 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei «Helle Panke» e. V., 2006 bis 2015 Geschäftsführer der Landesstiftung Brandenburg; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Prof. Dr. Dörte Putensen: geb. 1949, Historikerin; apl. Professorin für Allgemeine Geschichte der Neusten Zeit an der Universität Rostock, Vorstandsmitglied der Landesstiftung Brandenburg 2010 bis 2014; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Peeter Raane: geb. 1941, Diplom-Kaufmann; seit 1967 Tarifsekretär und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (ab 2000 IG Metall), Vorstandsvorsitzender der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2012; Vorstandsmitglied der RLS seit 2008.

Dr. Sabine Reiner (stellv. Vorstandsvorsitzende): geb. 1962, Politikwissenschaftlerin und Volkswirtin; seit 2002 Gewerkschaftssekretärin bei ver.di; Mitglied des Vorstands der RLS seit 2004, stellv. Vorsitzende seit 2012.

Prof. Dr. Rainer Rilling: geb. 1945; 1983 bis 1998 Geschäftsführer des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, seit 2002 apl. Professor für Soziologie an der Universität Marburg; 1999/2000 und seit 2014 Mitglied des Vorstands der RLS.

Sybille Stamm: geb. 1945, Politikwissenschaftlerin; seit 1973 Gewerkschaftssekretärin, 2001 bis 2007 ver.di-Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg, Mitherausgeberin der Zeitschrift *Sozialismus*; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Gabriele Gün Tank: geb. 1975, Journalistin; seit 2007 Integrationsbeauftragte im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg, seit 2016 Geschäftsführerin der Neuen Deutschen Organisationen; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Dr. Florian Weis (geschäftsführendes Vorstandsmitglied): geb. 1967, Historiker; beschäftigt bei der RLS seit 1999, geschäftsführendes Vorstandsmitglied seit 2008.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT

Dem wissenschaftlichen Beirat obliegt als zentrale Aufgabe, die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Bildung und Politik zu begleiten. Entsprechend seinen Entscheidungen zur Arbeitsweise ist er 2018 dreimal in Berlin zusammengekommen.

Auf der Sitzung im Februar wurde über das Thema Veränderung von Industrie und Arbeitsverhältnissen diskutiert. Dieter Sauer konnte für einen kritischen Vortrag über den herrschenden Diskurs «Industrie 4.0» gewonnen werden. Weitere Inputs gaben Alexandra Wagner, Gerhard Richter, Birgit Sauer, Lia Becker und Florian Wilde. Als Fortsetzung der Diskussion über neue Formen der Arbeitsorganisation und der Unternehmensentwicklung wurden vor allem linke Strategien im Umgang mit diesen Entwicklungen debattiert.

Auf der zweitägigen Klausur im Oktober stellte Florian Weis aus dem Blickwinkel der Rosa-Luxemburg-Stiftung Überlegungen zur Sammlungsbewegung «Aufstehen» an. Weitere Themen waren Entwicklungen im ländlichen Raum und bei bestimmten Arbeitsverhältnissen mit Inputs von Axel Krumrey, Axel Troost, Peter Birke und Sarah Schilliger. Auch die Bedeutung von freier Software in öffentlichen Verwaltungen und in der Stiftung wurde anknüpfend an einen Vortrag von Markus Euskirchen und Olaf Barz diskutiert. Christina Kaindl, Leiterin der Strategieabteilung der Partei DIE LINKE, gab einen Überblick zu den Vorbereitungen auf die Wahlen für das Europäische Parlament im Mai 2019. Abschließend berichtete Jörn Schütrumpf über die Aktivitäten der Stiftung zum Jahrestag der Novemberrevolution und zum 100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs.

MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela: Professorin für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik mit Schwerpunkt Diversity, insbesondere Gender, an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Apl. Prof. Dr. Alex Demirović: Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse; arbeitet schwerpunktmäßig zu Fragen von Gesellschaftstheorie, Demokratie und Sozialismus, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Prof. Dr. Andreas Fisahn: Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Prof. Jörg Hafkemeyer: Dozent an der Universität der Künste und der Deutschen Journalistenschule in München, Mitglied der Deutschen Film- und Fernsehakademie.

Dr. Stefanie Hürtgen: Politologin und Arbeitssoziologin, Assistenzprofessur an der Universität Salzburg.

Prof. Dr. Michael Krätke: Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster/UK und Direktor des Institute for

Advanced Studies, Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Marxismus, Antikapitalismus.

Prof. Dr. Margit Mayer: Professorin em. für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische und vergleichende Politik, Stadtpolitik, soziale Bewegungen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling: Professor em. für Tiergesundheitslehre an der Universität Rostock, ehemaliger Umweltminister (1998–2006) und stellvertretender Ministerpräsident (2002–2006) in Mecklenburg-Vorpommern.

Dr. Gerhard Richter: Arbeitsschwerpunkte: Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, Innovation und Transformation, regionale und Branchenentwicklung.

Prof. Dr. Steffi Richter: Professorin für Japanologie an der Universität Leipzig, Vertrauensdozentin der Stiftung.

Prof. Dr. Birgit Sauer: Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien; Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Governance und Geschlecht, vergleichende Geschlechterpolitikforschung, Multikulturalismus.

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar: Professor für Politikwissenschaft und Entwicklungsforschung am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Sarah Schilliger: Soziologin, forscht aus einer intersektionalen Perspektive zu Migration, Care, Citizenship-Politiken und sozialen Bewegungen; 2018 Gastwissenschaftlerin an der York University in Toronto.

Dr. Susanne Schultz: Dozentin am Institut für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.; früher Lateinamerika-Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aktiv in der respect-Initiative, dem Solidarity-City-Netzwerk und dem Gen-ethischen Netzwerk.

Dr. Thomas Seibert: Philosoph und Ethnologe, Mitarbeiter von medico international, Aktivist bei Attac und bei der Interventionistischen Linken (IL); Arbeitsschwerpunkt: Politische Philosophie (Marxismus, Existenzialismus, Dekonstruktion).

Dr. Axel Troost: Volkswirtschaftler und Politiker, ehrenamtlicher Geschäftsführer der «Memorandum-Gruppe» und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE.

Dr. Alexandra Wagner: Arbeitsmarktforschung beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), Institut für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) und im Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH in Berlin, Gründungsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Christa Wichterich: freie Publizistin, Lehrtätigkeit an verschiedenen Hochschulen im In- und Ausland; Arbeitsschwerpunkt: Entwicklungszusammenarbeit, Frauenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, ländliche Entwicklung, Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Prof. Dr. Markus Wissen: Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozialökologische Transformationsprozesse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

DIE GESPRÄCHSKREISE

Derzeit sind in der Rosa-Luxemburg-Stiftung 18 Gesprächskreise aktiv. Hervorgegangen aus primär ehrenamtlichen Strukturen, haben sie sich seit 2007 zu dauerhaften Kommunikationsforen etabliert, in denen Expert*innen mit Interessierten über Themenstellungen von sowohl historischer als auch aktueller Bedeutung diskutieren können. Ihr weitgehend halb-öffentlicher Charakter eröffnet Räume zum geschützten Austausch auch divergierender Perspektiven. Bei aller Ähnlichkeit, die sich schon aus der starken Einbeziehung des sogenannten Ehrenamts und des politisch-intellektuellen Umfelds der Stiftung ergibt, differieren die Gesprächskreise hinsichtlich der in ihnen behandelten Fragestellungen, ihrer Strukturen und des Verhältnisses von öffentlichen Veranstaltungen und eher interner Kommunikation.

Einige Foren agieren primär intern, doch die meisten bevorzugen eine Mischung aus öffentlichkeitswirksamen Events und der Verständigung über relevante Sachverhalte in einem eher geschlossenen Kreis.

Das Feld der Gesprächskreise ist beständigen Wandlungen unterworfen und orientiert sich am Gesprächsbedarf zu konkreten Fragestellungen: Nachdem im Jahr 2017 der Gesprächskreis «Bildungspolitik» neu gegründet wurde und im vergangenen Jahr an Fahrt aufgenommen hatte, beschloss der Vorstand auf seiner Klausur im Juli 2018 die Gründung des Gesprächskreises «Zukunft Auto – Mobilität – Umwelt», der ehrenamtlich von Stephan Krull koordiniert wird. Angesichts der in der Öffentlichkeit geführten Debatten über den Dieselskandal, die Feinstaubbelastung in den Großstädten und Umbrüche der Mobilität im Kontext der digitalen Revolution sind hier interessante Diskussionen und Ergebnisse zu erwarten.

ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH

Steffen Hultsch; hauptamtl. Ansprechpartnerin: Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

BILDUNGSPOLITIK

Karl-Heinz Heinemann (heinemann@rls-nrw.de); Arbeitskreis Pädagogik – Koordinatoren: Simon Kunert, Manuel Rühle (AK-Kritische-Paedagogik@rosalux.org)

EUROPAPOLITIK

Johanna Bussemer (johanna.bussemer@rosalux.org), Franziska Albrecht (franziska.albrecht@rosalux.org)

FEMINISMUS

Barbara Fried (barbara.fried@rosalux.org)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Ingar Solty (ingar.solty@rosalux.org)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (bernd.huettner@rosalux.org)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke (cornelia.domaschke@rosalux.org)

KLASSEN UND SOZIALSTRUKTUR

Horst Kahrs (horst.kahrs@rosalux.org)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girnus, Klaus Meier; hauptamtl. Ansprechpartner: Gerd-Rüdiger Stephan (gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)

KULTUR

Michaela Klingberg (michaela.klingberg@rosalux.org)

MIGRATION

Massimo Perinelli (massimo.perinelli@rosalux.org)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Harald Pätzolt, Cornelia Hildebrandt (cornelia.hildebrandt@rosalux.org)

RECHTS

Friedrich Burschel (friedrich.burschel@rosalux.org)

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Steffen Kühne (steffen.kuehne@rosalux.org)

STADTPOLITIK

Stefan Thimmel (stefan.thimmel@rosalux.org)

WELTANSCHAULICHER DIALOG

Jürgen Klute, Cornelia Hildebrandt (cornelia.hildebrandt@rosalux.org)

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Axel Troost; hauptamtl. Ansprechpartner: Mario Candeias (mario.candeias@rosalux.org)

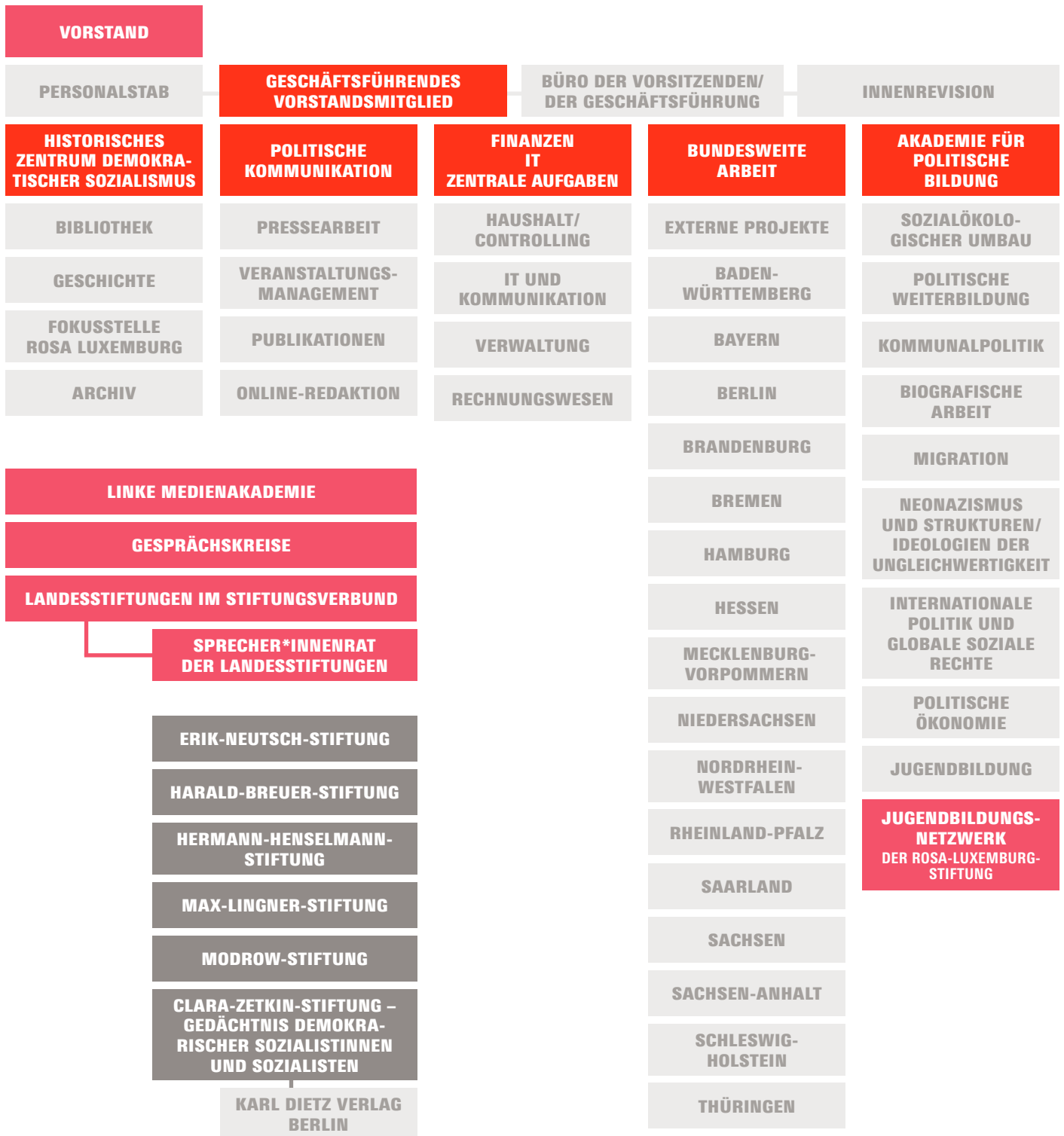
ZUKUNFT AUTO - MOBILITÄT - UMWELT

Stephan Krull; hauptamtl. Ansprechpartner: Mario Candeias (mario.candeias@rosalux.org)

GESAMTKOORDINATION GESPRÄCHSKREISE

Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

MITGLIEDERVERSAMMLUNG



LEGENDE

- Ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- Hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

BAUSTAB		DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER	BETRIEBSRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE	STUDIENWERK	ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG		
ZEITSCHRIFT «LUXEMBURG» HRSG. VORSTAND DER RLS	FÖRDERPROGRAMM	STABSSTELLEN		
PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN	EHEMALIGENARBEIT	REFERATE/AUSLANDSBÜROS		
DEMOKRATIE UND STAAT	VERTRAUENS-DOZENT*INNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	REFERAT AFRIKA	REFERAT LATEINAMERIKA	
THEORIE UND GESCHICHTE SOZIALISTISCHER TRANSFORMATION	STIPENDIATISCHE ARBEITSKREISE	SÜDLICHES AFRIKA, JOHANNESBURG PROGRAMMLEITUNG ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT	ANDENREGION, QUITO	
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE	AUSWAHL-AUSSCHUSS	WESTAFRIKA, DAKAR	BRASILIEN UND PARAGUAY, SÃO PAULO	
INTERNET-REDAKTION		OSTAFRIKA, DARESSALAM	ZENTRALAMERIKA/MEXIKO, MEXIKO-STADT	
DAS ÖFFENTLICHE/SOZIALSTRUKTUR-ANALYSE		NORDAFRIKA, TUNIS PROGRAMMLEITUNG WISSENSCHAFTSKOOPERATION	CONO SUR, BUENOS AIRES	
KULTURFORUM		REFERAT WESTASIEN	REFERAT INTERNATIONALE POLITIK UND NORDAMERIKA	
FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS-UND KAPITALISMUS-ANALYSE		ISRAEL, TEL AVIV	NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN, NEW YORK	
POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG		LIBANON, BEIRUT	REFERAT EUROPA	
SOZIALE INFRASTRUKTUR UND VERBINDENDE KLASSENPOLITIK		PALÄSTINA, RAMALLAH	WESTEUROPA, BRÜSSEL THEMATISCHE ENTSENDUNG HANDEL UND WIRTSCHAFT	
FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK		REFERAT ASIEN	GRIECHENLAND, ATHEN	
WOHNUNGS-UND STADTPOLITIK		OSTASIEN, PEKING	MITTELEUROPA, PRAG	
GEWERKSCHAFT/ARBEIT/PRODUKTION		SÜDASIEN, NEU-DELHI	OSTMITTELEUROPA, WARSCHAU	
		SÜDOSTASIEN, HANOI	RUSSLAND, BELARUS UND SÜDKAUKASUS, MOSKAU	
		ZENTRALASIEN, ALMATY	SÜDOSTEUROPA, BELGRAD	
		PHILIPPINEN, MANILA PROGRAMMLEITUNG KLIMAGERECHTIGKEIT	UKRAINE, KIEW	

STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Inneren (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

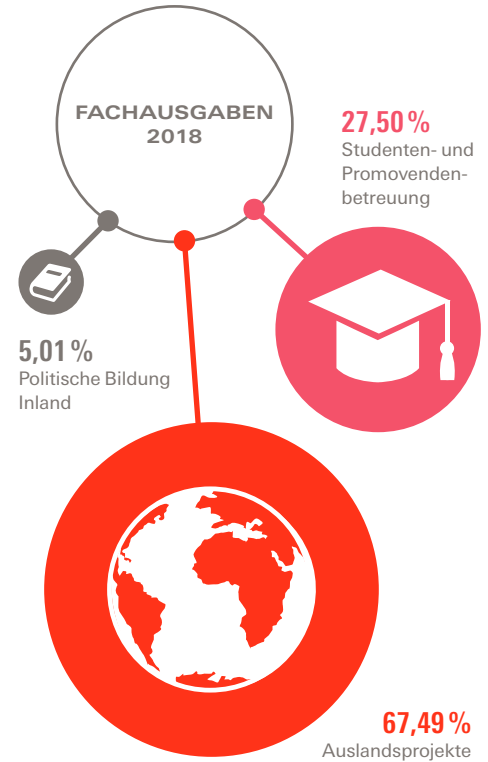
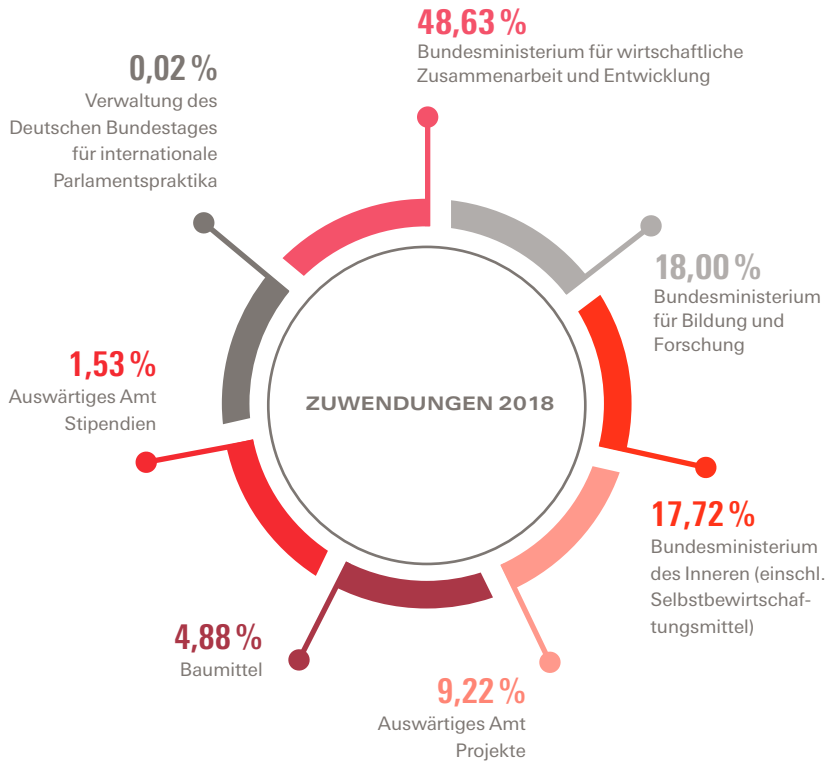
Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Höhe der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

Nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2005 und dem Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen 2009 erfolgte eine schrittweise Anpassung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichstellung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Diese Anpassung wurde 2011 abgeschlossen.

Gegenüber 2010 stiegen so die Zuwendungen von 30,6 Millionen Euro auf 67,4 Millionen Euro im Jahr 2018. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (sogenannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

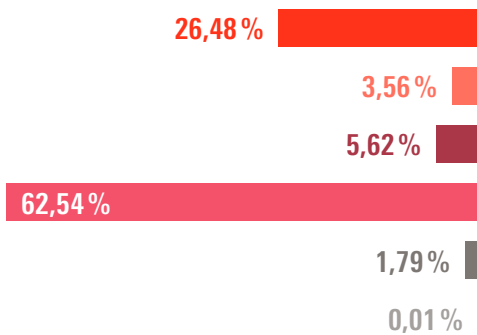
Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten



in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Stiftungsverbundes werden diese Mittel durch zehn Landesvereine genutzt. Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als politische Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die

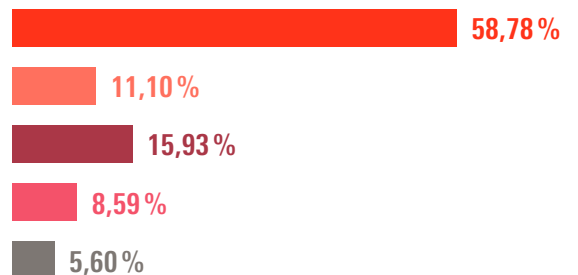
jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

AUSGABEN 2018 GESAMTHAUSHALT



- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- BMI Globalmittel an Landesstiftungen
- Vermögensverwaltung Ausgaben

AUSGABENSTRUKTUR HAUSHALT INLAND 2018
BMI und Verwaltungskostenzuschüsse vom BMZ, AA und BMBF



VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2017

Aktiva	31.12.2017 in Euro	31.12.2016 in Euro
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
Markenrechte	5.000,00	5.000,00
EDV-Software	694.208,81	579.293,41
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	421.679,98	670.685,31
Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	0,00	0,00
III Finanzanlagen	0,00	0,00
Beteiligungen	7.373.567,66	4.897.097,59
Summe Anlagevermögen	8.494.456,45	6.152.076,31
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I Sonstige Forderung	0,00	0,00
a) Stand Selbstbewirtschaftungsmittel beim BMI	1.446.857,00	2.146.857,00
b) nicht abgerufene Selbstbewirtschaft.-mittel beim BMI	-1.446.857,00	-2.146.857,00
II Forderung aus Zuwendungen	0,00	100.000,00
II Forderung gg. verbundene Unternehmen	1.153,92	0,00
III Sonstige Vermögensgegenstände	226.266,48	196.163,17
Summe Forderungen	227.420,40	296.163,17
C Liquide Mittel		
Summe liquide Mittel	3.904.655,88	2.683.577,87
D Aktive Rechnungsabgrenzung	43.898,64	21.354,17
Summe	12.670.431,37	9.153.171,52

Passiva	31.12.2017 in Euro	31.12.2016 in Euro
A Reinvermögen		
I Stand Vorjahr	105.644,76	333.541,12
Verwendungsbetrag aus 2015	0,00	-100.780,49
II Überschuss/Fehlbetrag	51.922,35	27.723,73
III Rücklagen	88.450,02	15.819,71
IV Rücklagen	127.209,29	45.000,00
Summe Reinvermögen	373.226,42	321.304,07
B Sonderposten Zuwendungen	8.494.456,45	6.152.076,31
C Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	238.862,62	444.691,43
D Verbindlichkeiten		
I Verbindlichkeiten Kreditinstitute	5.899,45	5.035,25
II Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.854.138,82	1.630.151,96
III Sonstige Verbindlichkeiten	86.387,18	178.003,99
Summe Verbindlichkeiten	1.946.425,45	1.813.191,20
E Passive Rechnungsabgrenzung	1.617.460,43	421.908,51
Summe	12.670.431,37	9.153.171,52

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2017

		2017 in Euro	2016 in Euro
I	Erträge	61.713.831,79	57.674.218,70
1	Zuwendungen des Bundes	60.965.473,35	57.200.662,65
2	Spenden	40.943,90	62.857,25
3	Mitgliedsbeiträge	16.897,50	14.675,00
4	Sonstige Einnahmen	38.011,98	52.883,00
5	Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	652.505,06	343.140,80
II	Aufwendungen	-61.694.309,64	-57.646.494,97
1	Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-39.344.882,47	-38.536.676,33
	Fachausgaben Globalmittel	-1.742.491,53	-2.327.319,74
	Weiterleitung von Globalmitteln	-1.030.828,33	-1.196.406,61
	Förderung von Studierenden und Promovierenden	-11.451.877,79	-10.554.445,89
	Internationale Zusammenarbeit	-24.915.980,09	-24.168.105,39
	Sonstige Fachausgaben	-203.704,73	-290.398,70
2	Personalausgaben	-16.249.101,98	-15.168.493,33
	Löhne und Gehälter	-13.708.579,06	-12.719.832,85
	Soziale Abgaben	-2.540.522,92	-2.448.660,48
3	Abschreibungen	-652.505,06	-342.455,71
4	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.452.934,93	-2.327.985,93
	Geschäftsbedarf	-309.326,33	-323.480,34
	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Baulichen Anlagen	-13.064,14	0,00
	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.098.144,26	-2.004.505,59
	Sonstige Ausgaben	32.400,20	0,00
5	Investitionen	-2.994.885,20	-1.270.883,67
III	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	19.522,15	27.723,73

EINNAHMEN IM JAHR 2018 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	67.445.227,88
1	Zuwendungen	67.328.285,45
	Bundesministerium des Inneren (einschl. SB-Mittel)	11.928.005,59
	Bundesministerium für Bildung und Forschung	12.115.939,80
	Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentspraktika	16.171,71
	Auswärtiges Amt Stipendien	1.029.005,00
	Auswärtiges Amt Projekte	6.206.000,00
	Zuwendung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	32.748.192,93
	Baumittel	3.284.970,42
2	Steuerneutrale Einnahmen/Spenden	233.432,59
3	Mitgliedsbeiträge	16.836,00
4	Vermögensverwaltung Einnahmen	5.083,74
5	Sonstige Einnahmen	75.149,86
6	Erlösschmälerungen	-213.559,76

AUSGABEN IM JAHR 2018 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-66.674.307,36
1	Personalausgaben	-17.656.087,18
	davon Personalkosten Inland	-12.509.780,33
	a) Löhne und Gehälter	-14.764.175,89
	b) Soziale Abgaben und Sonstiges	-2.891.911,29
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-6.118.216,58
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-4.117.553,04
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-256.811,43
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-6.414,09
	Werkzeuge und Kleingeräte	-20.592,39
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-25.325,25
	Gerätemieten	-62.949,70
	Einstellung in den Sonderposten für Investitionen	-3.745.460,18
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Baulichen Anlagen	-4.391,35
	Straßenreinigung/Winterdienst	-1.852,67
	Grundsteuer	-2.538,68
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-1.996.272,19
	Sonstige Aufwendungen für Personal	-174.925,44
	Raummiete und Raumkosten	-920.463,30
	Versicherungen	-7.900,88
	Beiträge und sonstige Abgaben	-34.276,01
	Fremdarbeiten Werkverträge Verwaltung	-287.120,64
	Werbung/Annoncen	-54.637,07
	Kosten Repräsentation	-28.447,09
	Bewirtungskosten	-2.648,63
	Reisekosten (sächl. VerwKost)	-165.748,49
	Porto, Telefon, Internetkosten	-142.294,73
	Zeitschriften, Bücher, Medien	-48.712,74
	Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung	-64.682,84
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-15.922,52
	Übrige Aufwendungen, Beiträge, Spenden	-23.924,97
	Fahrzeugkosten	-11.807,22
	Sonstige Verwaltungsausgaben	-12.756,35
	Sonstige Ausgaben	-3,27
3	Fachausgaben	-42.891.009,46
	Fachausgaben BMI gesamt	-1.829.117,63
	BMI Globalmittel an Dritte	-1.191.199,80
	Auslandsprojekte	-28.143.633,99
	Studenten- und Promovendenbetreuung	-11.464.931,42
	Studienförderung Inland	-10.628.017,37
	Studienförderung Ausland	-822.326,35
	Internationale Parlamentspraktika	-14.587,70
	Ideelle Förderung Stipendiaten	-222.957,04
	Sonstige Fachausgaben	-39.169,58
4	Vermögensverwaltung Ausgaben	-8.994,14

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2018 wurden an folgende Vereine und Stiftungen**Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet:**

- Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V.
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
- «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
- Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V.
- Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
- Peter-Imandt-Gesellschaft – Verein für politische Bildung und Kultur e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.
- Max-Lingner-Stiftung
- Michael-Schumann-Stiftung
- Erik-Neutsch-Stiftung
- Hermann-Henselmann-Stiftung

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2019 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen in Euro***

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	14.040.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	12.100.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	20.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	36.150.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	6.800.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	1.056.000,00

* ohne Selbstbewirtschaftungsmittel

Ausgaben in Euro (Auszug)

Personalkosten	-19.600.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.650.000,00
darunter Investitionen	-350.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	-45.900.000,00
Bildungsprogramm	-4.000.000,00
Stipendien	-10.500.000,00
Projekte internationaler Zusammenarbeit	-31.400.000,00

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation, Berlin

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Januar 2019.



BILDNACHWEISE

Fotos Innenteil:

S. 5: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 7: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 9: www.marx200.org
S. 10: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 11: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Paul Mason
S. 12: Elisa Schiller unter Verwendung eines Fotos von Natalie Oxford
S. 15: Leandro Crovetto
S. 16: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 17: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 18: picture-alliance/dpa
S. 19: Tommaso Revelant
S. 20: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 21 oben und Mitte: privat
S. 21 unten: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 23: picture-alliance/dpa
S. 25 links: Stefanie Kron
S. 25 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 27: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 28: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 29: Deutsches Mauthausen-Komitee Ost e. V. (<http://dmko.de>)
S. 32 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Alexander Schlager
S. 32 rechts: Christoph Schaeffler (Grafik)
S. 33 links: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, CC-BY 2.0 (<https://flic.kr/p/28wSA9S>)
S. 33 rechts: Daniel Häfner
S. 34 links: Ulf Treger
S. 34 rechts: unplash
S. 35 links: Rojda Ajdin, Jinnnews
S. 35 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 36 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Florian Grams
S. 36 rechts: R-mediabase e. V. (www.r-mediabase.eu/)
S. 37 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Sebastian Ferch
S. 37 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Patric Bies
S. 38 links: EDEWA (www.edewa.info)
S. 38 rechts: Gröninger Bad
S. 39 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 39 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung/Friedrich-Ebert-Stiftung/
Heinrich-Böll-Stiftung
S. 41: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 42: Doha Hassan
S. 43: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 44: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 45: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 46–49: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 52: <https://g20.protestinstitut.eu/>
S. 54–61: Tommaso Revelant
S. 64: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 65: privat
S. 70: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 73: Ismail Küpeli
S. 74: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 75: Holger Politt
S. 76: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 77 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 77 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 78: Max-Lingner-Stiftung
S. 83: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 84: Rosa-Luxemburg-Stiftung



Cover-Gestaltung: Sandy Kaltenborn
unter Verwendung eines Fotos vom alten Marx
([www.marxists.org/archive/marx/photo/marx/
pages/82km1.htm](http://www.marxists.org/archive/marx/photo/marx/pages/82km1.htm))

«An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.»

KARL MARX / FRIEDRICH ENGELS